

QVR

QUO VADIS ROMANIA? ZEITSCHRIFT FÜR EINE AKTUELLE ROMANISTIK

Gesellschaftliche Aufarbeitung von Diktaturen in der Romania

AUTORINNEN

Roberto Bein / Javier Bru Peral / Peter Cichon / Carola Heinrich /
Clemens Klünemann / Fabio Longoni

VARIA

Jürgen Erfurt / Fritz Peter Kirsch

REZENSION

Georg Kremnitz

QVR 47/2016

Redaktion:

Peter Cichon (Leitung, Finanzen), Barbara Czernilofsky-Basalka (technische Ausführung), Max Doppelbauer, Astrid Hönigsperger, Georg Kremnitz, Fabio Longoni, Kathrin Sartingen, Heinrich Stiehler, Robert Tanzmeister
korrespondierende Redaktionsmitglieder: Catherine Parayre, Thomas Widrich

Administration: David Stockhammer

Grafik: Astrid Young
Druck der Separata: Riegelnik

Internationaler wissenschaftlicher Beirat:

Roberto Bein (Universidad de Buenos Aires), Joachim Born (Universität Gießen), Jürgen Erfurt (Universität Frankfurt/Main), Ulrich Hoinkes (Universität Kiel), Thede Kahl (Universität Jena), Georges Kleiber (Université de Strasbourg), Philippe Martel (Université de Montpellier), Rosa Maria Medina Granda (Universidad de Oviedo), Henrique Monteagudo (Universidade de Santiago de Compostela), François Pic (Université de Toulouse), Patrick Sauzet (Université de Toulouse), Falk Seiler (Universität Gießen)

Adresse der Redaktion:

QVR-Homepage: <http://www.univie.ac.at/QVR-Romanistik/>
E-Mail: quovadisromania.ifr@univie.ac.at

Quo vadis, Romania?
Institut für Romanistik
Universität Wien
Universitätscampus AAKH
Garnisongasse 13, Hof 8
A-1090 Wien

Bankverbindung: Bank Austria Wien
IBAN: AT 94 1100 0032 3049 4100
BIC: BKAUATWW

Mit Förderung der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität
Wien.

ISSN: 1022-3169

QVR 47/2016

Inhaltsverzeichnis

Präsentation:

Peter CICHON & Fabio LONGONI, Geschichte gibt es nur im Plural.....5

Artikel:

Clemens KLÜNEMANN, Vichy, die Collaboration und der Faschismus – Eine Vergangenheit, die nicht vergeht?8

Carola HEINRICH, Der lange Schatten der *Securitate*. Zur Inszenierung von Erinnerung im aktuellen rumänischen Theater 34

Fabio LONGONI, La semplificazione e la banalizzazione dell'esperienza fascista nella società italiana. *Alcuni aspetti rappresentativi* 49

Roberto BEIN, Die Aufarbeitung der Folgen der letzten Diktatur in Argentinien vierzig Jahre nach dem letzten Staatsstreich 68

Javier BRU PERAL, La censura franquista y la canción protesta..... 83

Varia:

Fritz Peter KIRSCH, Von Pfahlwurzeln und Rhizomen. Romanistische Literaturwissenschaft im Spannungsfeld von Inter- und Transkulturalität 101

Jürgen ERFURT, Frankophonie: Von der postkolonialen Utopie zum politischen Feld 110

Rezension:

Georg KREMnitz: Verbitsky, Horacio, 2016. *Der Flug*. Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner im Meer verschwinden ließ. Wien: Mandelbaum, 199 S. 147

Geschichte gibt es nur im Plural

Peter CICHON & Fabio LONGONI, Wien

Der seinerzeitige Appell des berühmten Historikers Leopold von Ranke an die eigene Zunft, Geschichte so darzustellen, „wie es eigentlich gewesen“ sei, gilt bekanntermaßen als eine nicht lösbare Aufgabe. Denn historisches Geschehen und dessen wissenschaftliche Darstellung sind zweierlei Dinge und singular ist dabei nur das erste. Dass der Kopf König Ludwigs XVI. am 21. Januar 1793 mit dem Fallbeil vom Rumpf getrennt wurde, ist eine Tatsache, ob es sich dabei jedoch um eine Hinrichtung oder eine Ermordung gehandelt hat, ist eine Frage des Standortes historiographischer Betrachtung. Die Zahl solcher Standorte steigt mit der Komplexität ihres Gegenstandes. Und da geschichtliches Geschehen aufgrund seiner überaus vielschichtigen Konfiguriertheit niemals vollständig und letztgültig erklärbar ist, haben geschichtswissenschaftliche Darstellungen immer nur Ausschnittscharakter und sind damit subjektiv.

Subjektiv heißt jedoch nicht notwendig parteiisch. Standortgebundenheit ist zunächst eine Bedingung der Möglichkeit historischer Betrachtung. Ähnlich einem Landschaftsmaler muss sich der Historiker für einen Blickpunkt auf Geschichte entscheiden, sonst kann er sie darstellerisch nicht fassen. Natürlich unterliegt er dabei dem Gebot wissenschaftlicher Ethik, d.h. trotz der Einsicht in ihre Unerreichbarkeit ist er angehalten, nach Objektivität in der Darstellung und Deutung zu streben, u.a. durch intensives Quellenstudium und, soweit verfügbar, durch die Konsultierung von Zeitzeugen. Und solange er diesem Gebot folgt, ist sein Anspruch auf Wissenschaftlichkeit des eigenen Tuns gerechtfertigt.

Da die historiographische Betrachtung von verschiedenen Standpunkten aus zu oft unterschiedlichen Ergebnissen führt, ist die Deutung und Interpretation geschichtlichen Geschehens durchaus kontrovers. Dies kann u.a. dort geschehen, wo Zeitzeugen und Nichtzeitzeugen aufeinandertreffen und erstere für sich in Anspruch nehmen, den einzig richtigen Standpunkt der Betrachtung einzunehmen. Der Faktor Zeit ist auch insofern eine wichtige Interpretationsdeterminante, als veränderte Faktenlagen, veränderte Fragestellungen und Untersuchungsmethoden zu neuen Erkenntnissen führen (können).

Wenn die Subjektivität historiographischer Betrachtung auch nicht notwendig Parteilichkeit bedeutet, so ist es zu ihr doch bisweilen nur ein kleiner

Schritt. Denn die unterschiedliche Sichtweise und Interpretierbarkeit von Geschichte macht die Historiographie zu einem begehrten Objekt politischer Einflussnahme und Instrumentalisierung. Geteilte Geschichte ist ein wichtiges Element kollektiver Selbstvergewisserung und wer Einfluss darauf hat, wie sich eine Gesellschaft historisch definiert, mit welchen und wie inhaltlich gefüllten Begriffen sie ihre historisch gewachsene Identität zum Ausdruck bringt, verfügt über ein wirkungsmächtiges Steuerungsinstrument der öffentlichen Meinung und des politischen Handelns. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum immer wieder leidenschaftlich um die (Re-)Interpretation historischer Sachverhalte und Begrifflichkeiten gestritten wird. Ein Beispiel aus der aktuellen politischen Diskussion in Deutschland ist das Bemühen von Teilen der Partei AfD (Alternative für Deutschland), den die eigene Programmatik charakterisierenden Begriff „völkisch“ als vermeintlich historisch unbelasteten Begriff und schlichtes Adjektiv des Nomens „Volk“ ins Zentrum der politischen Debatte zurückzuführen und sich gewissermaßen in seinem Windschatten selbst als „Volkspartei“ zu positionieren. Dem wird von anderer Seite heftig widersprochen, und zwar aus der Erkenntnis heraus, dass hier so etwas wie ein trojanisches Pferd gesattelt werden soll, nämlich vorderhand einem historisch diskreditierten Begriff seine denotative Unschuld zurückgeben zu wollen, in Wirklichkeit jedoch zu versuchen, dessen fremdenfeindliche Konnotation salonfähig zu machen.

Wiederholte Redefinitionen von Geschichte sind zugleich ein deutliches Indiz für eine unbewältigte Vergangenheit. Sie können Ausdruck des Unbehagens angesichts eines deutlich verspürten Missverhältnisses zwischen dargestellter und erlebter Geschichte sein, der politisch motivierte Versuch, den Gestaltungsspielraum eines noch nicht gefestigten Geschichtsbildes für die gesellschaftliche Platzierung eigener Sichtweisen zu nutzen, sie können sich aus dem Vorliegen neuer Fakten ergeben, die einen veränderten Blick auf Vergangenes erzwingen oder auch all dies zusammen. Für solche Arbeiten am eigenen Geschichtsbild liefert das vorliegende Themenheft eine Reihe anschaulicher Beispiele: mit Blick auf Frankreich die immer wieder aufkommende Diskussion über den Grad schuldhafter Verstrickung in die Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland und über die wenig überzeugende Vorstellung von der Kollaboration als „aufgezwungenem Übel“; mit Blick auf Rumänien die zunehmend sichtbar werdende moralische Korruption größerer Teile der Gesellschaft durch die Machenschaften der Ceaușescu-Diktatur und das daraus resultierende Missverhältnis zwischen Schuld und Sühne; mit Blick auf Italien die in der jüngeren Vergangenheit einsetzende relativierende Neubewertung der Zeit des italienischen Faschismus unter Mussolini und die sich

dadurch ergebende Stärkung neofaschistischen Gedankengutes; mit Blick auf Argentinien unterschiedliche Formen des Umgangs mit dem Erbe der Militärdiktatur von 1976-83, so auf der einen Seite mittels einer Schlussstrichpolitik, auf der anderen Seite mittels Stärkung der Zivilgesellschaft durch mehr Selbstbestimmung und demokratiepolitische Teilhabe; schließlich mit Blick auf das franquistische Spanien die total(itär)e, alle gesellschaftlichen Bereiche, auch und gerade den des Kulturschaffens, erfassende Zensur, was einen nachhaltigen Einfluss auf das Politikverhalten der Menschen hat.

Zwei nicht minder interessante Varia über literaturwissenschaftliches Arbeiten, das gleichermaßen dem Streben nach Strukturierung und der vielwurzeligen Grundlegung seines Gegenstandes Rechnung trägt sowie über das Selbstbild und die Programmatik der „Francophonie“ und eine Rezension zu einem Werk über die Schrecken der argentinischen Militärdiktatur schließen das Themenheft ab.

Die Redaktion wünscht wie immer gewinnbringende Lektüre.

Wien, den 2.XI.2016

Vichy, die Collaboration und der Faschismus – Eine Vergangenheit, die nicht vergeht?

Clemens KLÜNEMANN, Ludwigsburg

Betretenes Schweigen war die Reaktion: Soeben hatte man noch über die Konzeption eines für das Jahr 1989 geplanten Kolloquiums unter dem Titel *Le régime de Vichy et les Français* diskutiert, denn man war sich über einzelne Bewertungen uneins, als die Diskussion durch den entnervten Ausruf des ältesten Teilnehmers jäh unterbrochen wurde: „Vous n'avez pas vécu cette période, vous ne pouvez pas comprendre.“ Mit diesem Verweis sprach der damals 63 Jahre alte François Bédarida seinen um eine Generation jüngeren Historiker-Kollegen das Recht, ja die Fähigkeit ab, sich mit dem Vichy-Regime zu beschäftigen. Er stellte folglich die persönliche Erfahrung über die historiographische Erkenntnis, was zweifellos das probateste Mittel ist, die Vergangenheit im Kon-
kon der eigenen Erinnerung einzukapseln und sie so dem erkennenden und verstehenden Blick der Nachgeborenen zu entziehen. Der französische Historiker Henry Rousso berichtet in einer seiner jüngsten Veröffentlichungen¹ von diesem Erlebnis, das ein Schlaglicht auf die Schwierigkeit der Auseinandersetzung nicht nur mit 'Vichy', sondern mit „schlimmer Vergangenheit“² schlechthin wirft: Den Nachgeborenen ist, folgt man der Logik Bédaridas, jegliches Verstehen einer Zeit, die sie nicht erlebt haben, verschlossen, was allerdings in letzter Konsequenz jegliche Historiographie zur Makulatur erklären würde. Das Verstehen (*comprendre*) eines Zusammenhangs ist indes nicht mit dem Verständnis (*pardonner*) für ein Phänomen zu verwechseln, und insofern hat die These, dass *Vichy* für die französische Öffentlichkeit eine Vergangenheit sei, die nicht vergeht, nichts mit dem Aufsatz Ernst Noltes zu tun, mit dem dieser 1986 den nun selbst historisch gewordenen Historikerstreit auslöste.³

¹ Vgl. die Einleitung zu: Rousso 2013.

² Die Formulierung geht zurück auf Christian Meiers Buch *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*, München 2010; vgl. insbesondere Meiers Ausführungen zum Gebot des *mē mnēsikakēsēs* ('Erinnere nicht das Schlimme!') in der Perikleischen Epoche des antiken Athen; *ibid.* 17/18.

³ Ernst Nolte, „Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Juni 1986.

Nach jahrelangem von Gaullisten wie Kommunisten gleichermaßen verordnetem Vergessen der Vichy-Vergangenheit, das im Sinne Ernest Renans⁴ den Zusammenhalt der Nation sichern sollte, wurde das von Henry Rousso diagnostizierte *syndrome de Vichy* sichtbar, das zu einer fast obsessiven Pflicht des Erinnerns⁵ mutierte. Rousso, der durch sein Buch über *Un château en Allemagne* dieses Syndrom unfreiwillig gefördert hatte, wurde zum Chronisten der Erinnerung an Vichy: Das von ihm diagnostizierte Syndrom erweist sich in der Tat als Symptom einer Vergangenheit, die bis zum heutigen Tage nicht vergangen ist, ja immer gegenwärtiger wird, insofern sie einen Symbolhaushalt zur Verfügung stellt, der die öffentlichen Debatten zunehmend vergiftet. Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem Umgang mit dem seit dem späten 19. Jahrhundert latenten Antisemitismus zu, der das Vichy-Regime zutiefst prägte⁶ und der in den aktuellen gesellschaftlichen Konfrontationen unter der Maskerade eines revolutionären Anti-Zionismus und in der Verbindung mit einer durch Propaganda und Terror generierten Massenbegeisterung⁷ bestimmter Gruppen der Bevölkerung zu einer erneuten Gefahr für die französische Republik wird.

Phasen eines Syndroms – die Erinnerung an die années noires als schmerzhafter Prozess

„Heute habe ich Marschall Pétain gesehen. Er sieht wunderbar aus und sein Gesicht könnte auch das einer klassischen Marmorstatue sein“, schreibt im Frühjahr 1942 ein 26-jähriger Franzose an seine Schwester und äußert damit mehr als ein persönliches Geschmacksurteil: Der Marschall erschien auch fast zwei Jahre nach seiner Selbstermächtigung vom 10. und 11. Juli 1940 und seinem damit verbundenen Triumph über eine als korrupt angesehene Republik vielen Franzosen nicht nur als Retter in der Not, sondern als die ideale Verkörperung des Landes. Nach der militärischen Niederlage gegen den deutschen

⁴ Vgl. u. Anm. 49.

⁵ „Le « devoir de mémoire » a conduit à dénier toute légitimité au « droit à l'oubli ». [...] C'est un refus d'admettre que l'oubli, au-delà de la morale, fait partie intégrante de toute construction de la mémoire.“ Conan/Rousso 1996: 19.

⁶ Vgl. u. Anm. 59.

⁷ In diesem Zusammenhang empfiehlt sich nicht nur ein Hinweis auf Hannah Arendts Analyse totalitärer Propaganda (in: dies., *Elemente totaler Herrschaft*, Frankfurt/Main 1959, 106ff.), sondern auch auf die 'Kehrseiten' des sich revolutionär gerierenden Antizionismus; s.u. Anm. 77.

Gegner innerhalb weniger Wochen, die als *la débâcle* und *étrange défaite* im kollektiven Gedächtnis Frankreichs erinnert wird⁸, und nach dem gleichzeitigen völligen Zusammenbruch der republikanischen Strukturen schien Pétain als einziger das Überleben der Nation garantieren zu können: Wohlgeremt – der Nation, und nicht der Republik, die in weiten Kreisen seiner Anhänger nicht nur als wirtschaftlich und politisch gescheitert galt, sondern um so verachtenswerter erschien, als sie spätestens seit der Regierung von Léon Blum als „République juive“⁹ bezeichnet wurde.

Im Frühjahr 1942, als der junge François Mitterrand in dem eben zitierten Brief an seine Schwester von seiner Begegnung mit der 'Lichtgestalt' Pétain berichtet, ist Frankreich noch das Land der *Quarante millions de Pétainistes* (Henri Amouroux) und der *mythe de quarante millions de résistants* (Pascal Ory) ist noch nicht geboren. Beides – die totale Hingabe an den Marschall und der Widerstand eines ganzen Volkes gegen seine Besatzer – ist tatsächlich einer mythischen Sicht auf die Geschichte Frankreichs geschuldet, an der sowohl Gaullisten als auch Kommunisten während der *Trente Glorieuses* nach dem Krieg arbeiteten und die ihren Höhe- und Endpunkt in den Bekenntnissen des sterbenden François Mitterrand fand, als dieser kurz vor seinem Tod die französische Öffentlichkeit und insbesondere seine Anhänger mit den Erinnerungen an den Beginn seines politischen Lebens verstörte. Aber bereits der Mai 1968 hatte eine neue Sicht auf die Geschichte des Landes ausgelöst, und seinerzeit war es der Tod de Gaulles, welcher diese neue Sicht erforderlich machte: „Le 9 novembre 1970, il meurt, abandonnant les Français devant leur album de souvenirs soudain désuet.“¹⁰ Dies ist der Moment, in dem der Spiegel zerbricht, in dem sich ein ganzes Land seiner Identität versicherte, die – sowohl in der Diktion Pétains als auch in jener de Gaulles – in der Vorstellung einer *France éternelle* kulminierte. Der zerbrochene Spiegel ist Teil des von Henry Rousso konsta-

⁸ Vgl. Marc Bloch, *L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940*, Gallimard, Paris 1990; wie groß die Verzweiflung, welche sich Pétain und seine Entourage zunutze machen konnten, auch unter den Intellektuellen war, zeigt folgender Tagebucheintrag, den Paul Valéry am 18. Juni 1940, dem Tag des Aufrufs de Gaulles zum Widerstand, machte: „Nous avons perdu en quelques jours toute sécurité et sommes sur une pente épouvantable et irrésistible. Rien de ce que l'on peut craindre n'est chimérique et l'on peut absolument tout craindre, tout imaginer.“ in: Paxton 1973: 45.

⁹ Vgl. Birnbaum, Pierre 1988, insbesondere Kapitel XI über den angeblichen 'bellicisme juif'.

¹⁰ Rousso 1987: 118.

tierten *syndrome de Vichy*, das sich sowohl im lautstarken Beschweigen und Verschweigen¹¹ dunkler Seiten der dunklen Jahre ausdrückte als auch in kathartischen Momenten, in denen die allgemeinen Verstrickungen der *années noires* vor Gericht sanktioniert wurden – und nicht im historischen Diskurs: Der Barbie-Prozess von 1987 ist hier ebenso zu nennen wie die Verfahren gegen Paul Touvier (das erste bereits 1973, die endgültige Verurteilung 1994) und Maurice Papon im Jahr 1997. Mit Klaus Barbie wurde ein Deutscher zur Verantwortung gezogen, zu dessen Opfern neben Angehörigen der Résistance auch solche der Collaboration gehörten; auf diese Weise konnte noch die Fiktion aufrecht erhalten werden, dass die Kollaboration ein notgedrungenes und vom Besatzer aufgezwungenes Übel war. Mit Paul Touvier und Maurice Papon wurden hingegen zwei Franzosen schwerster Verbrechen angeklagt; dass Touvier Schutz und Hilfe der katholischen Kirche genoß – übrigens nicht nur bei seinem zunächst erfolgreichen Versuch, sich der Gerichtsbarkeit zu entziehen – und dass Papon als hoher Beamter der Vichy-Administration und der V. Republik agierte und sich in beiden Funktionen schuldig gemacht hatte, machte die auf die Résistance-Tradition gestützte kollektive Identität umso fragwürdiger – und eine Reflexion der eigenen Geschichte und ihrer Mythen umso notwendiger. Immer deutlicher wurde, dass das durch die *épuration* und den *mythe de quarante millions de résistants* Verdrängte sich immer weniger verdrängen ließ: Die Geschichte des *État de Vichy*, von dem Charles de Gaulle glaubte sagen zu können, dass er noch weniger als eine *quantité négligeable* der französischen Geschichte¹² sei, erwies sich in der Tat als eine Vergangenheit, die nicht vergeht.

In seinem gleichnamigen Buch hat Henry Rousso das *syndrome de Vichy* analysiert und die einzelnen Etappen der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Vichy-Regimes von der Befreiung Frankreichs im Sommer 1944 „jusqu'à nos jours“ skizziert; seit der letzten Auflage des Buches im Jahr 1990 ist das diagnostizierte Syndrom in der Tat nicht verschwunden, ebensowenig wie die Debatten um Vichy nun obsolet geworden wären. Im Folgenden seien die von Henry Rousso konstatierten Phasen des gesellschaftlichen (Nicht-)Umgangs

¹¹ Hier sei auf das 2012 erschienene Buch *Le mythe du grand silence. Auschwitz, les Français, la mémoire* (Fayard) von François Azouvi hingewiesen: Keinesfalls, so stellt dieser fest, sei in Frankreich der Mord an den Juden konsequent be- und verschwiegen worden; aber die Rede über ihn habe quasi-sakrale Züge angenommen, was eine ähnliche Wirkung in der Öffentlichkeit gehabt habe; vgl. insbesondere 172ff.

¹² „Vichy fut toujours et demeure nul et non avenu“, erklärte er im Sommer 1944 noch vor der Befreiung von Paris; vgl. Lacouture, Jean, 1984. 'Charles de Gaulle', (tome 1: *Le rebelle 1840-1944*), éd. Seuil: Paris, 834.

mit dem Komplex 'Vichy' zunächst kurz in Erinnerung gerufen; vor allem jedoch geht es darum zu zeigen, welche neuen Formen der Auseinandersetzung mit den *années noires* sich seit den neunziger Jahren entwickelt haben: Im Zentrum der aktuell geführten Diskussionen – die bisweilen die Form eines veritablen Historikerstreits annehmen – steht mithin zweierlei: Zum einen die Frage, welche Rolle bei der historischen und gesellschaftlichen Beurteilung der Jahre 1940-1944 der Antisemitismus und die Ermordung der französischen Juden spielte – zum anderen und paradoxerweise untrennbar damit verbunden die Frage, ob das Regime von Vichy als faschistisch zu bezeichnen ist und was daraus folgt, wenn seine Protagonisten (nicht) als Faschisten gelten.

In *Le syndrome de Vichy* beschreibt Henry Rousso die Erinnerung an die Jahre der deutschen Besatzung nicht von ungefähr in Termini der Psychopathologie: Vom „deuil inachevé“ ist die Rede, der von einer Phase der „refoulements“ abgelöst worden sei, bis der Spiegel, der bis dahin ein so ungebrochenes Selbstbildnis der kollektiven Identität der Franzosen ermöglicht habe, endgültig zerbrochen war: Erhellend sind die Passagen, in denen Rousso verdeutlicht, dass eine in weiten Teilen ernüchternde, weil entmythologisierende Darstellung des Alltags unter der deutschen Besatzung, wie ihn der 1969 gedrehte Film *Le Chagrin et la Pitié*¹³ zeigt, zu ganz unterschiedlichen Lesarten führte: In ihnen manifestieren sich die seit den Vierziger Jahren bestehenden Sollbruchstellen eines nationalen und republikanischen Konsenses über die *années noires*, der keiner war. So lobte André Gisselbrecht in der kommunistischen Zeitung *L'Humanité* den Film als „un acte politique, non pas déprimant, mais purificateur“¹⁴, während sich Jacques Langlois in der (immer noch existierenden) rechtsextremen und antisemitischen Zeitung *Rivarol* von dem Film erhoffte, dass seine Zuschauer endlich erkennen mögen, „que la « Collaboration » – si souvent défigurée – fut le moindre mal de l'Occupation.“¹⁵ Dass darüber hinaus *Le Chagrin et la Pitié* alte und längst vernarbte Wunden aufriss und ein vermeintlich sicheres Selbstverständnis verstörte, zeigte die Kritik aus der Feder eines Jean-Paul Sartre, der hier lediglich die von ihm immer wieder beschworene „idéologie dominante“ entdeckte – womit er in Bezug auf *Le Chagrin et la Pitié* völlig daneben lag.¹⁶

¹³ Die deutsche Version heißt *Das Haus nebenan*; der Film von Marcel Ophüls kam 1971 in die französischen Kinos und durfte erst 1981 im französischen Fernsehen gezeigt werden.

¹⁴ In *L'Humanité* vom 20. September 1971.

¹⁵ In *Rivarol* vom 23. April 1971.

¹⁶ In *La Cause du peuple*, zitiert nach der dem Film im Juli 1971 gewidmeten Sonderausgabe von *Téléciné*, 21.

Neben Marcel Ophüls' Film *Le Chagrin et la pitié* trug indes eine andere Veröffentlichung zu einem neuen Blick auf die Vichy-Jahre bei und prägte fortan die öffentliche Debatte in Frankreich, was die Rede vom „tournant paxtonien“¹⁷ durchaus rechtfertigt: Als 1973 unter dem Titel *La France de Vichy, 1940-1944* die französische Version des ein Jahr zuvor in New York erschienenen Buches *Vichy France: Old Guard and New Order, 1940-1944* des amerikanischen Historikers Robert Paxton erschien, hätte sich die bisher mit vorwurfsvoller Vehemenz und selbstgerechter Apologetik geführte Debatte versachlichen können: Mit akribischer Geduld analysierte Paxton die 'dunklen Jahre' – und enttäuschte viele, die sich von seiner Studie Bestätigung versprochen: Den Gaullisten bescheinigte er, in (zu) vielen Aspekten ihres politischen Programms in der Kontinuität mit Vichy zu stehen, und vielen Anhängern der politischen Linken nahm er den Glauben, dass es nur die kapitalistischen Eliten gewesen seien, welche aus Gier die Republik verraten hätten. Insbesondere für diejenigen, welche die Rede von der Collaboration als dem kleineren Übel führten und Pétain als denjenigen verehrten, der – um mit dessen eigenen Worten zu sprechen – „wenn schon nicht das Schwert, so doch der Schutzschild Frankreichs“¹⁸ gewesen sei¹⁸, war *La France de Vichy* eine Provokation: In einem eigenen Kapitel ('Vichy a-t-il évité le pire?') widmet sich Paxton genau diesem Argument und kommt zu dem Schluss, dass die Verantwortlichen in Vichy und allen voran der greise Marschall den Deutschen oftmals mit vorauseilendem Gehorsam entgegenkamen, insbesondere bei der Frage der in deutsche Fabriken zu schickenden französischen Arbeitskräfte sowie bei der Mitwirkung – und Mitverantwortlichkeit¹⁹ – an der Ermordung vieler in Frankreich lebender Juden.²⁰ Paxtons Resümee ist eindeutig: „Avec un 'Gauleiter', beaucoup de Français auraient souffert ; mais les Allemands auraient peut-être moins gagné, en fin de

¹⁷ Vgl. Édouard Husson 2007: 29.

¹⁸ „Si je ne pouvais plus être votre épée, j'ai voulu rester votre bouclier.“ Pétain in seiner öffentlichen Erklärung vom 20. August 1944, zitiert nach: Paxton 1973: 412.

¹⁹ „De plus, en revenant sur les naturalisations récentes, il [le gouvernement de Vichy] a grossi la masse des Juifs apatrides, les plus vulnérables [qui] furent pris au piège de la vieille terre d'asile.“ Paxton 1973: 426.

²⁰ In ihrer 2012 erschienenen Studie *L'église de France face à la persécution des juifs 1940-1944* (CNRS Éditions) unterstreicht Sylvie Bernay die Mitverantwortung der französischen Behörden an der Ermordung der in Frankreich lebenden Juden; Clemens Klünemann, Ein Gespräch mit Sylvie Bernay sowie eine Rezension ihres Buches in der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 19. Juli 2012: <http://www.christundwelt.de/themen/detail/artikel/und-es-gab-sie-doch-wuerdentraeger-im-widerstand> sowie <http://www.christundwelt.de/detail/artikel/eine-grausame-erinnerung/>

compte.“²¹ Und noch eindeutiger ist Stanley Hoffmans Kommentar zu *La France de Vichy*, der ganz bewusst das Argument derer aufgreift, die darauf hinweisen, dass (prozentual gesehen) in keinem von den Deutschen besetzten Land so viele Juden den Krieg überlebten wie in Frankreich: „[S]i dans la sinistre comptabilité de la 'solution finale', la France ne fait pas trop mauvaise figure, ce n'est pas à cause de Vichy; comme le dit Paxton, c'est quelquefois malgré Vichy.“²²

Wie gesagt: Nicht zuletzt wegen ihres sine ira et studio gehaltenen analytischen Grundtons, der sich jeglicher Anklage oder Apologie versagte, war Paxtons Studie geeignet, die Debatte über die *années noires* zu versachlichen. Dass dies nicht gelang, lag nicht nur daran, dass Paxtons Thesen von einigen en bloc abgelehnt wurden, weil sie diejenigen eines Amerikaners waren, der ja gar nicht in der Lage sei, ein französisches Phänomen angemessen zu erforschen, wobei es auch nicht an antiamerikanischen Untertönen fehlte²³; dies zu erwähnen ist umso wichtiger, als in den aktuellen Debatten um den Ursprung des Faschismus die Thesen Zeev Sternhells mit derselben 'Argumentation' diskreditiert werden.²⁴ Vor allem aber traf Paxtons Studie bei ihrem Erscheinen in den Siebziger Jahren auf ein gesellschaftliches Klima, das Henry Rousso mit dem Begriff einer doppelten 'obsession' charakterisiert: Der Regierungswechsel von Pompidou²⁵ zu Giscard d'Estaing sowie ein Film wie *Lacombe Lucien*, der die Wahl zwischen Collaboration und Résistance zu relativieren schien, waren Symptome einer *idéologie française*²⁶, die eine nüchterne Debatte über die Vergangenheit und die Verantwortung unmöglich machten. Und somit ist es nur konsequent, dass Rousso im zweiten Teil seiner Studie über das *syndrome de Vichy* auf die Frage eingeht, inwiefern das Sprechen über Vichy und die

²¹ Paxton 1973: 429; mit 'Gauleiter' spielt Paxton auf die wahrscheinliche Alternative zum Kollaborationsregime an: Wäre Frankreich 1940 dem Appell de Gaulles gefolgt und hätte den Waffenstillstand verweigert, wäre es ihm – so Paxton – ähnlich ergangen wie Holland, Belgien oder Dänemark – und nicht wie Polen, was hingegen die Anhänger und Apologeten Pétains nicht müde wurden (und werden) zu behaupten.

²² Vgl. Stanley Hoffmanns Vorwort zu Paxton 1973 (ibidem 44).

²³ Dies ist dokumentiert in Rousso 1987: 290ff.; gegen Paxton wurde beispielsweise vorgebracht, dass 'dies' doch „une affaire à traiter entre Français“ sei.

²⁴ Vgl. u. Anm. 52.

²⁵ Georges Pompidou pflegte die Jahre 1940-1944 als eine Zeit zu bezeichnen „...quand les Français ne s'aimaient pas“.

²⁶ 1981 veröffentlicht Bernard-Henri Lévy das Buch *L'idéologie française*, in dem er die philosophischen und literarischen Wurzeln der französischen Rechtsextremen erforscht. Der Vorwurf Édouard Hussons an das Buch lautet: „[I]l fait de l'histoire de France une sorte de préhistoire de Vichy.“ (Husson 2007: 30)

Résistance und ihr Verhältnis zueinander die Erinnerungskultur Frankreichs geprägt hat. In seiner Differenzierung verschiedener Formen der Erinnerung greift Rouso dabei den zentralen Begriff des gleichzeitig mit *Le syndrome de Vichy* entstehenden Schlüsselwerks der französischen Historiographie auf, nämlich Pierre Noras *Les Lieux de mémoire*. Vichy wird dabei zurecht als Erinnerungsort par excellence charakterisiert, insofern sich in diesem Topos die Dialektik von Sakralisierung und Entzauberung der nationalen Geschichte verdichtet, die an den großen Wendepunkten der französischen Geschichte zu beobachten ist.

Roussos Folgerung, die Erinnerung an Vichy als „La nouvelle affaire Dreyfus“²⁷ zu bezeichnen und die Fragen von nationaler Souveränität unter den Bedingungen der deutschen Besetzung mit denjenigen der Verantwortung für die Ermordung der in Frankreich lebenden Juden zu verknüpfen, erscheint schlüssig. In seinem bereits erwähnten Buch *Le mythe du grand silence* differenziert François Azouvi allerdings die These, dass die Jahre 1940-1944 im Nachkriegsfrankreich bis in die Siebziger Jahre beschwiegen worden seien²⁸, und skizziert die verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung in bewusster Auseinandersetzung mit dem Modell Roussos²⁹; vor allem aber weist er darauf hin, dass das Syndrome de Vichy nicht mit einem „syndrome de la Shoah“³⁰ verwechselt werden dürfe. Dies genau sei aber bei der französischen Auseinandersetzung mit der Rolle offizieller französischer Stellen während der deutschen Besetzung geschehen, und der Höhepunkt dieser Vermengung sei die Anerkennung der Mit-Verantwortung Frankreichs für die auf seinem Boden begangenen Verbrechen gewesen, die Präsident Chirac im Juli 1995 formulierte: „C'est le moment où la mémoire du génocide croise celle de Vichy – elle, authentiquement occultée pendant longtemps en France – s'empare d'elle et la verse bientôt entièrement à son compte.“³¹ Auf diese Vermengung der Erinnerungen als Reaktion auf eine jahrelange *concurrence mémorielle* zwischen Vichy und der Shoah geht auch Olivier Wieviorka in seinem Buch über *La Mémoire désunie*

²⁷ Rouso 1987: 335ff.

²⁸ „[...] l'examen de ce qui s'est dit, écrit, montré, dans ce quart de siècle pendant lequel les Français se seraient consciencieusement protégés, et a fortiori au-delà, permet de penser que le génocide n'a **jamais** été absent de la mémoire française.“ (Azouvi 2012: 13)

²⁹ Azouvi 2012: 281ff.

³⁰ Azouvi 2012: 284.

³¹ Azouvi 2012: 14.

ein, in dem er das Phasenmodell Henry Rousso bis in die Jahre der Präsidentschaft Nicolas Sarkozys ausdehnt und das beredte 'Vergessen' des Mordes an den Juden als bewusste Strategie entlarvt.³²

Ungeachtet dessen standen die Charakteristika der durch das 'syndrome de Vichy' bewirkten Erinnerungskultur bis in die Achtziger Jahre in der Tradition der die Gesellschaft seit jeher spaltenden Konflikte: Diese seien, so Henry Rousso, erstens „une tradition catholique contre-révolutionnaire“, zweitens eine ideologische Frontstellung zwischen der autoritären Rechten und einer von Selbstkritik freien kommunistischen Linken³³, und schließlich der Antisemitismus als besonders offenkundige „constante de l'histoire de France depuis l'affaire Dreyfus“. ³⁴ Kann man vor diesem Hintergrund von einem *fascisme français* sprechen? Mit Vorsicht nähert sich Philippe Burrin diesem Begriff, wenn er zunächst feststellt, dass sich aus der Verbindung von autoritärem Regime, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nur ein unscharfer Faschismus-Begriff ableiten lasse, um dann die französische „dérive fasciste“³⁵ als ein Missverständnis zwischen Pétain und seinen Anhängern, zwischen Führer und Geführten zu deuten:

De sorte qu'apparaît la paradoxale situation du fascisme en France, et sa profonde difficulté d'être: ceux qui cherchèrent la régénération de la nation à travers le façonnement totalitaire le firent dans la soumission, celui qui voulut inflexiblement la grandeur de la France ne fut pas un fasciste.³⁶

Faschismus – ein sperriger Begriff

Die Tradition eines antirepublikanischen und die 'nationale Revolution' Pétains nostalgisch verehrenden Katholizismus ist inzwischen nur noch eine marginale Erscheinung – die beiden anderen in *Le syndrome de Vichy* genannten Traditionslinien sind hingegen von erschreckender Aktualität: nämlich der Antisemitismus sowie die Polarisierung des politischen Spektrums im Sinne einer

³² „Pendant de très longues décennies, la destruction des Juifs d'Europe avait été non seulement oubliée, mais dans une certaine mesure euphémisée par l'État.“ (Wieviorka 2010: 252)

³³ Vgl. Rousso 1987: 337.

³⁴ Diese Konstante präzisiert Rousso wie folgt: „l'existence d'une tradition antisémite, de nature politique et laïque, qui a périodiquement délimité une ligne de clivage au sein de la société française.“ (Rousso 1987: 338)

³⁵ Burrin 2003.

³⁶ Burrin 2003: 499.

"régénération de la nation à travers le façonnement totalitaire" (Burrin), und dies mit unerwarteten Berührungspunkten der Extreme, für die hinsichtlich des Vichy-Régimes die Namen Jacques Doriot und Marcel Déat stehen. Gerade Doriot steht für den Schwenk vom linken politischen Spektrum zu seinem rechtsextremen Pendant – und somit für einen Faschismus *à la française*, der sich an Mussolini³⁷, aber nicht weniger an Lenin orientiert. Mehr noch als die immer wieder genannte Croix de Feu-Gruppierung des Colonel de La Rocque³⁸ ist die Dynamik der französischen Version des Faschismus in der politischen Vita Doriots und des von ihm gegründeten PPF (Parti Populaire Français) zu beobachten, in der reaktionäre Positionen mit revolutionären Forderungen ein Amalgam bilden³⁹, was dieser Spielart des Faschismus eine überraschende Überlebenskraft verleiht.⁴⁰

Seit dem Erscheinen von *Le syndrome de Vichy* hat sich in der Tat der Schwerpunkt der Auseinandersetzung verlagert, und zwar auf die Fragestellung, in welcher Beziehung der Pétainisme, die Collaboration und die Collaborationistes zum Faschismus standen. Ausgelöst wurde diese Wendung durch die Thesen Zeev Sternhells: Der israelische Historiker tritt nicht erst seit dem Erscheinen seines Buches über *La droite révolutionnaire* im Jahr 1978 die These, der Faschismus sei ein genuin französisches Phänomen, und er hat damit viel Kritik auf sich gezogen. Der im Herbst 2014 erschienene Band *Fascisme français ? La controverse*⁴¹ zeugt sowohl von sachlicher Auseinandersetzung mit Stern-

³⁷ Zu Mussolini als (im Sinne Max Webers) 'Idelotypus' des Faschisten vgl. Hans Woller, Mussolini. *Der erste Faschist*, München 2016.

³⁸ ...auch wenn Robert Paxton unterstreicht: „Toute évaluation du fascisme en France passe forcément par La Rocque.“ (Paxton 2004: 123)

³⁹ In der Forschung sind die Wurzeln des von Doriot propagierten Faschismus umstritten: Während Robert Soucy davon überzeugt ist, dass die konservativen Elemente überwiegen („the Faisceau and the PPF were highly conservative in their basic socio-economic goals“; in: ders.: *French Fascism: The Second Wave, 1933-1939*, Yale University Press 1995, 308), betont Jean-Paul Brunet (vgl. ders., *Jacques Doriot, du communisme au fascisme*, Balland, Paris 1986) ebenso wie jüngst Frederick Brown Doriots bleibende Affinität zu Strategien, die dem Kommunismus entlehnt sind: „In 1934, a year before Stalin and his French deputies sanctioned the idea, he [Doriot] championed a popular front.“ (Frederick Brown, *The embrace of unreason, France 1914-1940*, Knopf, New York 2014, S.236). Nach wie vor hat die Einschätzung von Dieter Wolf Bestand, der 1967 in seiner Studie *Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus* (Stuttgart 1967) von Doriot als einem Politiker sprach, „der von seiner kommunistischen Vergangenheit nicht loskam und in der Schwarz-Weiß-Optik des Renegaten verharrte.“ (305)

⁴⁰ Vgl. u. die Ausführungen zu einer Renaissance faschistoider Massenbegeisterung.

⁴¹ Herausgegeben von Serge Berstein und Michel Winock, CNRS Éditions 2014.

hells Thesen und dem, was sie implizieren, als auch von apologetischen Tendenzen und einer Remythisierung der französischen Geschichte, in denen der alte Reflex einer quasi 'natürlichen' Allergie Frankreichs gegen den Faschismus zu erkennen ist.⁴² Die Beschäftigung mit dem Faschismus und seiner Bedeutung in der französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat allerdings die Frage des Antisemitismus – seiner Verwurzelung in Frankreich und seiner Aktualität – zeitweise aus dem Blick geraten lassen. Für deutsche Leser/-innen mag die Trennung zwischen Faschismus und Antisemitismus bzw. Rassismus erklärungsbedürftig sein, aber gerade das italienische Beispiel zeigt ja, dass das eine nicht zwangsläufig aus dem anderen folgt – ebenso wie die jahrzehntelange Gleichsetzung von Résistance-Kämpfern mit überzeugten Republikanern oder von Kollaborateuren mit Faschisten ein Kurzschluss war.

Wie vorschnell eine Gleichsetzung von Faschismus und Kollaboration wäre, macht der israelische Historiker Simon Epstein in seinem Buch über ein verstörendes Paradox in der jüngeren Geschichte Frankreichs deutlich:

Le Faisceau, cette première organisation fasciste française, s'avère particulièrement fourni en futurs résistants et futurs dirigeants de la Résistance : son fondateur Georges Valois, qui périt à Bergen-Belsen; Jacques Arthuy, dirigeant de l'Organisation civile et militaire (OCM), qui lui aussi périt en déportation ; Philippe Barrès, le fils de Maurice Barrès, qui sera gaulliste; Jacques Debû-Bridel, André Rousseaux, Philippe Lamour etc. À lire les noms, à étudier les biographies et à évoquer les destins de ces membres du Faisceau, on en vient à penser — en forçant, bien sûr, la boutade à l'extrême — que si la France a collaboré, ce n'est pas d'avoir été trop fasciste, ce serait plutôt de ne pas l'avoir été assez...⁴³

Mit 'Un paradoxe français' korrigiert Simon Epstein die gewohnten und darüber hinaus auch sehr kommoden, weil politisch nützlichen Trennlinien in der (Selbst-)Wahrnehmung vieler Franzosen angesichts der Geschichte des 20. Jahrhunderts: Der bereits von Henry Rousso konstatierte Mythos einer Résistance, die sich auf die republikanischen und linken Kräfte stützen konnte, wird ebenso dekonstruiert wie die Vorstellung, dass die Collaboration ausschließlich eine Angelegenheit der politischen Rechten gewesen sei, nämlich von integristischen Katholiken und traditionellen Feinden der Republik aus den

⁴² Vgl. Dobry 2003.

⁴³ Epstein 2008: 536.

Kreisen der Legitimisten und Boulangisten – kurzum: der *anti-dreyfusards* – bis hin zur revolutionären Rechten, die sich, zeitgleich zum italienischen von Mussolini geformten Faschismus, in Frankreich unter dem Dach des Faisceau organisierte. So klar und durchschaubar diese Trennungslinie auch erscheinen mag, so wenig entspricht sie den historischen Tatsachen und so hinderlich ist sie bei dem Versuch, Verantwortlichkeiten für das zu benennen, was in den Jahren 1940-1944 im Namen Frankreichs geschehen ist. Erhellend wäre eher eine Analyse des Begriffs Faschismus, die vor allem eines bewirken kann: In diesem Begriff die Selbstdeutung einer revolutionären Bewegung zu erkennen, die sich ebenso von Mussolini und Sorel hat beeinflussen lassen wie von Lenin; und den antibürgerlichen Impetus des Faschismus zu erkennen, der vor allem auf die Zerstörung demokratisch-parlamentarischer Strukturen hinauslief – und dessen Feindbild die Republik im Allgemeinen und die seit den 1870er Jahren bestehende III. Französische Republik im Besonderen war. Womöglich hat es sich Robert Paxton in seiner Faschismusanalyse zu leicht gemacht, wenn er die 'révolution nationale', die Pétain im Sommer 1940 propagiert, eher als „hérésie des doctrines libérales et progressistes de la IIIe République“⁴⁴ und das Phänomen Faschismus als ängstliche Reaktion eines verschreckten Bürgertums auf soziale Veränderungen erklärt.⁴⁵ In seinem dreißig Jahre nach *La France de Vichy* erschienenem Buch *The Anatomy of Fascism*⁴⁶ äußert sich Robert Paxton wesentlich differenzierter zur Frage eines genuin französischen Faschismus; indem er sich hier mit der erstaunlichen Vorstellung einer französischen 'Allergie' gegen den Faschismus auseinandersetzt („L'échec du fascisme en France ne fut pas le fait de quelque mystérieuse allergie“.⁴⁷), greift er in die als Reaktion auf die Auseinandersetzung mit den Thesen Zeev Sternhells ausgelösten Debatten ein und ergreift, bei allem Vorbehalt⁴⁸, für diesen indirekt Partei.

⁴⁴ Paxton 1973: 285.

⁴⁵ „Des mesures draconiennes prises par une bourgeoisie effrayée – voilà qui pourrait être une bonne définition du fascisme. En ce sens, Vichy est fasciste.“ (Paxton 1973: 286)

⁴⁶ Auf Französisch im gleichen Jahr seines Erscheinens (2004) unter dem Titel *Le fascisme en action* bei Seuil veröffentlicht.

⁴⁷ Paxton 2004: 125.

⁴⁸ „On ne peut se contenter, cela va de soi, de dénombrer les intellectuels français qui se sont exprimés dans un langage apparemment fasciste“; (Paxton 2004: 122)

Zeev Sternhell und die Kontroverse über einen „fascisme français“

Seit den Siebziger Jahren vertritt der israelisch-französische Historiker Zeev Sternhell in seinen Publikationen die These, dass die rechtsextremen Positionen im Frankreich der Zwischenkriegszeit eben nicht ein 'Import' aus den Nachbarländern Deutschland und Italien gewesen seien, sondern eine genuin französische Wurzel hätten. Als 1983 Sternhells Buch *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France* erschien, wurde nicht nur eine neue Etappe der Auseinandersetzung der Franzosen mit ihrer Vergangenheit der Dreißiger und frühen Vierziger Jahre eingeläutet, sondern auch eine neue Auseinandersetzung mit dem 'verordneten Vergessen', das nicht erst seit Ernst Renans berühmter Beantwortung der Frage, was eine Nation sei⁴⁹, Teil einer französischen Geschichtspolitik ist.⁵⁰ Sternhell protestierte dagegen und provozierte mit seinen Thesen über die Geburt des Faschismus im Frankreich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der die zu den Kollaborateuren von Vichy führende Entwicklung des Vaterlandes der Menschenrechte geradezu unausweichlich gemacht habe. In *Ni droite ni gauche* hatte er seinerzeit nicht nur Strukturen benannt, sondern auch Namen, was ihm eine Klage seitens des Publizisten Bertrand de Jouvenel eintrug: Dieser sah seine Ehre darin verletzt, dass Sternhell an Jouvenels Mitgliedschaft in Jacques Doriots Parti Populaire Français erinnert hatte sowie an Jouvenels Interview mit Hitler im Jahr 1936, das dem Zweck diene, Hitlers Friedenswillen zu demonstrieren. Es war nicht zuletzt die Aussage Raymond Arons zugunsten Jouvenels, die zur Verurteilung Sternhells führte – allerdings ausdrücklich nicht wegen dessen grundsätzlicher Aus-

⁴⁹ „L'oubli, et je dirai même l'erreur historique, sont un facteur essentiel de la création d'une nation, et c'est ainsi que le progrès des études historiques est souvent pour la nationalité un danger.“ Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une Nation ?*, Rede in der Sorbonne vom 11. März 1882.

⁵⁰ Dass das 'verordnete' Vergessen ebenso zum Nachkriegsdeutschland gehörte und Formen der politisch motivierten Deutung der jüngsten Geschichte annahm, ist hinlänglich bekannt: Als eklatantes und gerade die deutsch-französischen Beziehungen betreffendes Beispiel sei hier die von Bernhard Brunner (in: ders., *Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland*, Wallstein-Verlag, Göttingen 2004, insbesondere 132ff.) detailliert analysierte Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 ('Elysee-Vertrag') genannt, zu der das deutsche Drängen (und französische Nachgeben) auf Freilassung der in Frankreich inhaftierten Kriegsverbrecher Carl Oberg und Helmut Knochen gehörte; beide hatten eine Schlüsselrolle bei der Verfolgung der französischen Juden (vgl. dazu Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, DVA, Stuttgart 1966, insbesondere 226ff.).

sagen über Jouvenels Affinität zu den Kollaborationisten, sondern lediglich wegen eines Details bei der Darstellung des Verhältnisses Jouvenels zu Hitlers Botschafter Otto Abetz.

Bizarrr war dieser Prozess vor allem, weil der Bezug zu einer Vergangenheit, die offenkundigerweise keinesfalls vergangen war, vor Gericht geklärt werden sollte – viele Historiker verhielten sich auffallend zurückhaltend, was vielleicht auch der *Idéologie française* geschuldet war, die Bernard-Henri Lévy in seinem zwei Jahre zuvor erschienenen gleichnamigen Buch beschrieben hatte. Vor allem aber waren sich viele Historiker mit René Rémond, dem Doyen der französischen Politikwissenschaft, einig über die historischen Wurzeln der politischen Rechten in Frankreich – womit übrigens nicht moderate Positionen der (rechten) politischen Mitte gemeint sind, sondern extreme antirepublikanische und antidemokratische Tendenzen. Laut Rémond gingen diese auf die royalistischen Legitimisten, auf die nicht minder monarchisch gesinnten Orléanisten sowie auf die sich an einem nostalgischen Napoleon-Bild orientierenden Bonapartisten zurück. Eine revolutionäre Rechte wie in Italien und Deutschland, die den Kampf als Daseinsgrund propagiert, die das Individuum der Masse und die Schwachen den Starken unterordnet und somit die zentralen Werte der Aufklärung negiert, kam in Rémonds Anatomie der französischen Rechten nicht vor – wohl aber die eben erwähnte These der Immunität Frankreichs gegenüber dem Faschismus, die seiner langen republikanischen und demokratischen Tradition geschuldet sei.

Diese Selbstgewissheit stellt Zeev Sternhell seit vielen Jahren in Frage: Der Historiker und Politikwissenschaftler ist ein glühender Verfechter und Verteidiger der französischen Aufklärung – und gleichzeitig macht er unter Verweis auf Georges Sorels *Réflexions sur la violence* und Maurice Barrès' *Les Déracinés* immer wieder deutlich, dass die Opposition zu dieser aufklärerisch-republikanischen Tradition ebenso zu Frankreich und seiner (Ideen-)Geschichte gehört.⁵¹ Barrès symbolisiert für Sternhell das Fanal einer Rücknahme dessen, was der Intellektuelle Émile Zola und sein Engagement für den jüdischen Hauptmann Dreyfus bewirkt und erreicht hatte. 1972 veröffentlicht Zeev Sternhell eine vielbeachtete Studie über Barrès (*Maurice Barrès et le nationalisme français*), in der er diesen vor allem als den Kopf derjenigen schildert, welche die Abstraktion des aufgeklärten Denkens als Zumutung empfinden und stattdessen „la terre et les morts“ – 'den Boden Frankreichs und das Vermächtnis der Ahnen' – als die wahren Grundlagen französischer Identität ausmachen wollen. Sternhells

⁵¹ In diesem Zusammenhang ist vor allen anderen auf Sternhells 2006 erschienenenes Buch *Les anti-Lumières. Du XVIIIe à la guerre froide* (Fayard) hinzuweisen.

Barrès-Buch wird zum Ausgangspunkt seiner immer intensiveren Beschäftigung mit den antiaufklärerischen Tendenzen im französischen Denken, die ihn schließlich zur These eines genuin französischen Faschismus führt. Diese These gewinnt Gestalt in den bereits erwähnten Büchern *La Droite révolutionnaire. Les origines françaises du fascisme 1885-1914* (1978) und *Ni droite ni gauche. L'Idéologie fasciste en France* (1983); 1989 folgt dann das gemeinsam mit Mario Sznajder und Maia Ashérie verfasste Buch über die *Naissance de l'idéologie fasciste* (dt. unter dem Titel *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini*, Hamburger Edition 1999), in dem Sternhell dezidiert zum Begriff des Faschismus Stellung nimmt und schließlich 2006 die voluminöse Studie zu den Widersachern der Aufklärung unter dem Titel *Les anti-Lumières*.

Mit jedem Buch Sternhells wuchs der Widerstand gegen seine These, dass rechtsextreme Positionen aus einer französischen Tradition der Gegenaufklärung zu erklären seien – dabei ist diese These eines französischen Faschismus gar nicht so neu: Bereits 1987 hatte der Historiker Pierre Milza eine Studie über die politikgeschichtlichen Wurzeln des Vichy-Régimes unter dem Titel *Fascisme français. Passé et présent* vorgelegt, im gleichen Jahr übrigens, in dem Henry Rouusos Buch *Le syndrome de Vichy* erschien. Sternhells jüngste Bekräftigung der These eines fascisme franco-français (in: *Histoire et Lumières. Changer le monde par la raison*, 2014) hat nun also – fast möchte man sagen: endlich – zahlreiche renommierte Historiker zu einer dezidierten Antwort unter dem Titel *Fascisme français ? La controverse* herausgefordert. Leider driftet die Debatte – und nicht nur darin liegt eine gewisse Parallele zum deutschen Historikerstreit der Achtziger Jahre – bisweilen ins Persönliche, um nicht zu sagen Infame (wenn beispielsweise Jean-Noël Jeanneney quasi nebenbei und nicht ohne Untertöne, die an de Gaulles berüchtigte Israel-Äußerungen von 1967 erinnern, Zeev Sternhell als „vaillant soldat d'Israël“ bezeichnet und dabei suggeriert, dass die Frage eines *fascisme français* doch „une affaire à traiter entre Français“ sei⁵²); aber grosso modo zeichnet sich ein historiographisch interessanter Konflikt in der Bewertung der französischen Zeitgeschichtsschreibung ab: Dient die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte der Erkenntnis der Vergangenheit des eigenen Landes, auch mit dem Risiko, dabei Verstrickungen und blinde Flecken der gängigen Autostereotype zu entdecken? Oder aber – und dies ist die geschichtspolitische Version – ist es die Aufgabe der Historiker, die Nation eben davor abzuhalten und vor einem „masochisme national“ (Jean-Noel Jeanneney) zu bewahren? Oder anders ausgedrückt: Muss um jeden Preis ein 'positives' Bild Frankreichs favorisiert werden, weil nur so die Identifikation mit *la France* und damit das

⁵² Jean-Joël Jeanneney in seiner Einleitung zu Berstein/Winock 2004: 11; vgl. o. Anm. 24.

ambitionierte Projekt der Integration gelingen könne⁵³ – oder ist diese geschichtspolitische Ausrichtung der *mémoire collective* nicht eher kontraproduktiv?

Faschismus oder Antisemitismus? Wege und Irrwege einer öffentlichen Debatte

Sternhells Thesen verstehen sich als Protest gegen ein in der Tat kontraproduktiv wirkendes 'offizielles Geschichtsbild': Es ging und geht ihm darum, den Faschismus nicht lediglich als reaktionäres Phänomen einer vergangenen Epoche⁵⁴ zu betrachten, sondern als totalitäre Bedrohung der Moderne – die wegen ihrer Vorstellung eines „new type of human being, the fascist man“ und einer „new conception of a living community“⁵⁵ selbst ein Kind der Moderne ist. Vor diesem Hintergrund allerdings fällt es schwer, den greisen Marschall mit seiner antirevolutionären Trias von „travail patrie, famille“ als Chef eines faschistischen Staates zu bezeichnen; wenn man allerdings – was nichts an Pétains Verhalten entschuldigt, aber viel erklärt – Pétain als Marionette derjenigen erkennt, die wie Marcel Déat Vichy als Gelegenheit betrachteten, nach dem Beispiel der deutschen Nationalsozialisten das grausame „nouveau régime“ eines „socialisme aryen“⁵⁶ zu errichten, wird das Doppelgesicht des 'État français' um so deutlicher: Hinter der Bonhomie des Siegers von Verdun, der den Kollaborationspakt mit dem Teufel schloss, um „das Schlimmste zu verhüten“, taucht die totalitäre Fratze derjenigen auf, die wie Robert Brasillach offen den Faschismus propagierten – „Et c'est à la condition d'être fasciste que la France durera et que la France vivra“, schreibt er am 9. Mai 1942 in der von ihm geleiteten Zeitschrift *Je suis partout*; nur wenige Monate später, kurz nach der berüchtigten 'Rafle du Vel' d'Hiv', bei der über 13000 Juden aus Paris nach Auschwitz verschleppt wurden, schreibt Brasillach an gleicher Stelle: „Il faut se

⁵³ So argumentiert beispielsweise Jean-Pierre Rioux: „Il est [...] inconcevable de laisser mettre en 'mémoire' chez [certains élèves] une représentation négative de la France, sous peine de les voir intérioriser la 'haine' de ce qu'ils sont au spectacle d'une telle avalanche de crimes imputés à la patrie qui s'offre à eux.“ Rioux, Jean Pierre, 2008, in: ders. (Hg.). *Nos embarras de mémoire. La France en souffrance*. Lavauzelle: Limoges, 167-168.

⁵⁴ Nolte, Ernst, 1963. *Der Faschismus in seiner Epoche*. Piper: München.

⁵⁵ Sternhell 1977: 340/347.

⁵⁶ „La France se couvrira, s'il le faut de camps de concentration et les poteaux d'exécution fonctionneront en permanence. L'enfantement d'un nouveau régime se fait au forceps et dans la douleur.“ Marcel Déat, zitiert von Jean-Pierre Azéma, 'Vichy, un régime fasciste?', in: Berstein/Winock 2004: 228.

séparer des Juifs en bloc et ne pas garder de petits.“⁵⁷ Angesichts solcher mehr als eindeutigen Äußerungen zahlreicher französischer Anhänger des Vichy-Regimes stellt sich die Frage um so dringlicher, ob man mit Blick auf das positive Frankreichbild der Nachgeborenen solche Aspekte dem verordneten Vergessen unterordnen kann.⁵⁸

Durch die nicht zuletzt von Sternhell selbst **immer** wieder angemahnten Differenzierung zwischen der biedereren Maske des Vichy-Regimes in der Gestalt des großväterlich-konservativen Pétain⁵⁹ und der Radikalität der collaborationnistes um Jacques Doriot, Marcel Déat und Robert Brassillach nahm die Diskussion um den faschistischen Charakter des Vichy-Regimes neue Fahrt auf und führte zu Begriffsklärungen, die heilsam sein könnten: In seinem 2003 erschienenen Buch *Du fascisme* setzt sich Pascal Ory mit den Parallelen zwischen Bolschewismus und Faschismus auseinander⁶⁰, ohne sich in den Kurzschlüssen des deutschen Historikerstreits der achtziger Jahre zu verlieren; vor allem aber geht er dem 'heißen Eisen' eines Bezugs zwischen historischem Faschismus und religiös motiviertem Fanatismus am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht aus dem Weg⁶¹, nicht ohne jedoch den Leser einer gewissen Ratlosigkeit zu überlassen: Denn er unterstreicht Rationalismus und Humanismus als unbedingte Voraussetzung einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus, um

⁵⁷ *Je suis partout* vom 25. September 1942. *Je suis partout* ist in der Tat eine wertvolle Quelle für die Erforschung dessen, was den fascisme à la française ausmacht: Am 14. April 1939 schrieb Robert Brasillach als Chefredakteur der Zeitschrift: „On ne mettra le fascisme étranger que par le fascisme français, le seul vrai fascisme“; der Titel des Artikels vom 14. April 1939 (‘Il faut répondre aux nationalismes menaçants par le nationalisme et non par la démocratie’) hat in der von Nationalismen herausgeforderten Europäischen Union des Jahres 2016 eine erschreckende Aktualität.

⁵⁸ Vgl. o. Anm. 50

⁵⁹ Pétain war keineswegs so harmlos, wie er gezeichnet wurde und immer noch wird: Im Herbst 2010 wird durch die Nachforschungen Serge Klarsfelds ein Dokument bekannt, das belegt, inwiefern Pétain persönlich das berüchtigte 'Judenstatut' vom Oktober 1940 verschärfte und damit über die Forderungen der deutschen Besatzer hinausging. Dies löste eine erneute Debatte über den antisemitischen Charakter des Vichy-Regimes aus; vgl. dazu: http://www.lemonde.fr/societe/chat/2010/10/04/petaain-picce-maitresse-de-la-persecution-des-juifs_1419921_3224.html

⁶⁰ vgl. u. Anm. 65

⁶¹ In einer Typologie der politischen Ideologien könne man erstaunliche Parallelen feststellen: Pascal Ory spricht von den „types d’institutions apparemment très éloignés les uns des autres, qu’on peut disposer sur un éventail allant du strict Etat-gendarme xénophobe à structure économique ultralibérale, tel que le dessine le programme officiel du Front national des années 90, jusqu’à l’absolu de l’Etat-société taliban.“ (Ory 2003: 328/329)

sie unmittelbar darauf einer gewissen Beliebigkeit auszusetzen⁶² – als ob die klare Benennung einer Ideologie als menschenverachtend dem Anspruch von Objektivität historischer Forschung zuwiderlaufe.

Der Vorwurf der Islamophobie und die Renaissance faschistoider Massenbegeisterung

Womöglich ist es die diesem Anspruch geschuldete Zurückhaltung, welche zu einer gewissen Hilflosigkeit führt, wenn auf Demonstration im Paris des Jahres 2014 öffentlich und ohne Folgen den Juden der Tod gewünscht wird und sich ein neue Aggressivität gegenüber den jüdischen Gemeinden in Frankreich Bahn bricht. Denn wer wie der französische Premierminister Manuel Valls diese aggressive Radikalität als islamo-fascisme bezeichnet⁶³ und sich an den Werten der Republik und nicht an einer „morale personnelle“ orientiert, der sieht sich plötzlich dem Vorwurf der Islamophobie ausgesetzt – ein Vorwurf, der übrigens oftmals von denen geäußert wird, die einem Polemiker wie Dieudonné zujubeln, wenn dieser Pétain huldigt („Moi, je me suis arrêté à Pétain; je l'aime bien, la casquette, la moustache, il avait un style.“) und behauptet, dieser sei „moins raciste“ gewesen als François Hollande es sei, um dann hinzuzufügen: „Je n'ai pas à choisir entre Juifs et nazis, je suis neutre dans cette affaire.“⁶⁴ Damit wird ein scheinbar unpolitisches Geschmacksurteil geäußert (darin durchaus ähnlich dem eingangs zitierten des 26-jährigen François Mitterrand), das sich des Zuspruchs einer leicht manipulierbaren Masse sicher sein kann: Der frenetische Jubel, der Dieudonné oder Alain Soral entgegenschlägt, wird von denen geäußert, die sich als Unterdrückte verstehen und sich als Aufständische gerieren – das unterscheidet sie, allerdings nur auf den ersten Blick, von denen, die zwischen 1940 und 1944 Pétain und seiner Entourage zujubelten. Gemeinsam ist ihnen nämlich der Hass auf die Republik und der Antisemitismus – und hier zeigt sich, wie scharfsinnig letztlich die Faschismus-Analyse

⁶² In seiner 'Conclusion' in Form von Fragen und Antworten schreibt Pascal Ory: „Le fascisme est-il raciste ? – Oui. Le fascisme est-il belligère ? – Oui, par nature. Le fascisme est-il génocidaire ? – Oui, par naturisme. [...] Le fascisme, est-il mauvais ? – C'est affaire de morale personnelle.“ (Ory 2003: 336/337)

⁶³ Tristan Quinault Maupoil, 'Manuel Valls : „Contre l'islamo-fascisme, l'unité doit être notre force“, in: *Le Figaro* vom 16. Februar 2015: „Pour combattre cet islamo-fascisme, puisque c'est ainsi qu'il faut le nommer, l'unité doit être notre force. Il ne faut céder ni à la peur ni à la division.“

⁶⁴ Vgl. <http://tempsreel.nouvelobs.com/societe/20140103.OBS1315/au-spectacle-de-dieudonne-rires-non-stop-et-obsession-des-juifs.html>

Pascal Ory ist, der hinsichtlich der „logique radicale de la configuration fasciste“ feststellt: „les valeurs sont bel et bien empruntées à la droite extrême nationaliste, le style à la gauche bolchévique.“⁶⁵

Es ist diese Mischung, die im Frankreich der Jahre nach dem 11. September 2001 den oftmals reflexhaft geäußerten Vorwurf hervorbringt, die französische Gesellschaft sei 'islamophob': Vektor dieser Mischung aus Opferrhetorik⁶⁶ und aggressivem Feindbild, das sich im Hass auf 'die' Juden äußert, ist nicht mehr der historische Nationalismus der Rechtsextremen, sondern ein diffuser arabischer 'Nationalismus' vieler Franzosen mit maghrebinischen Wurzeln, der sich angesichts der innerarabischen Konflikte und mangels einer positiven Selbstaussage lediglich in der Ablehnung äußern kann und in dem sich der Protest gegen soziale Prekarität mit den nach Identität suchenden Stimmen aus den banlieues vermengen⁶⁷: Israel und 'die' Juden seien die Ursache aller Übel dieser Welt.⁶⁸ Zu kurz greift, wer in den antijüdischen Äußerungen gerade junger Franzosen mit maghrebinischem Hintergrund lediglich einen 'Import' des Nahostkonflikts sieht: Der neue Antisemitismus in Frankreich ist ein gefährliches Amalgam aus sozialem Minderwertigkeitskomplex und aggressiver Revolutionsrhetorik, die sich dem Kampf gegen „les cadres de la mafia Rothschild“⁶⁹ verschreibt und sich gleichzeitig – das unterscheidet ihn vom antirepublikanischen Antisemitismus im Frankreich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – progressiv gibt:

„Pour stigmatiser les Juifs, les nouveau antijuifs peuvent ainsi [gemeint ist die Rede vom „communautarisme juif“ aber auch Slogans wie der von der „puissance du lobby juif“ oder vom „racisme de l'État d'Israël“; C.K.] revendiquer une noble position républicaine, résolument anti-communautariste, se transfigurer en antiracistes intransigeants ou se

⁶⁵ Ory 2003: 36.

⁶⁶ Signifikant dafür ist die Bezeichnung von Selbstmordattentätern als 'martyrs'.

⁶⁷ Kepel 2014: 15.

⁶⁸ „Le conflit israélo-palestinien a ravivé cet antijudaïsme. La Palestine cristallise la frustration des Arabes. Les Juifs sont jugés responsables de tous les malheurs.“ Georges Bensoussan, 'Le conflit ravive un antijudaïsme d'origine maghrébine', propos recueillis par Hugo Domenach, in: *Le Point* vom 24. Juli 2014, 25.

⁶⁹ Dies ist ein immer wiederkehrendes Stereotyp von Dieudonné; ausführlich dazu Taguieff 2015: 29 (Anm. 29).

donner simplement pour des âmes sensibles et compatissantes touchées par les «souffrances du peuple palestinien».⁷⁰

Ein neues Paradoxe français...

Der 'neue' Antisemitismus – zurecht weist Pierre-André Taguieff darauf hin, dass es sinnvoller ist, statt von Antisemitismus von Judenfeindlichkeit („judéophobie“⁷⁰) zu sprechen – ist also nicht der alte der 1930er und 1940er Jahre, aber nichtsdestoweniger schließt sich ein unseliger Kreis mit Édouard Drumonts Buch *La France juive* von 1886 und seinen fatalen Folgen unter dem Vichy-Regime. Gleichzeitig jedoch – und deshalb könnte man in Anlehnung an Simon Epstein Studie von einem neuen *paradoxe français* sprechen – verbindet sich der als Antizionismus⁷¹ getarnte Judenhass mit dem Narrativ der Résistance, und dies liegt nicht an einer vermeintlich zufälligen Terminologie⁷²: Pierre-André Taguieff spricht von einem „mythe islamisé de la Résistance“⁷³ und illustriert durch zahlreiche Beispiele, wie die Protagonisten der pro-palästinensischen Demonstrationen sich einer geradezu pathetischen Résistance-Erinnerung bedienen, um diese als Vektor ihres versteckten Judenhasses zu nutzen, der eben nur dürftig hinter der Fassade des sich revolutionär⁷⁴ gebenden Anti-Zionismus versteckt wird. Diese Camouflage ist umso abgründiger, als sie die von Teilen der französischen Bevölkerung mit maghrebini-schen Wurzeln⁷⁵ geteilte Feindschaft gegenüber den Juden einzig und allein aus

⁷⁰ Taguieff 2015: 25.

⁷¹ „C'est l'une des nouveautés de la situation : alors que les antijuifs traditionnels se déclaraient eux-mêmes «antijuifs» ou «antisémites», les antijuifs contemporains, en France du moins, se présentent comme des citoyens scandalisés par le «communautarisme juif», la «puissance du lobby juif» ou «le racisme de l'État d'Israël», et bien sûr les «crimes sionistes» (comme en témoigne le slogan «Sionistes assassins !»)." (Taguieff 2015: 25)

⁷² „Soutien total à la résistance palestinienne“ lautete eine häufige Parole – skandiert und auf Transparenten abgedruckt – während der Pro-Palästina-Demonstration vom 13. Juli 2014 an der Bastille, die zu einem erschreckenden Fanal rassistischer Judenfeindschaft wurde.

⁷³ Taguieff 2015: 48.

⁷⁴ Es wäre eine Untersuchung wert zu zeigen, inwiefern sich hier ein in der französischen Öffentlichkeit nicht hinreichend reflektiertes Erbe der Französischen Revolution niederschlägt: François Furet weist hin auf das „glissement de l'idéologie à la manipulation [qui] est inscrit dans la nature du pouvoir révolutionnaire, constitué et légitimé par de l'opinion sans qu'il existe de règles d'expression de cette opinion. C'est à l'intérieur de cette ambiguïté que Robespierre règne.“ in: ders. 1978. *Penser la révolution française*. Gallimard : Paris, 94.

⁷⁵ Es versteht sich von selbst, dass nicht 'die' französischen Muslime gemeint sind, sondern der Teil der muslimischen Bevölkerung, der sich radikalisiert hat und seine Identität auf einer jüdenfeindlichen Haltung gründet.

dem Nahost-Konflikt erklärt, wobei die Frage ausgeblendet wird, ob Franzosen jüdischen Glaubens für die Politik einer Regierung Israels haftbar zu machen sind. Bei näherer Analyse jedoch steht die Judenfeindschaft von Teilen der islamisch geprägten Franzosen in einer langen Tradition: Pierre-André Taguieff spricht von den „origines lointaines de l'islamisation de la judéophobie“⁷⁶ und Emmanuel Brenner erinnert daran, dass das Vichy-Regime sich im August 1940 der Unterstützung der Algerier und Marokkaner versicherte, indem es das Crémieux-Dekret von 1870 zurücknahm.⁷⁷

Die Verbindung der sich aus alten Wurzeln nährenden Judenfeindschaft mit der Opferrhetorik der 'Verdammten dieser Erde' hat zweifellos auch etwas zu tun mit der nicht zuletzt durch Pierre Nora's *Lieux de mémoire* ausgelösten „concurrency mémorielle“.⁷⁸ Und gleichzeitig ist diese gefährliche Mischung das Produkt eines kollektiven Vergessens, wie es Ernest Renan in seiner berühmten Rede von 1882 als Voraussetzung der „Erschaffung einer Nation“ verstand⁷⁹ – nur dass das kollektive Vergessen hinsichtlich der kolonialen Vergangenheit Frankreichs in wachsenden Teilen seiner Bevölkerung eben das Gegenteil hervorgebracht hat, nämlich den Hass auf die Nation: Anlässlich des Erscheinens seines jüngsten Buchs (*Terreur dans l'hexagone*) weist Gilles Kepel auf diesen Zusammenhang hin („Cette haine [de la France] est encore nourrie en Algérie par certains cercles qui font passer l'occupation des nazis en France pour une promenade de santé à côté de ce que leur ont fait subir les Français durant la colonisation.“⁸⁰) – ebenso wie er zeigt, dass dem Hass auf Frankreich seitens vieler islamistisch radikalisierten Franzosen quasi spiegelbildlich der

⁷⁶ Taguieff 2015: 25.

⁷⁷ 1870 erließ der damalige Justizminister Adolphe Crémieux ein Dekret, durch das die etwa 35000 in Algerien lebenden Juden zu französischen Staatsbürgern wurden; am 7. Oktober 1940 schaffte das Vichy Regime dieses Dekret ab: „Dès lors que Vichy ramène les Juifs à leur ancestrale situation d'infériorité, la violence musulmane s'apaise. Du Maroc à la Tunisie, l'action antijuive de l'État français rencontre l'approbation de la plus grande partie des élites maghrébines, en tout cas de la population.“ (Brenner 2004: 124) Unter dem Pseudonym Emmanuel Brenner hat Georges Bensoussan ebenfalls 2004 das vorausschauende Buch *Les territoires de la République. Antisémisme, racisme et sexisme en milieu scolaire* (Éditions Mille et une nuits, Paris 2004) veröffentlicht.

⁷⁸ Pierre Nora, 'Les lieux de mémoire, ou comment ils m'ont échappé', in: ders: *Présent, nation, mémoire*, Gallimard, Paris 2011; Nora bemerkt hier im Modus der Selbstkritik, dass die Erinnerung an den Antisemitismus des Vichy-Regimes „a paru mettre en cause une France bien antérieure à Vichy“, was der „liturgie républicaine“ (404) letztlich schade; zur Konkurrenz zwischen den einzelnen Erinnerungssträngen vgl. Grandjean/Jamin 2011.

⁷⁹ Vgl. o. Anm. 49.

⁸⁰ Gilles Kepel in: *Le Point* 2257 vom 10. Dezember 2015, 45.

Hass auf die Republik im Denken vieler Sympathisanten des Front National entspricht: Auch dies gehört zum neuen *paradoxe français*, dass die in ihrer Feindschaft gegenüber dem republikanischen Frankreich geeinten feindlichen Brüder – radikalisierte Moslems und antisemitische Neofaschisten aus dem FN – einen gemeinsamen Gründungsmythos bemühen: Als Jean-Marie Le Pen am 11. Januar 2015 „#jesuisCharlieMartel#“ twitterte (im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2002 hatte er bereits Plakate mit der Aufschrift „Charles Martel 732, Le Pen 2002“ drucken lassen), bediente er damit die gleichen Sehnsüchte, sich der eigenen Identität vor dem Hintergrund der Geschichte des Merowingerkönigs aus dem 8. Jahrhundert zu versichern, die auch in Abou Moussab al-Suris 'Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand' als Vehikel kollektiver Identität dienen.⁸¹ Die Schnittmenge zwischen Islamisten und Neofaschisten ist ihre hasserfüllte Ablehnung der Juden und der „République juive“, und so wundert es nicht, dass der Repräsentant des Negationismus der Siebziger und Achtziger Jahre sich nicht mehr mit der Leugnung der Shoah zufrieden gibt, sondern diese Leugnung als Dienst am palästinensischen Volk bezeichnet⁸²: Robert Faurisson steht in der Tat für das Paradox eines Schulter-schlusses zwischen der aus der Fremdenfeindlichkeit geborenen Partei und denjenigen, denen als französische Staatsbürger die Republik und ihre Werte immer fremd geblieben sind.

...und eine Vergangenheit, die gegenwärtig bleibt

Die Debatte über Zeev Sternhells Thesen hinsichtlich eines genuin französischen Faschismus und der Gegenthese einer französischen 'Immunität' gegenüber den totalitären Versuchungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führt letztlich – so interessant sie aus einer historiographischen und politikwissenschaftlichen Perspektive auch ist – zu einer Immunisierung gegenüber den Gefahren, die, wie der Antisemitismus, quasi in ihrem Windschatten und somit

⁸¹ „La polarisation entre la kalach du djihadiste et le Martel du FN, aboutissement de la stratégie d'Abou Moussab al-Souri dans son 'Appel à la résistance islamique mondiale' comme prodrome à la guerre civile en Europe, va jusqu'à se nourrir, dans son inspiration même autour du mythe fondateur de Charles Martel, d'un effet miroir saisissant.“ Gilles Kepel in: *Le Point* 2257 vom 10. Dezember 2015, 46.

⁸² „La déréliction du peuple palestinien est un crève-cœur [...] Mon révisionnisme est la seule contribution que je puisse apporter à ce peuple en détresse.“ Robert Faurisson, *En confiance. Entretien avec L'Inconnu*, Pierre Marteau Éditeur (die klassische konspirative Verlagsangabe soll den Untergrund- und 'Résistance'-Charakter des Buches unterstreichen; C.K.), Mailand 2009, 75

unbemerkt eine fatale Kontinuität aufweisen: Die Reaktivierung antisemitischer, d.h. antijüdischer Ressentiments aus der Zeit vor 1944 ist umso wirkmächtiger, als sie sich als Tabubruch geriert⁸³, und sie ist umso attraktiver, als sie mit dem Pathos von Kampf und Résistance einen „islam identitaire et idéologique“ bedient.⁸⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint es fragwürdig, dass Éric Conan und Henry Rousso in ihrem eingangs zitierten Buch *Vichy, un passé qui ne passe pas* erklären, der französische Antisemitismus sei ein überbetonter Aspekt bei der Beschäftigung mit dem Vichy-Regime und für die Milizionäre der Jahre 1943/1944 seien Juden, Kommunisten und Gaullisten 'lediglich' Kriminelle gewesen, die man zu bekämpfen habe.⁸⁵ Der Antisemitismus ist vielmehr ein niemals vergangenes Phänomen der französischen Gesellschaft, und die jüngsten antijüdischen Angriffe zeigen die fatalen Folgen der Unterschätzung dieses Phänomens. Natürlich ist Éric Conan und Henry Rousso beizupflichten, dass die „culpabilisation systématique des générations qui ont traversé ces années noires“⁸⁶ der Affirmation einer universalen Geltung demokratischer und republikanischer Werte nicht dienlich ist; gleichwohl bleibt die Frage, warum es über 70 Jahre nach dem Ende der Occupation und der Diskreditierung all dessen, was mit dem Begriff 'Faschismus' assoziiert wurde, in Frankreich ein latentes Arsenal von symbolisch besetzten Begriffen und Haltungen gibt, die jederzeit aktualisiert und zu Positionen im Kampf um die Deutungshoheit über die Gegenwart ausgebaut werden können: Die aggressive Ablehnung 'der Juden' gehört dazu ebenso wie die pathetische Beschwörung einer legitimen 'Résistance' gegenüber dem ungerechten Besatzer (wobei selbst auf der politischen Linken die Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland keine Probleme mehr zu bereiten scheint⁸⁷) – und schließlich die mangelnde Bereitschaft, den 'Sündenfall Vichy' als Teil der Geschichte Frankreichs anzunehmen und nicht wie einen Fremdkörper zu exorzisieren; wohl eher unfreiwillig hat Blandine Kriegel dieses Dilemma deutlich gemacht, als sie

⁸³ Eklatantes Beispiel ist die sog. *quenelle*, der angedeutete Hitlergruß, mit dem sowohl der Zuspruch zum Faschismus als auch die Inszenierung eines Protests gegen ein 'System' ausgedrückt wird, das die Kritik an (de facto handelt es sich um den Hass auf) Israel unterdrücke.

⁸⁴ Taguieff 2015: 154.

⁸⁵ Vgl. Conan/Rousso 1996: 398-400.

⁸⁶ Conan/Rousso 1996: 425.

⁸⁷ Pierre-André Taguieff zitiert aus mehreren Reden Jean-Luc Mélenchons, in denen dieser antisemitische Stereotypen bedient: Eklatant ist dies in Mélenchons Rede am 24. August 2014 in Grenoble, wo er – nachdem er über „les populations martyrisées de Gaza“ gesprochen hat, feststellt: „Nous ne croyons pas aux peuples supérieurs aux autres.“ (vgl. Taguieff 2015: 147)

in einem Artikel unter der Überschrift *Vichy, la République et la France* feststellte: „[...] si, hier, il fallait décider que Vichy ce n'était pas la France, il faut avoir le courage de reconnaître aujourd'hui quel fut le rôle de Vichy dans l'État.“⁸⁸

Darin liegt wohl der eigentliche Grund der nicht vergehenden Vichy-Vergangenheit und der Unfähigkeit, die alten Dämonen des Antisemitismus und einer dem Faschismus der Dreißiger Jahre ähnelnden Feindschaft gegenüber der Republik zu bändigen: nämlich in der jahrzehntelangen Beschwörung des Mantras, dass all die Stimmen und Kräfte, welche zwischen 1940 und 1944 im Namen und in der Sprache Frankreichs die Republik und ihre Werte zu vernichten drohten, eigentlich gar nicht zu Frankreich gehört hätten. Die Kehrseite dieser Beschwörung einer fiktiven nationalen Einheit ist die ständige Furcht vor dem Bürgerkrieg der *deux France*, wie sie der Historiker Jacques Marseille vor zehn Jahren im Zeichen der Unruhen in den Pariser Vororten analysierte.⁸⁹ Die Alternative zur ermüdenden Beschwörung einer nationalen Einheit und ihrer Bedrohung durch den latenten Bürgerkrieg besteht – nachdem die Generation der unmittelbar Betroffenen sowie der Zeitzeugen⁹⁰ abgetreten ist – in der permanenten⁹¹ historischen Analyse dessen, was die Republik zu Fall gebracht hat und immer noch gefährdet⁹²: Angesichts des giftigen Erbes der nicht vergehenden Vergangenheit der *années noires* in Form von Antisemitismus und antirepublikanischer Polemik ist der öffentliche Diskurs über Vichy als Teil der französischen Gesellschaft umso nötiger: „La mémoire de Vichy promet donc de vivre tant que vivra la démocratie.“⁹³

⁸⁸ Blandine Kriegel, 'Vichy, la République et la France', in: *Le Monde* vom 8. September 1995.

⁸⁹ „Jusqu'au cycle de violences urbaines qui a secoué les banlieues à l'automne 2005, la France avait pu se croire pacifiée“, schreibt Jacques Marseille in seinem 2006 erschienenen Buch *Du bon usage de la guerre civile en France* (Perrin, 145), um wenige Seiten später festzustellen: „Le modèle républicain français qui joue tout sur l'intégration par l'école est mis à nu par une telle réalité et par l'hypocrisie de ceux qui le défendent pour mieux le contourner.“ (a.a.O. 160)

⁹⁰ Die eingangs zitierte Äußerung von François Bédarida zeigt, dass die Zeitzeugenschaft das Verstehen von Geschichte nicht per se erleichtert.

⁹¹ „L'histoire est une relecture et une réécriture constante du passé.“ Conan/Rouso 1996: 426.

⁹² „[...] la pire menace pour une démocratie est celle qui lui vient de la perte de la confiance en elle-même.“ Philippe Burrin, Artikel 'Vichy' in: Nora, Pierre, 1997, (Hg.). *Les Lieux de mémoire/* Band II, Gallimard : Paris, 2485.

⁹³ A.a.O.

Bibliographie

- Azouvi, François, 2012. *Le mythe du grand silence*. Auschwitz, les Français, la mémoire. Paris: Fayard
- Bernay, Sylvie, 2012. *L'église de France face à la persécution des juifs 1940-1944*. Paris: CNRS Éditions.
- Berstein, Serge/Winock, Michel (Hg.), 2014. *Fascisme français ? La controverse*, Paris: Gallimard.
- Birnbaum, Pierre, 1988. *Un mythe politique: La « République juive »*. De Léon Blum à Mendés France. Paris: Fayard.
- Brenner, Emmanuel, 2004. „France, prends garde de ton âme...“ *Fracture sociale et antisémitisme dans la République*. Paris: Éd. Mille et une nuits.
- Burrin, Philippe, 2003. *La dérive fasciste*. Paris: Seuil.
- Philippe Burrin, 1997. „Vichy“, in: Nora, Pierre (Hg.), 1997. *Les Lieux de mémoire*. Band II. Paris: Gallimard.
- Conan, Éric/Rouso, Henry, 1996. *Vichy, un passé qui ne passe pas*. Paris: Gallimard.
- Dobry, Michel, (Hg.), 2003. *Le mythe de l'allergie française contre le fascisme*. Paris: Éd. Albin Michel.
- Epstein, Simon, 2008. *Un paradoxe français*. Antiracistes dans la Collaboration, antisémites dans la Résistance, Paris: Éd. Albin Michel.
- Grandjean, Geoffroy/Jamin, Jérôme, (Hg.), 2011. *La concurrence mémorielle*. Paris: Armand Colin.
- Husson, Édouard, 2007. „Syndrome de Vichy ou crise de la démocratie ?“, in: Martens, Stephan, (Hg.), 2007. *La France, l'Allemagne et la Seconde Guerre mondiale*. Quelles mémoires ? Bordeaux: Presses Universitaires de Bordeaux, 29-43.
- Kepel, Gilles, 2014. *Passion française*. Les voix des cités. Paris: Gallimard.
- Lévy, Bernard-Henri, 1981. *L'idéologie française*. Paris: Grasset.
- Ory, Pascal, 2003. *Du fascisme*. Paris: Perrin.
- Paxton, Robert, 1973. *La France de Vichy 1940-1944*. Paris: Seuil.
- Paxton, Robert, 2004. *Le fascisme en action*. Paris: Seuil.
- Rouso, Henry, 1987. *Le syndrome de Vichy*. Paris: Seuil.
- Rouso, Henry, 2013. *La dernière catastrophe*. L'histoire, le présent, le contemporain. Paris: Gallimard.
- Sternhell, Zeev, 1977. 'Fascist Ideology', in: Laqueur, Walter, (Hg.), 1977. *Fascism. A Reader's Guide*. Analyses, Interpretations, Bibliography, University of California Press, 315-376.

- Sternhell, Zeev, 2006. *Les anti-Lumières*. Du XVIIIe à la guerre froide. Paris: Fayard.
- Taguieff, Pierre-André, 2015. *Une France antijuive ?* Regards sur la nouvelle configuration judéophile. Paris: CNRS Éditions.
- Wieviorka, Olivier, 2010. *La mémoire désunie*. Le souvenir politique des années sombres, de la Libération à nos jours. Paris: Seuil.

Der lange Schatten der *Securitate* Zur Inszenierung von Erinnerung im aktuellen rumänischen Theater

Carola HEINRICH, Wien

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus endete auch eine Ära zukunftsorientierter Leitbilder, getragen von Fortschrittsglauben. Nach der Auflösung des sozialistischen Systems kehrte man zur Vergangenheit als Instrument der Eigendefinition und Selbstvergewisserung zurück. Der Umbruch von 1989 war damit auch ein Auslöser für eine Vergangenheitsaufarbeitung im Sinne einer Revision der aufoktroierten Erinnerungskultur. Der vorliegende Artikel hat zum Ziel, heutige Strategien der Auseinandersetzung mit der Diktatur Ceaușescus in der rumänischen Kulturproduktion zu analysieren.

In Rumänien hat man sich in den letzten Jahren in zahlreichen Werken mit der jüngeren Vergangenheit beschäftigt. So setzten sich zahlreiche Filme der neuen Welle thematisch mit verschiedenen Aspekten der Diktatur auseinander, zu den bekanntesten zählen *4 luni, 3 saptamani si 2 zile* (‘4 Monate, 3 Wochen und 2 Tage’, Cristian Mungiu 2007), *Autobiografia lui Nicolae Ceausescu* (‘Die Autobiografie des Nicolae Ceaușescu’, Andrei Ujica 2010) oder die Kurzfilmreihe *Amintiri din epoca de aur* (‘Erinnerungen an das Goldene Zeitalter’, Höfer, et al. 2009). Dieser Artikel untersucht Formen der Vergangenheitsbewältigung im rumänischen Gegenwartstheater. Analysiert werden zwei exemplarische Theaterstücke, die sich beide mit einem bestimmten Bereich der Diktatur Ceaușescus, der rumänischen Geheimpolizei *Securitate*, auseinandersetzen: *Gianina Cărbunarius Tipografic Majuscul* (Schrift in Großbuchstaben 2013), das in den frühen Achtzigerjahren der Sozialistischen Republik Rumänien spielt. Sie erzählt die Geschichte des 16-jährigen Mugur, der vom rumänischen Sicherheitsdienst *Securitate* verhört, überwacht und abgehört wird. *Alina Nelegas Efectul Genovese* (Der Genovese-Effekt, 2012) ist im gegenwärtigen Rumänien angesiedelt und erzählt einen Abend im Leben der Familie Tudose. Die junge Journalismus-Studentin Silvana konfrontiert ihre Eltern mit der verdrängten Vergangenheit aus ihrer *Securitate*-Akte. Die ästhetischen und performativen Strategien zur Thematisierung dieses Kapitels der jüngsten Vergangenheit sollen

untersucht werden, welche die historischen Begebenheiten und gesellschaftliche Bedingungen in die Gegenwart transferieren und für das Publikum erfahrbar machen.

Methodisch basiert die Analyse auf den Gedächtnistheorien von Halbwachs (1985) und den Assmanns (A. Assmann 1999, J. Assmann 1992). Dabei wird der Fokus weniger auf die konkreten Inhalte des Gedächtnisses gelegt, sondern vielmehr auf den dynamischen Prozess des Sich-Erinnerns mit seiner Selektion und Transformation der Inhalte gemäß Csákys Unterscheidung der beiden zentralen Begriffe Gedächtnis und Erinnerung (Csáky 2004: 8). Die so verstandene Erinnerung stellt einen retrospektiven Prozess aus der Gegenwart dar, eine Neuinterpretation der Vergangenheit aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen heraus. Elemente aus der Vergangenheit werden in neue Kontexte gestellt und dabei verändert. Daraus entstehen neue Übersetzungen derselben Ereignisse, sozusagen neue Vergangenheitsversionen, die anderen Interpretationen Rechnung tragen.

Akteneinsicht: *Tipografic Majuscul* (2013) von Gianina Cărbunariu

Tipografic Majuscul (Schrift in Großbuchstaben) behandelt den Fall des damals erst 16-jährigen Mugur Călinescu, eines Schülers, der wegen „subversiver“¹ (Cărbunariu 2015: 21) Schmierereien 1981 mehrfach befragt und überwacht wurde und dessen Fall in den Akten „Elevul“ (der Schüler) und der Operation „Panoul“ (Bauzaunelement) zu finden ist. Der Fall ist nicht unbekannt, schon der Historiker und Essayist Marius Oprea behandelte ihn in dem Kapitel „Hainele regelui“ (Die Kleider des Königs) seines Buches *Şase feluri de a muri* (Sechs Möglichkeiten zu sterben, Oprea: 2009). Der Theaterertext beruht ausschließlich auf den Akten des ehemaligen rumänischen Sicherheitsdienstes *Securitate* und Interviews, die der Historiker Mihai Bumbeş 2007 mit ehemaligen Offizieren der *Securitate* und der Mutter Mugurs geführt hat. Die beiden Akten umfassen Protokolle der Verhöre, Mitschriften der Telefongespräche, Berichte von Überwachungen, Maßnahmeplänen, psychologischen Profilen, Grundrissplänen der Wohnung und Fotos der von Mugur geschriebenen politischen Parolen, die alle theatralisch bearbeitet wurden und in die Aufführung eingeflossen sind.

Das Stück erzählt chronologisch in acht Szenen die Geschichte des jungen Mugur in einem Handlungsbogen, der sich bis über dessen Tod hinaus spannt: 1981 werden in Botoşani, einer Stadt im Nordosten Rumäniens, über einen

¹ Alle Übersetzungen aus diesem Stück stammen von Daria Hainz.

Monat lang immer wieder neue „anstiftende und feindselige Aufschriften“² (Cărbunariu 2015: 21), die sich gegen das kommunistische System wenden, über die ganze Stadt verteilt entdeckt. Daraufhin wird eine umfangreiche Aufklärungsmaschinerie seitens der *Securitate* in Bewegung gesetzt, inklusive der Abteilung für Terrorismusbekämpfung, doch diese bleibt anfangs ergebnislos. Schließlich wird der Schüler Mugur Călinescu jedoch auf frischer Tat ertappt. Familie und Umfeld des Jungen werden befragt, abgehört und überwacht und in einer Besprechung in der Schule wird über sein weiteres Schicksal entschieden. Demnach kann er auf der Schule bleiben und daraufhin ändert er seine Haltung vorbildlich. 1985 stirbt Mugur an den Folgen einer Leukämieerkrankung. Seine Mutter vermutet, dass die *Securitate* ihn durch Bestrahlung getötet hat. Das Stück endet mit einem Gespräch, ähnlich einer Pressekonferenz, bei dem sich die ehemaligen *Securitate*-Beamten, die den Fall damals bearbeitet haben, kritischen Fragen stellen und sich von jeglicher Schuld freisprechen.

Der gesamte Text stammt aus Akten und Interviews, die als dramatischer Text verwendet werden. Die Autorin und Regisseurin Gianina Cărbunariu hat ihm kein einziges Wort angefügt und auch die an die Rückwand der Bühne projizierten Dokumente und Fotos, der Grundriss der Wohnung, der Stadtplan etc. entstammen den Akten. Die Arbeit der Autorin besteht in der Selektion und Montage des Materials und ihrer szenischen Verarbeitung, die gemeinsam mit den SchauspielerInnen und dem/der BühnenbildnerIn erarbeitet wird. Die Inszenierung folgt dabei kargen ästhetischen Prinzipien: Der Bühnenraum ist dunkel und farblich sowohl in den Projektionen als auch bei den Kostümen auf schwarz, weiß und grau reduziert, wobei mit einem hohen Kontrast gearbeitet wird. Der Sprecher wird nur durch die Beleuchtung hervorgehoben. Bis auf schwarze Barhocker und Mikrofone werden keine Requisiten verwendet, doch die ganze plurimediale Bandbreite des Mediums Theater wird genutzt: Licht, Projektionen, Musik- und Videoeinspielungen. Das Personenverzeichnis umfasst 27 Figuren, das Stück wurde jedoch mit nur fünf SchauspielerInnen inszeniert, die alle, bis auf den Protagonisten Mugur, verschiedene Sprechparts übernehmen und mehrfach die Rollen wechseln. Die Positionierung auf der Bühne folgt einer Rollenzuweisung und ist Teil der Charakterisierung: während die „Zielpersonen“ im Zentrum der Bühne stehen, werden sie von den symmetrisch auf beiden Seiten am Bühnenrand vor einem Mikrofon positionierten Beamten observiert und befragt.

² „înscrișuri cu caracter incitator și ostil” (Cărbunariu 2013).

Die Schauspieler sind ständig in Bewegung, agieren miteinander und setzen den Text in Handlung um. Die Bewegungen sind choreographiert und beruhen vor allem auf dem Prinzip der Interaktion, sowohl mit den anderen Figuren als auch mit den Projektionen. Die Gestik wird hier zu einem wichtigen Bedeutungsträger, der das ausdrückt, was Worte nicht zu sagen vermögen. Da der Text aus den *Securitate*-Akten stammt, kommen die Personen hier nicht selbst zu Wort. Wenn die Figuren sprechen, werden ihre Aussagen in die Amtssprache des Sicherheitsdienstes, die sogenannte *limba de lemn* (hölzerne Sprache), die Sprache der Partei mit ihren ritualisierten Ausdrücken (Bochmann/Stiehler 2010: 210-211), übersetzt. Anders als bei einem direkt zitierten Interview wird hier eine filternde Vermittlerposition dazwischen geschoben. Cărbunariu zitiert Dokumente aus einer einzigen Quelle (abgesehen von den Interviews der letzten Szene), was eine weitere Bedeutungsebene, ausgedrückt über die Inszenierung, notwendig macht.

Die Inszenierung wirkt hier nicht als Illustration des Textes, sondern als Kommentar zum Gesagten und lädt dieses subjektiv emotional auf. So wird beispielsweise die Angst der Menschen, in die Sache hineingezogen und selbst verdächtigt zu werden, aufgezeigt. Sie versuchen, die Parolen von sich abzuwischen, vor ihnen zu fliehen, doch sie verfolgen sie. Das Gefühl, immer unter genauer Beobachtung zu stehen, wird durch die Projektion und Vergrößerung der Augen im Hintergrund umgesetzt. Das Zuhalten des Mundes verdeutlicht das Bewusstsein der Bevölkerung über die ständige Abhörung, aber auch die körperliche Misshandlung durch die *Securitate* wird auf diese Weise thematisiert. Dies sind Inhalte, die man in den Akten nicht findet, die das Stück aber von einem reinen Dokumentartheater entfernen, indem sie die Akten in einen anderen Kontext stellen und sie aus der Gegenwart neu interpretieren.



Abbildung 1: Perspektivenwechsel

Hier werden nicht nur Dokumente als Projektion eingesetzt, es wird auch mit einer Handkamera gearbeitet, deren Bilder an die Rückwand projiziert werden. Dies ermöglicht Nahaufnahmen, die der Mimik eine gewichtigere Rolle zukommen lassen und die Emotionen verstärkt darstellen und mehrere Perspektiven auf eine Figur zulassen: eine distanzierte und objektivere Sicht, aber auch eine sehr nahe und emotionale. Dadurch wird einerseits der Eindruck vermittelt, die Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, andererseits nährt es das Gefühl, ständig von allen Seiten beobachtet zu werden. Weiterhin führt Cărbunariu kinematografische Techniken und Konventionen ins Theater ein, wie beispielsweise den sogenannten *over shoulder shot* aus der amerikanischen Tradition, bei dem während einer Unterhaltung abwechselnd in einem Schuss-Gegenschuss-Verfahren die Personen gezeigt werden, wobei die sprechende über die Schulter der Zuhörenden aufgenommen wird. Sie passt sich damit an Film- und Fernsehgewohnheiten an und spielt mit ihnen.

Die Kamera wird hier als vermittelnde Instanz dazwischen geschaltet. Doch setzt sie nicht nur filmische, sondern auch narrative Mittel ein: Die Schauspieler wechseln zwischen einer aktiven, handelnden Rolle und einer

kommentierenden, die einem extradiegetischen Erzähler gleicht. Diese Überwachungsberichte beschreiben die Handlungen der Zielpersonen und wirken dabei fast wie Regieanweisungen:

- OFITER TO 1: Este adus acasă obiectivul.
OFITER TO 2: Mama începe să plîngă.
OFITER TO 1: Obiectivul îi spune să se liniștească că face gălăgie și se aude în tot blocul.
OFITER TO 2: S-au dus în bucătărie. Discuțiile nu se mai înțeleg fiind departe de sursă.
OFITER TO 1: Se înțeleg unele frînturi. Obiectivul îi spune că gata, a înțeles, să-l lase în pace.
OFITER TO 2: Mama îi reproșează că pînă acum nu putea să înțeleagă.
OFITER TO 1: Obiectivul pleacă din cameră
Obiectivul revine în 10 minute
Obiectivul dă telefon la un coleg
Se discută probleme de sport, muzică, școală
Obiectivul își face temele
Se aude cineva dormind.
Mama și obiectivul se uită la televizor
Obiectivul refuză să se culce
Obiectivul își exprimă dorința să iasă afară la aer.
OFITER TO 2: Mama obiectivului nu-l lasă spunîndu-i că este tîrziu.
OFITER TO 1: Obiectivul este anunțat prin telefon să se prezinte la Securitate.
OFITER TO 2: Se aude în cameră mama plîngînd. Este singură (Cărbunariu 2013).³

³ OFFIZIER operative Personenkontrolle (OP) 1: Die Zielperson wird nachhause gebracht.
OFFIZIER operative Personenkontrolle (OP) 2: Die Mutter fängt an zu weinen.
OFFIZIER OP 1: Die Zielperson sagt ihr, sie solle sich beruhigen, weil sie zu laut sei und man sie im ganzen Block höre.
OFFIZIER OP 2: Sie gehen in die Küche. Man kann die Gespräche nicht mehr hören, da sie weiter entfernt von der Quelle stattfinden.
OFFIZIER OP 1: Es sind einige Bruchstücke zu verstehen. Die Zielperson erklärt ihr, sie solle jetzt aufhören, er habe verstanden, sie solle ihn in Ruhe lassen.
OFFIZIER OP 2: Die Mutter wirft ihm vor, dass er bis jetzt nicht verstehen konnte.

Dieser Ausschnitt wiederholt sich laufend und verdeutlicht damit die Dauer und Totalität der Überwachung. Am Ende der dritten Szene richtet sich der Beamte sogar ans Publikum, das er scheinbar in die Diskussion über das bisher Gesehene miteinbeziehen möchte. Auf diese Weise wird der Text über weite Strecken fast wie ein Roman oder Film präsentiert.

Ein weiteres ästhetisches Prinzip, das es hier hervorzuheben gilt, ist das Tempo, der Rhythmus des Stücks: Die Handlung scheint getrieben, was vor allem durch Musik und die Geräuschkulisse erzeugt wird. Percussion- und Synthesizerklänge werden eingesetzt, um die Handlung zu takten, dem Schnitt im Film gleich. Besonders markant ist ein Schnalzen, das die ersten Szenen als einziges Hintergrundgeräusch prägt, und das Iulia Popovici als „sunetul uși metalice grele, ca de închisoare, care se trîntește violent“ (Popovici 2013)⁴ beschreibt. Die rhythmische Musik entpuppt sich nach und nach als das Lied „Under Pressure“ von Queen, von dem sich nur der Refrain und das Intro ständig wiederholen. Die so erreichte Beschleunigung der Handlung erhöht das Gefühl von Druck, das Gefühl nicht entkommen zu können.

Die Anschuldigungen und Beschimpfungen, die im Stück gegen Mugur vorgebracht werden, scheinen an alle gerichtet zu sein, durch die Positionierung der Angeklagten mit dem Rücken direkt zur ersten Reihe besonders an das Publikum. Alle sind verdächtig, alle spüren den Druck, alle werden beobachtet. Dies entspricht der Auffassung Pilz', für den Theater nur politisch ist, „wo das Gezeigte vom Zuschauer nicht an die Gesellschaft, das System, die anderen, die Schauspieler abgeschoben werden kann, sondern dort, wo es meine Prämissen aufraut, die auch die der anderen sind“ (Pilz 2005: 15).

OFFIZIER OP 1: Die Zielperson verlässt das Zimmer.

OFFIZIER OP 2: Die Zielperson kommt nach 10 Minuten zurück.

OFFIZIER OP 1: Die Zielperson ruft einen Mitschüler an.

OFFIZIER OP 2: Es werden Themen wie Sport, Musik, Schule besprochen.

OFFIZIER OP 1: Die Zielperson macht Hausaufgaben.

OFFIZIER OP 2: Man hört jemanden schlafen.

OFFIZIER OP 1: Die Mutter und die Zielperson schauen fern.

OFFIZIER OP 2: Die Zielperson will nicht schlafen gehen.

OFFIZIER OP 1: Die Zielperson äußert den Wunsch, hinaus an die frische Luft zu gehen.

OFFIZIER OP 2: Die Mutter der Zielperson erlaubt es nicht und sagt, es sei spät.

OFFIZIER OP 1: Die Zielperson wird telefonisch benachrichtigt, dass sie sich bei der *Securitate* einfinden soll.

OFFIZIER OP 2: Man hört die Mutter im Zimmer weinen. Sie ist alleine. (Cărbunariu 2015: 29-30)

⁴ „[...] das Geräusch einer schweren Metalltür, wie in einem Gefängnis, die heftig zugeschlagen wird“ (Übersetzung der Verfasserin).

Das Stück ruft zur Aktion auf, damals wie heute in einer vermeintlich demokratischen Gesellschaft, in der immer noch geschwiegen wird, die Verantwortlichen hohe Ämter bekleiden und nicht zur Rechenschaft gezogen werden („OFFIZIER: Eu am lucrat 15 ani pe constitutia Republicii Socialiste România și 15 ani pe constituția țării democratice. Nu stiu când a fost mai bine [...] nu am nici un fel de remușcare“⁵, Cărbunariu 2013). Gerade die letzte Szene, in der die Beamten ihre eigenen Handlungen im Rückblick bewerten, dabei herunterspielen und in der neuen Demokratie genauso weitermachen wie vorher, versetzt das Stück in die Gegenwart. Auf der Webseite des Odeon Theaters, im Rahmen der Ankündigung des Stücks, beschreibt es die Autorin und Regisseurin als „o ficțiune ce încearcă să chestioneze aceste urme ale unei realități din istoria recentă și felul în care ele ne ajută să înțelegem lumea în care trăim astăzi“ (Teatrul Odeon)⁶. Das Stück ist ein Plädoyer für Mut und Rebellion und so kann die Intention auch in den Worten Mugurs ausgedrückt werden:

MUGUR: Cred că oamenii trebuie să cunoască aceste realități și de aceea m-am hotărât să le aduc la cunoștință prin orice mijloace. [...] Această hotărâre am luat-o în scopul trezirii conștiinței oamenilor, pentru ca aceștia, cunoscând adevărul să acționeze, să se revolte, să revendice drepturile și libertățile ce nu le sunt respectate (Cărbunariu 2013).⁷

Schweigen: *Efectul Genovese* (2012) von Alina Nelega

Alina Nelegas *Efectul Genovese* (Der Genovese-Effekt 2012) liefert schon im Titel eine wichtige Vorinformation: Dieser bezieht sich auf den berühmt gewordenen Mordfall der Kitty Genovese, die 1964 nachts auf dem Heimweg von der Arbeit in der Nähe ihres Hauses in New York vergewaltigt und erstochen wurde. Obwohl mehrere Nachbarn ihre Schreie gehört hatten oder den

⁵ „OFFIZIER 1: Ich habe 15 Jahre nach der Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien und 15 Jahre nach der Verfassung des demokratischen Rumänien gearbeitet. Ich weiß nicht, wann es besser war [...] ich bereue überhaupt nichts“ (Cărbunariu 2015: 47/50).

⁶ „Eine Fiktion, die versucht, diese Spuren einer Wirklichkeit aus der neuesten Geschichte zu hinterfragen und die Art und Weise, in der diese uns helfen, die Welt, in der wir heute leben, zu verstehen“ (Übersetzung der Verfasserin).

⁷ „MUGUR: Ich denke, dass die Menschen diese Tatsachen kennen sollten, und habe mich deswegen dazu entschlossen, sie mit allen Mitteln bekannt zu machen [...] Ich traf diese Entscheidung, um das Bewusstsein der Menschen zu wecken. Ich wollte, dass diese, wenn sie die Wahrheit kennen, handeln, aufbegehren, rebellieren und ihre Rechte und Freiheiten, die nicht geachtet werden, einfordern“ (Cărbunariu 2015: 38).

Angriff sogar sahen, schritt niemand ein oder verständigte die Polizei. Dieses Phänomen des Schweigens und der Untätigkeit angesichts der Not einer Anderen wurde als Zuschauerereffekt oder Genovese-Syndrom bekannt, das hier titelgebend wirkt.

Unter diesen thematischen Vorzeichen beschreibt Alina Nelega einen Abend im Leben der Familie Tudose im heutigen Rumänien. Das präsentische Tempus der Figuren entspricht auch den ZuschauerInnen, es besteht folglich keine zeitliche Distanz zwischen dargestellter und realer Zeit. *Efectul Genovese* thematisiert die Überwachung durch die *Securitate* und die Kollaboration großer Teile der Bevölkerung in Form eines Generationenkonflikts. Die Journalismusstudentin Silvana besucht ihre Eltern, den bekannten Journalisten Silviu und die ehemalige Violinistin Adina. Silvana ist bei der Recherche zu ihrer Abschlussarbeit auf die *Securitate*-Akte ihres Vaters und weiterer bekannter Persönlichkeiten gestoßen und möchte diese nun öffentlich machen. Sie konfrontiert ihre Familie mit ihrer verschwiegenen und verdrängten Vergangenheit.

Diese Handlung wird durch eine Rückblende in das Jahr 1987, vor Silvanas Geburt und die damaligen Geschehnisse, die durch die *Securitate*-Akte des Vaters zum Vorschein kommen, unterbrochen. Adina erzählt als intra- und homodiegetische Erzählerin, wie sie und Silviu sich kennen und lieben gelernt haben. Diese metadiegetische Erzählung wechselt in der sechsten Szene in ein Spiel im Spiel. Adina spielt ihre eigene Rolle bei ihrem letzten Konzert 1987. Die Beleuchtung wechselt und markiert damit die Analepse: die Scheinwerfer fokussieren sie im Zentrum der Bühne, als Adina in einem Monolog an das Publikum das Schweigen als Ausdruck der Angst vor der ständigen Beobachtung durch den Geheimdienst und den Mangel im totalitären rumänischen System anprangert. Diese Szene bildet den Höhepunkt des Stücks und scheint den Graben zwischen den Eltern und der Tochter durch das Aufdecken der Vergangenheit zu überwinden. Im zweiten Akt beginnt jedoch eine Abwärtsspirale, die mit dem Tod Silvanas endet. Ihre Mutter verbrennt wiederum aus Angst vor den Konsequenzen einer Veröffentlichung die Akten. Silvanas Freund, ebenfalls Journalist, hintergeht sie und kommt mit einem Kameramann, um sich die Sensationsnachricht zu sichern. Von beiden Seiten enttäuscht verlässt Silvana das Haus und taucht nie wieder auf.

Das gesamte Stück mit Ausnahme der schon erwähnten Analepse spielt im Wohnzimmer der Familie Tudose. Aufgeführt wird es in einem kleinen, dunklen Raum ohne Bühnenbild und mit nur wenigen Requisiten. Es ist eine minimalistische Inszenierung und wie auch schon bei Cărbunariu dominiert die Farbe Schwarz die Farbigkeit des Spiel- und Zuschauerraums sowie der Kos-

tüme. Einzig Silvana ist farbenfroh gekleidet und dringt somit auch farbtechnisch wie ein Störfaktor in die bestehende Welt ein. Im Gegensatz zu *Tipografic Majuscul* sind hier die theatralischen Effekte stark reduziert: Die Beleuchtung begleitet die Figuren unauffällig, es werden keine Projektionen, keine Hintergrundmusik oder -geräusche eingesetzt, mit Ausnahme eines Regengeräuschs, das eingespielt wird, während das Publikum den Saal betritt und verlässt. Auch Nelega setzt Dokumente ein, ebenfalls ausschließlich am Ein- und Ausgang in Form von Zeitungsausschnitten. Die minimalistische Inszenierung lässt dem Text und den SchauspielerInnen, die sich durch ein realistisches Spiel auszeichnen, Raum für sich allein zu wirken.

Das Publikum ist in wenigen Reihen im Kreis um die Bühne angeordnet. Die SchauspielerInnen schreiten den Raum ab und definieren durch ihre Bewegung den Spielraum, der nicht vom Zuschauerraum getrennt ist. Die SchauspielerInnen sitzen auf reservierten Plätzen im Zuschauerraum. Das Publikum umrandet die Bühne, ist Teil des Geschehens und verkörpert den Beobachter, den Nachbarn, die Gesellschaft, die die dargestellte Szene einschließt. Die ZuschauerInnen sind Teil des Stücks, der dargestellten Welt, und werden im Hier und Jetzt konfrontiert. Unterstützt wird dieser Eindruck durch den Chor, der neben den schon erwähnten 5 Personen eingesetzt wird, um das Stück sozial zu verankern. Der Chor verkörpert die gesellschaftliche Instanz und ist im Publikum platziert.

Die durch den Titel geschürte Erwartung der ZuschauerInnen wird nicht enttäuscht, sondern mehrfach aufgegriffen: Einerseits durch den Monolog der Mutter, doch keiner reagierte auf ihre Anschuldigungen und Aufforderungen, alle schwiegen aus Angst. Besonders deutlich wird die Referenz im Bericht des Chores von zahlreichen Verbrechen. Die zwei Akte zu jeweils sieben Szenen enden beide mit dem Auftritt des Chores. Der erste Akt beschäftigt sich mit den Machenschaften der *Securitate*, mit Kollaborateuren wie Silviu, die Bericht erstatteten, um im Leben mehr zu erreichen und eine einflussreiche Position zu bekleiden und mit solchen wie Adina, die gegen die Maßnahmen protestierten, für verrückt erklärt und zum Schweigen gebracht wurden. Der Chor berichtet vom Verschwinden oder Tod einiger RegimekritikerInnen zu Zeiten des Kommunismus. Es geschah vor den Augen aller, aber „nu au văzut și nu au auzit nimic“⁸ (Nelega 2012). Auf die stete Überwachung wird mit kollektivem Wegsehen reagiert. Der zweite Akt behandelt nicht mehr die Vergangenheit, sondern Silvanas Beziehung zu ihren Eltern in der Gegenwart. Ihr Drang, die

⁸ „[...] sie haben nichts gesehen und nichts gehört“ (alle Übersetzungen dieses Stücks stammen von der Verfasserin).

Wahrheit ans Licht zu bringen, das Schweigen zu brechen, die Vergangenheit und die Rolle, die wichtige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens darin gespielt haben, aufzudecken. Ihre Eltern hingegen wollen alles vergessen, das Geschehene verschweigen. Silvana möchte die rumänische Gesellschaft mit ihren Enthüllungen verändern, doch steht sie damit alleine da:

ADINA: Nu mai spune nimeni nimic. O să tăceți [...] Abia ai dat cu nasul de lume și crezi că poți s-o schimbi? Uită-te în jur, deschide bine ochii! Ce vezi, spune-mi? [...] Nimic! NIMIC. Ești singură, nu-i nimeni în jurul tău. Ai vrea să vezi un medic care nu ia șpagă, un profesor care nu ia plocoane, un polițist care nu-i milițian. Un politician care spune adevărul. Arată-mi-i și-am să ies cu tine în Piața Universității, să schimbăm lumea⁹ (Nelega 2012).

Wie auch schon im ersten Akt wird der Tod Silvanas vom Chor in einen Kontext mit mehreren aktuellen Fällen eingebunden. Verbrechen, Mord und Selbstmord geschehen an öffentlichen Orten, doch „nici unul di martori neputând da informații concrete. [...] Nimeni na a văzut nimic, nimeni nu a auzit nimic. [...] nimeni nu a anunțat poliția“¹⁰ (Nelega 2012).

Das Stück inszeniert dadurch eine Wiederholungsstruktur, eine gedoppelte Opferrolle von Mutter und Tochter, deren Versuch des Protests in einer Niederlage oder gar dem Tod endet. Beide werden zum Schweigen gebracht und auch über sie wird geschwiegen. Dadurch wird eine vermeintliche Kontinuität des Schweigens von damals und heute inszeniert, aus Angst, sich selbst in Gefahr zu bringen, sich dem Druck beugend. Die Vergangenheit wird aktualisiert und in einen aktuellen Kontext übersetzt. Auch wenn es die *Securitate* heute nicht mehr gibt, so hat die Gesellschaft, dargestellt durch den Chor, aber auch die ZuschauerInnen, die ZeuginInnen des Schauspiels sind, kein Interesse daran, das Geschehene aufzuarbeiten. Alle wissen Bescheid, aber alle ver-

⁹ „ADINA: Niemand sagt mehr irgendetwas. Ihr werdet schweigen [...] Kaum was von der Welt geschnuppert und du glaubst du könntest sie verändern? Schau dich um, öffne deine Augen! Was siehst du, sag es mir? [...] Nichts! NICHTS! Du bist allein, es ist niemand auf deiner Seite. Du suchst einen Arzt, der kein Schmiergeld nimmt, einen Professor der sich nicht bestechen lässt, einen Polizisten der kein Milizionär ist. Einen Politiker, der die Wahrheit sagt. Zeig ihn mir und ich geh mit dir auf den Universitätsplatz, um die Welt zu ändern“.

¹⁰ „Nicht einer der Zeugen konnte konkrete Informationen geben. [...] Niemand hat etwas gesehen, niemand hat etwas gehört. [...] niemand hat die Polizei gerufen.“

schweigen es und vernichten die Beweise, keiner will Verantwortung übernehmen. In jeder Familie verstecken sich Geschichten von Revolte und Verrat, wie es hier exemplarisch vorgeführt wird. Die Kontextualisierung durch den Chor weist das Dargestellte als gesamtgesellschaftliches Phänomen aus, das anhand der privaten und intimen Geschichte einer fiktiven Familie mit vielen Details und Alltagselementen inszeniert wird. Gesellschaftsstrukturen werden auf die Familie übertragen und die Konflikte innerhalb der Familie auserzert.



Abbildung 2: Generationenkonflikt

Anders als Cărbunariu erinnert Nelega nicht nur an das Leben im Kommunismus unter ständiger Beobachtung der Geheimpolizei, sondern sie thematisiert auch den Prozess des Erinnerns. Die Erinnerung an die *Securitate*, die begangenen Verbrechen und die darin involvierten Personen kann erst aus der Distanz einer Generation thematisiert werden. Sie begründet damit auch einen Generationenkonflikt. Während die Elterngeneration, die diese Zeit aktiv miterlebt und an ihr mitgewirkt hat, ein gesellschaftlich auferlegtes Schweigen durchzusetzen sucht, versuchen ihre Kinder dieses Schweigen zu brechen. Was eine Gruppe erinnert oder vergisst und auf welche Weise sie dies tut, bestimmt ihr Selbstverständnis und unterscheidet sie von anderen. Es handelt sich um ein „Gedächtnis, das Gemeinschaft stiftet“ (J. Assmann 1992: 30). Den Begriff „Gedächtnisgemeinschaft“ übernimmt Jan Assmann von Pierre Nora (1990:

11). Die Generation ist solch eine Erinnerungsgemeinschaft, gleich den *imagined communities* Andersons. Die verschiedenen Generationen treten hier in Konkurrenz um die Deutungshoheit, sie ringen um Erinnern und Vergessen in Form eines Widerstreits zwischen den verschiedenen Interpretationen der Vergangenheit. Jeder ist in eine Vielzahl solcher Erinnerungsgemeinschaften eingebunden, sei es nun die Generation, die Familie oder der Berufsstand im hier betrachteten Werk. Doch Nelega liefert hier keine einfache Antwort, vermittelt keine Botschaft, sondern zeigt die Komplexität der kollektiven Erinnerungsprozesse anhand familiärer Beziehungen auf.

Schlussbemerkung

Thematisch beschäftigen sich die zwei Stücke mit der rumänischen Geheimpolizei *Securitate*. Es handelt sich dabei um ein tabuisiertes Thema, das lange Zeit aus der Öffentlichkeit verbannt wurde, wie Alina Nelegas Stück eindrucksvoll zeigt. Sie stellen die Frage nach der Bewältigung dieser Vergangenheit. Beide Stücke wählten ein minimalistisches Bühnenbild, da keine Illusion erzeugt, sondern die ZuschauerInnen im Hier und Jetzt konfrontiert werden soll. Doch damit enden auch schon die Gemeinsamkeiten.

Gianina Cărbunariu wählt als Form zur Inszenierung der Erinnerung das Dokumentarische. Die Autorin zitiert direkt aus den zugrundeliegenden Dokumenten und projiziert Akten an die Rückwand. Alina Nelega hingegen erzählt die Geschichte einer fiktiven Familie. Über die Schilderung intimer Gefühle und persönlicher Details nimmt das Publikum unmittelbar am Geschehen teil. Die Distanz zwischen Spiel- und Zuschauerraum, zwischen Darstellenden und Zuschauenden ist aufgehoben. Durch den Chor und die Kontextualisierung wird das im Privaten Dargestellte ins Kollektive übertragen. Während in *Tipografic Majuscul* die Offiziere, gefiltert durch die Amtssprache, zu Wort kommen, sind es in *Efectul Genovese* die Privatpersonen selbst, die in einem realistischen lebensnahen Spiel als Opfer oder KollaborateurInnen sprechen. Cărbunariu zeigt die Einseitigkeit des verwendeten Materials auf und ergänzt dieses im Spiel der DarstellerInnen um eine metaphorische Ebene, die eine parallele Bedeutungsebene zum Dokument eröffnet. Dadurch wird die in den Akten konservierte Vergangenheit neu kontextualisiert und in die Gegenwart übersetzt. Bei Nelega hingegen sind die dramaturgischen Effekte stark reduziert. Der Minimalismus lässt den Text und das Spiel der SchauspielerInnen wirken. Cărbunariu inszeniert eine Differenz zwischen Vergangenheit und Gegenwart, die Diskrepanz von Inhalt und Dargestelltem provoziert Irritation und Agitation: Durch Interaktion fordert sie (Re-)Aktion und damit die Positionierung

und den Protest der ZuschauerInnen ein. Nelega hingegen inszeniert über Wiederholungsstrukturen die Kontinuität von Vergangenheit und Gegenwart und damit die Erkenntnis, dass auch heute noch dieselben Mechanismen wirken. Sie vermittelt keine klar lokalisierbare Botschaft, gibt keine einfachen Antworten, löst den Konflikt nicht eindeutig auf, sondern lädt den Zuschauenden zur Reflektion ein.

So unterschiedliche Strategien zur Thematisierung der Vergangenheit die beiden auch verfolgen, enden beide Stücke mit dem Tod der jungen ProtagonistInnen, die versucht haben gegen die Normen zu rebellieren. Beide Stücke teilen die resignierte Einsicht, dass sich auch nach dem Umbruch nichts geändert hat, dass die Leute weitermachen wie zuvor, dass ehemalige GeheimdienstmitarbeiterInnen auch weiterhin hohe Posten bekleiden und dass auch weiterhin aus Angst darüber geschwiegen wird.

Literaturverzeichnis

Primärwerke / Theaterstücke

- Cărbunariu, Gianina, 2013. *Tipografic Majuscul*. Reg. Gianina Cărbunariu. Bukarest: Teatrul Odeon, Bukarest.
- Nelega, Alina, 2012. *Efectul Genovese*. Reg. Gavril Cadariu. Târgu-Mureș: Teatrul Național Târgu-Mureș.

Sekundärliteratur

- Anderson, Benedict, 1996. *Die Erfindung der Nation*. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main: Campus.
- Assmann, Aleida, 1999. *Erinnerungsräume*. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München: Beck.
- Assmann, Jan, 1992. *Das kulturelle Gedächtnis*. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H. Beck.
- Assmann, Jan/Hölscher, Tonio, (Hgg.), 1988. *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Assmann, Jan, 1988. „Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität“, in: Assmann, Jan/Hölscher, Tonio, (Hgg.), *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9-19.
- Bochmann, Klaus/Stiehler, Heinrich, 2010. *Einführung in die rumänische Sprach- und Literaturgeschichte*. Bonn: Romanistischer Verlag.
- Cărbunariu, Gianina, 2015. „Schrift in Großbuchstaben“, Übersetzung von Daria Hainz, in: Wolf, Irina, (Hg.), *Machtspiele*. Neue Theaterstücke aus Rumänien. Berlin: Theater der Zeit, 17-50.

- Csáky, Moritz, 2004. „Die Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. Ein kritischer Beitrag zur historischen Gedächtnisforschung“, in: *Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa*. Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas, 9/2004, in: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/603/1/csaky-gedaechtnis.pdf> [11.04.2016].
- Halbwachs, Maurice, 1985. *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Michailov, Mihaela, 01.12.2008. „Theater als Eingriff in den Alltag“, in: *Aurora. Magazin für Kultur, Wissen und Gesellschaft*, in: http://www.aurora-magazin.at/medien_kultur/rumtheat_michailov_frm.htm [11.04.2016].
- Nora, Pierre, 1990. *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. Berlin: Klaus Wagenbach.
- Teatrul Odeon, 2013. „Tipografic Majuscul. Un spectacol de Gianina Cărbunariu“, in: <http://www.teatrul-odeon.ro/spectacole/tipografic-majuscul.html> [11.04.2016].
- Oprea, Marius, 2009. *Şase feluri de a muri*. Iaşi: Polirom.
- Patlanjoglu, Ludmila, 1995. *Continuităţi şi discontinuităţi în teatrul românesc după decembrie '89*. Dissertation. Bukarest: Akademie für Theater und Film.
- Peca, Ştefan, 01.12.2008. „Der rumänische Dramatiker der Gegenwart“, in: *Aurora. Magazin für Kultur, Wissen und Gesellschaft*, in: http://www.aurora-magazin.at/medien_kultur/rumtheat_pecan_frm.htm [11.04.2016].
- Pilz, Dirk, 2005. „Diesseits des Klassenkampfes“, in: *Theater der Zeit*, 11/2005, 13-15.
- Popovici, Iulia, 2013. „Informaţia se face cu oameni“, in: *Observatorul Cultural*, Nr. 692/2013, http://www.observatorcultural.ro/TEATRU.-Informatia-se-face-cu-oameni*articleID_29220-articles_details.html [11.04.2016].

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Perspektivenwechsel; *Tipografic Majuscul* von Gianina Cărbunariu aufgeführt am Odeon Theater in Bukarest 2013, Regie: Gianina Cărbunariu, aufgeführt am Odeon Theater in Bukarest 2013, Foto: Octavian Tibăr; Quelle: www.teatrul-odeon.ro
- Abbildung 2: Generationenkonflikt; *Efectule Genovese* von Alina Nelega aufgeführt am Teatrul Naţional Târgu-Mureş 2012, Regie: Gavril Cadariu; Quelle: www.teatrernational.ro

La semplificazione e la banalizzazione dell'esperienza fascista nella società italiana *Alcuni aspetti rappresentativi*

Fabio LONGONI, Wien

1. Il quadro legislativo

I rapporti giuridici tra il sistema democratico repubblicano ed il passato regime fascista sono disciplinati dalla Costituzione italiana promulgata nel 1947 ed entrata in vigore il 1° gennaio del 1948, e dalla successiva legge Scelba. Purtroppo ancora oggi però, alcuni articoli sono aperti a possibili e divergenti interpretazioni o i legislatori non hanno preso in considerazione l'esistenza di altri movimenti dittatoriali stranieri, quali ad esempio il nazismo hitleriano. A causa di tale indeterminazione o a volte semplice lacunosità, nel corso degli anni è stato possibile riscontrare il manifestarsi di comportamenti pratici secondo molti assolutamente in contrasto con gli articoli citati. Ciononostante il quadro legislativo è stato mantenuto invariato, sebbene da alcuni partiti o da semplici cittadini, si fossero levate critiche motivate.

Innanzitutto va sottolineato che l'articolo XII contenuto nelle disposizioni transitorie finali della Costituzione nella formulazione,

È vietata la riorganizzazione, sotto qualsiasi forma, del disciolto partito fascista.

In deroga all'articolo 48, sono stabilite con legge, per non oltre un quinquennio dall'entrata in vigore della Costituzione, limitazioni temporanee al diritto di voto e alla eleggibilità per i capi responsabili del regime fascista.

(<http://www.quirinale.it/qrnw/statico/costituzione/pdf/Costituzione.pdf> [25.4.2016])

ha di certo impedito che fosse ricreato il partito nazionale fascista di Mussolini, ma non ha vietato invece a Giorgio Almirante di dare forma e vigore al *Movimento sociale italiano*, fondato nel dicembre del 1946 e presente in Parlamento dal 1948, ovvero a un partito che già nel nome portava un richiamo difficilmente negabile alla repubblica sociale italiana, ovvero alla repubblica di Salò. In

questo caso, l'articolo XII è stato evidentemente aggirato creando un partito che nei primi anni della sua fondazione si rifaceva comunque al passato fascista riciclando non soltanto principi ideologici, quanto gli stessi quadri del vecchio partito.

A questa indeterminatezza e al troppo spazio lasciato alle interpretazioni, il legislatore aveva dovuto comunque reagire nel 1952 con la legge Scelba¹. Anche nel caso specifico però, non tutto verrà chiarito, lasciando troppo spazio alle interpretazioni degli articoli di legge. La genericità della legge Scelba² permetterà nel corso dei decenni l'apparire di alcuni fenomeni descritti più avanti in questo articolo, fenomeni che potremmo definire di semplificazione e banalizzazione del passato fascista dell'Italia e degli italiani, attuati grazie all'esistenza di aree legislative per così dire grigie.

Il primo articolo della legge Scelba, in rapporto alla riorganizzazione del disciolto partito fascista, afferma che,

- Ai fini della XII disposizione transitoria e finale (comma primo) della Costituzione, si ha riorganizzazione del disciolto partito fascista quando una associazione, un movimento o comunque un gruppo di persone non inferiore a cinque persegue finalità antidemocratiche proprie del partito fascista, esaltando, minacciando o usando la violenza quale metodo di lotta politica o propugnando la soppressione delle libertà garantite dalla Costituzione o denigrando la democrazia, le sue istituzioni e i valori della Resistenza, o svolgendo propaganda razzista, ovvero rivolge la sua attività alla esaltazione di esponenti, principi, fatti e metodi propri del predetto partito o compie manifestazioni esteriori di carattere fascista. (Legge n. 645, Norme di attuazione della XII disposizione transitoria e finale (comma primo) della Costituzione.)

e, all'articolo 4 si specifica cosa sia da intendersi per apologia del fascismo.

- Chiunque fa propaganda per la costituzione di una associazione, di un movimento o di un gruppo avente le caratteristiche e perseguate le finalità indicate nell'articolo 1 è punito con la reclusione da sei mesi a due anni e con la multa da lire 400.000 a lire 1.000.000. Alla stessa pena di

¹ Legge n. 645 del 1952 (legge Scelba), Norme di attuazione della XII disposizione transitoria e finale (comma primo) della Costituzione. Pubblicata sulla Gazzetta Ufficiale il 23 giugno 1952 n. 143.

² Per il testo, si veda ad esempio: http://lombardia.anpi.it/media/blogs/lombardia/documenti/1-7-legge_3_1952_L645_Scelba.pdf [25.4.2016]

cui al primo comma soggiace chi pubblicamente esalta esponenti, principi, fatti o metodi del fascismo, oppure le sue finalità antidemocratiche. Se il fatto riguarda idee o metodi razzisti, la pena è della reclusione da uno a tre anni e della multa da uno a due milioni. La pena è della reclusione da due a cinque anni e della multa da 1.000.000 a 4.000.000 di lire se alcuno dei fatti previsti nei commi precedenti è commesso con il mezzo della stampa. [...]. (Legge n. 645, Norme di attuazione della XII disposizione transitoria e finale (comma primo) della Costituzione.)

Infine, vengono vietate manifestazioni apertamente fasciste.

- Chiunque, partecipando a pubbliche riunioni, compie manifestazioni usuali del disciolto partito fascista ovvero di organizzazioni naziste è punito con la pena della reclusione sino a tre anni e con la multa da 400.000 a 1.000.000 di lire (1). Il giudice, nel pronunciare la condanna, può disporre la privazione dei diritti previsti nell'articolo 28, comma secondo, numeri 1 e 2, del codice penale per un periodo di cinque anni (6). [...]. (Legge n. 645, Norme di attuazione della XII disposizione transitoria e finale (comma primo) della Costituzione.)

Se una veloce lettura di questi articoli, potrebbe dare l'impressione d'essere in presenza di una rigida formulazione atta ad impedire sia la rinascita del partito fascista sia a vietare ogni comportamento finalizzato a ricreare o giustificare comportamenti che si richiamino al regime di Mussolini, in verità restano aperte molte domande, ad esempio se non sia possibile rifondare un partito fascista dandogli semplicemente un altro nome o riappropriarsi di un'ideologia dittatoriale fingendo banalmente di accettare le regole democratiche della repubblica. In altre parole, il quadro legislativo ha lasciato aperte molte possibilità giuridiche a chi si sentiva ancora legato al fascismo. Senza dubbio poi, l'istaurarsi di un cosiddetto sistema bloccato già alla fine degli anni '40, o la realtà della guerra fredda hanno contribuito in maniera innegabile al trovare scappatoie di vario genere sia alla legge Scelba sia all'articolo XII delle disposizioni transitorie della Costituzione.

In questo articolo vorrei descrivere ed analizzare alcuni fenomeni forse un po' più spiccioli, e che solo in maniera tangenziale hanno a che fare con il quadro giuridico che dovrebbe disciplinare ed impedire la rifondazione del partito fascista. Il mio interesse va qui piuttosto ai comportamenti dei singoli, ma soprattutto di gruppi o interi ceti italiani che hanno permesso non la rifondazione del fascismo, quanto una sua semplificazione, ovvero una banalizzazione della

sua ideologia, spesso col risultato di tramandare una forma assolutamente spuria della realtà della dittatura, un'immagine di Mussolini quasi paternalistica e ciò che ancora è peggio, tali strategie hanno contribuito alla riduzione del fascismo ad un movimento che per molti aspetti pare assomigliare a una sagra di paese, a un movimento politico-ideologico non di pericolosi antidemocratici che hanno portato l'Italia alle leggi razziali, alle atrocità e alle distruzioni della seconda guerra mondiale con il corollario della guerra civile, quanto di inetti *praticoni*, o di semplici populistici.

A questo scopo indicherò alcune strategie connesse alla banalizzazione del fascismo che hanno preso piede in Italia già poco dopo la Liberazione e che si sono evolute e trascinate quasi fino ad oggi.

2. Dalla nascita della democrazia allo sdoganamento di Gianfranco-Fini

Già a partire dagli anni subito posteriori alla conclusione della II guerra mondiale, è possibile riscontrare in Italia un processo di banalizzazione del regime fascista; processo oltre a tutto correlato ad una forma di autoassoluzione rispetto alle responsabilità dei gruppi e dei singoli a riguardo della realtà storica del *ventennio* e degli anni della guerra civile. L'Italia uscita dal conflitto distrutta, sia nel patrimonio edilizio, nel sistema dei trasporti, sia nelle strutture industriali, si trovava di fronte a compiti immensi ai quali vengono chiamati i democratici, ma spesso anche gli ex fascisti. Se una percentuale comunque limitata di gerarchi o di collaboratori viene inizialmente epurata, già con l'amnistia di Palmiro Togliatti³ del 22 giugno 1946, i meno compromessi col vecchio regime, vengono abbastanza presto recuperati alla legalità.

Tale processo di cancellazione o perlomeno d'attenuazione delle responsabilità personali trovava una giustificazione nell'esigenza di mettere in moto la ricostruzione del Paese, chiamando alla collaborazione pure chi si fosse macchiato di colpe non troppo gravi, involontariamente anche al costo di ibernare il passato, rinviando a data da destinarsi una seria discussione sull'epoca appena conclusa. A tutti è noto ad esempio il ruolo di un democratico e comandante partigiano quale Enrico Mattei nel rifondare il sistema industriale coinvolgendo pure uomini innegabilmente legati – quasi sempre per semplice opportunismo – al passato sistema fascista.

³ Decreto Presidenziale 22 giugno 1946, n. 4. Amnistia e indulto per reati comuni, politici e militari.

D'altra parte nello stesso periodo, l'eromperre della guerra fredda aveva favorito l'involuzione del sistema democratico appena nato in un sistema bloccato. Le tensioni sempre più forti tra il mondo occidentale e il mondo sovietico venivano rispecchiate nella diatriba tra la DC e il PCI in maniera tale da non lasciare spazio alla discussione necessaria e doverosa sul passato. In nome del presente si finiva col semplificare il passato, permettendo in realtà una negazione pratica delle responsabilità.

Non va nemmeno dimenticato che il passaggio del 1946 dalla monarchia alla repubblica aveva fatto uscire di scena Umberto II, il re di maggio, che almeno in teoria avrebbe potuto contribuire al superamento del vecchio sistema.

La volontà autoassolutoria di molti italiani trovava poi una sua realizzazione nella negazione o quasi, della sconfitta nella II guerra mondiale. Il riconoscimento del ruolo di Paese cobelligerante concesso all'Italia di Badoglio, provocava in molti ceti la sensazione psicologica di aver contribuito alla conclusione vittoriosa della guerra, e di aver in poco più di un anno e mezzo cancellato le responsabilità del fascismo. Ovvero, in alcuni strati della popolazione il periodo del conflitto a fianco degli Alleati, poteva controbilanciare moralmente il periodo del fascismo. La semplificazione permetteva quindi, di mettere da parte la dittatura e di perdonare almeno in parte una generazione che ne portava le responsabilità. Ma questo non bastava e come in altri Paesi partecipanti al conflitto, dopo la fine ingloriosa della dittatura, in Italia si presentavano ulteriori fenomeni di negazione del passato.

Molti aggiungevano un'altra *pia fraus* a tali tecniche di banalizzazione, concentrando le colpe del ventennio essenzialmente su due sole persone, ovvero su Benito Mussolini e Vittorio Emanuele III. Il sistema fascista veniva ridotto così al suo rappresentante maggiore, mentre gli stessi gerarchi, non meno responsabili, assumevano gradualmente una importanza accessoria. Chiaramente le colpe venivano assegnate in modo differente, mostrando un Mussolini responsabile attivo ed un re invece dai comportamenti deboli e passivi per non aver fermato il fascismo, o per aver promulgato le leggi razziali, per non essersi opposto all'entrata in guerra al fianco della Germania, ed infine per essere fuggito nel 1943 da Roma.

In questo senso Mussolini veniva isolato sempre più dall'insieme del fascismo. Alla sua retorica veniva data la responsabilità d'aver riempito le piazze e aver trascinato l'Italia accanto a Hitler. In pratica già nel giro di alcuni anni nasceva e si sviluppava quasi una forma di vulgata nella quale Mussolini da solo e mediante l'utilizzo di mezzi ciarlataneschi, trascinava con sé un intero popolo di ingenui, caduti però nella trappola della sua retorica. Stranamente in questa

personalizzazione del fascismo venivano dimenticate o banalizzate le responsabilità da ascrivere all'apparato. Ad esempio la sigla O.V.R.A. diventava non più quella di un'occhiuta polizia antiregime, quanto un nome noto soltanto agli specialisti dell'analisi storica. Logicamente scaricare le responsabilità su Mussolini era un metodo estremamente comodo e semplice per l'autoassoluzione di tanti italiani che avevano aderito al fascismo non solo per opportunismo (una tessera non si rifiuta a nessuno o quasi), ma per convinzione.

Mussolini quindi e non il fascismo in sé, veniva indicato come responsabile di tutta una serie di tragedie nazionali: fine del sistema liberale, patto con Hitler, leggi razziali, entrata in guerra, tragedia russa, guerra civile tra partigiani e repubblica di Salò. A prima vista questa potrebbe sembrare una strategia troppo semplice per funzionare, ma in un sistema in cui largo spazio veniva lasciato alla banalizzazione, così non era, e scaricare le colpe su un singolo permetteva di ridurre, se non proprio cancellare quelle di un popolo o della sua maggioranza.

Un'altra strategia inconscia mediante la quale veniva gradualmente banalizzato il fascismo era quella connessa alla descrizione della personalità e del ruolo del segretario del Partito nazionale fascista Achille Starace. Senza dubbio un personaggio di intelligenza limitata veniva ridicolizzato anche al prezzo però, di ridimensionarne le responsabilità più gravi. Per molti negli anni dopo la guerra, il segretario diventava soltanto il rappresentante e il creatore di riti, di frasi quali: "saluto al duce" e così via. In realtà sebbene non voluta, la stigmatizzazione degli aspetti ottusi del suo agire diventava gradualmente non una giustificazione del fascismo in sé, quanto il sottolinearne presunti aspetti da sagra paesana, da commedia dell'arte e quindi disinnescandone la pericolosità. In questo caso la stupidità di Starace non veniva messa in dubbio, ma la presentazione annacquata del personaggio era tale da autoassolvere chiunque con convinzione avesse invece partecipato ai riti fascisti. In verità solamente i più intellettuali li rifiutavano, mentre la maggior parte della popolazione presente ai sabati fascisti poteva trovarli sicuramente positivi per le giovani generazioni.

Se Starace era il simbolo della imbecillità di regime, diventava automatico per gli italiani affermare che l'imbecille fosse solo lui, e che i partecipanti ai riti da lui creati, fossero persone consapevoli, costrette però a diventare attori non protagonisti o meglio semplici comparse di una squallida commedia.

Sempre negli anni successivi al conflitto era stato dato sviluppo ad un'ulteriore strategia volta a banalizzare le responsabilità del fascismo. Di assoluto successo, era la descrizione del soldato italiano e delle sue presunte peculiarità caratteriali e morali. Attraverso la creazione di un confronto più o meno manifesto tra il militare italiano e il soldato della Wehrmacht o ancor peggio delle

SS, venivano individuati e dati per scontati caratteri di onestà, bontà d'animo e quindi di correttezza dimostrata anche durante lo svolgersi dei peggiori momenti della guerra. Questo confronto indiretto veniva pure utilizzato per sottolineare una tipologia ideologica totalmente differente tra fascismo e nazismo. Volendo soffermarsi solamente su due esempi, si potrebbe iniziare col rimandare a come per decenni l'esercito sia riuscito a celare l'utilizzo dei gas durante la campagna d'Etiopia. Lo stato maggiore, ma anche alcuni giornalisti molto noti avevano negato per anni e con sdegno la presenza dei gas durante le operazioni militari. Il primo giornalista al quale va il pensiero è certamente Indro Montanelli, che però nel corso degli anni e all'apparire progressivo di nuove prove ha mutato la propria versione dei fatti. Se all'inizio Montanelli negava con convinzione l'uso dei gas, facendosi scudo della sua personale presenza alla campagna militare in ruolo di giornalista inviato, successivamente ha preferito affermare soltanto di non averli visti impiegare di persona. La sua posizione potrebbe essere credibile, visto che con molte probabilità gli stati maggiori avevano mostrato ai giornalisti solo ciò che ritenevano utile per propagandare una vulgata della guerra pulita, quasi chirurgica, anche mediante la trasformazione di noti giornalisti in ignari complici della propaganda fascista.

Soltanto i lavori di uno storico come Angelo Del Boca⁴ hanno portato alla luce tali crimini. La strategia del nascondere le responsabilità nell'utilizzo dei gas, ha permesso per molti anni la descrizione della campagna d'Etiopia quasi alla stregua di una scampagnata, ed alcuni film degli anni '60 hanno contribuito a consolidare tale immagine. Negare i gas permetteva poi di affermare in maniera indiretta una diversità del colonialismo italiano da quello delle grandi potenze liberali storicamente impegnate in Africa ed Asia.

Per troppo tempo, quantomeno fino agli anni '70, il colonialismo italiano era stato presentato come un fenomeno sì da condannare, ma che aveva portato alle popolazioni africane più aspetti positivi che negativi e senza dubbio a questa visione edulcorata dei fatti, aveva contribuito la fine tragica di Italo Balbo, presentato spesso come la vittima sacrificale di Mussolini e come la personalità che avrebbe forse voluto assumersi, a guerra mondiale iniziata, la funzione di un De Gaulle italiano. Il suo tragico abbattimento nei cieli di Tobruk ha sempre più amplificato tale leggenda per la quale non è mai esistita alcuna prova, ma soltanto illazioni, non raramente gratuite. Se il fascismo coloniale usciva quasi prosciolto nelle sue responsabilità più gravi o veniva sotto molti aspetti assolto attraverso la figura di Balbo e della sua *fronda*, la dittatura poteva essere mostrata

⁴ Del Boca, Angelo, 1996. *I gas di Mussolini*. Il fascismo e la guerra d'Etiopia. Roma: Editori Riuniti. Del Boca, Angelo, 2009. *Italiani, brava gente?* Vicenza: Neri Pozza.

quasi con un volto umano. Ancora una volta la banalizzazione era preponderante. Il secondo esempio è quello invece relativo alla stigmatizzazione solo parziale delle leggi razziali. A quasi tutti gli italiani era chiaro infatti, che esse si fossero rivolte contro la popolazione di religione ebraica; molto meno noto era però che anche le popolazioni non italiane o comunque non bianche delle colonie, fossero sottoposte alle medesime leggi e quindi alle stesse ingiustizie. Parlare degli ebrei e dei crimini perpetrati nei loro confronti, ma soprattutto dell'olocausto operato dal nazismo, diventava un modo comodo per negare o quantomeno dimenticare tutto quanto fatto dal fascismo anche contro altre popolazioni in ambito africano.

Prima delle opere di Del Boca, per molti il soldato italiano era quello che fraternizzava con i civili nelle terre nemiche e che accorreva spesso per impedire le violenze ingiustificate dell'alleato nazista. I rastrellamenti, le stragi e le violenze continue sulle popolazioni ad esempio dell'Istria e Dalmazia venivano per decenni messe a tacere. Anzi, fino ad oggi l'istituzione sicuramente doverosa della giornata di ricordo delle vittime delle foibe, ha portato con sé solo parzialmente l'analisi pure di tutte quelle forme di violenza operate contro le popolazioni locali dall'esercito italiano, che in parte possono spiegare, ma in nessun caso giustificare, l'esplosione delle vendette e degli infoibamenti degli ultimi mesi della guerra.

Il mito del soldato buono trovava spazio anche nel privilegiare alcune opere letterarie o alcune parti di esse. Le migliaia di caduti registrati durante la campagna di Russia venivano per così dire *disinnescati* ad esempio dandone la totale responsabilità a Benito Mussolini, che aveva ordinato la marcia in Russia dell'ARMIR totalmente impreparato, disponendo ad esempio solo scarpe di cartone, per affrontare l'inverno continentale. Il concentrarsi sulla descrizione della sacca di Stalingrado e sulla ritirata, permetteva a volte di dimenticare la criminalità di tutta una dittatura fascista, ovvero del movimento politico ed ideologico che aveva mandato appunto allo sbaraglio migliaia di soldati.

Se quindi per troppi, il responsabile era solo e unicamente Mussolini, nel giro di pochi anni trovava spazio il diffondersi della strategia che permetteva a tanti italiani di negare la propria personale adesione al fascismo. In altri termini, non veniva negata l'esistenza del fascismo in sé, ma se i fascisti erano esistiti, chiaramente erano sempre *altri*. Anche una breve infatuazione personale per Mussolini e per il suo governo erano negati in modo reciso. Se era impossibile negare l'adesione al fascismo (epurazione o esistenza di una tessera) questa veniva giustificata e presentata come il risultato di una forma di coartazione alla quale era stato impossibile sottrarsi. Ovvero si sosteneva che la tessera non era stata richiesta in maniera libera, ma era da considerarsi obbligatoria per certe

professioni, oppure imposta ai singoli con lusinghe, minacce e violenze. Ora, assieme alla realtà innegabile di tessere effettivamente imposte, la banalizzazione permetteva la negazione anche soltanto di comportamenti opportunistici. La tessera era vantaggiosa per la carriera, per l'assegnazione di un appartamento pubblico, oppure semplicemente per trovare un lavoro qualsiasi o migliore. La banalizzazione delle giustificazioni legate alla tessera di partito erano però totali e col passare degli anni venivano accettate da tutti. Lo spirito opportunistico trovava giustificazione quindi in obblighi non sempre esistiti. Alla stessa maniera si parlava spesso degli insegnanti universitari che nel 1931 si erano dimessi dagli atenei rifiutando il giuramento di fedeltà al fascismo; maggiore omertà si nota però fino ad oggi se il discorso veniva portato al contrario sugli insegnanti scacciati dalle università a seguito delle leggi razziali e soprattutto sul quel numero anche di successivi eroi dell'intellettualità italiana antifascista, in quel momento subito pronti a sostituirli. Trovare un ex fascista già nell'Italia degli anni '50 rasentava l'impresa. Non ci si deve però stupire. La tecnica è sempre stata diffusa e non solamente nei sistemi dittatoriali, e la negazione del passato risponde a forme di pudore nei confronti di *errori di gioventù*. Per fare un esempio più recente, basterebbe citare la caduta del sistema socialista milanese di Bettino Craxi. Già a metà degli anni '90 a Milano quasi nessuno ammetteva di essere stato socialista o di aver votato per il partito che esprimeva sindaco, presidente della Provincia, presidente del Consiglio.

Forse però una delle strategie più importanti e molto in voga quantomeno fino agli anni '80, per la semplificazione dell'esperienza fascista, era quella di negare apertamente l'esistenza di una qualsiasi forma di consenso nei confronti della dittatura. Per lungo tempo, gli italiani venivano descritti anche da storici di valore, come un'entità passiva, costretta dalla coercizione o dalla propaganda, ad aderire a una dittatura che in realtà – si diceva – avevano sempre temuto ed odiato. Senza timore di smentita, venivano sconfessate le molte immagini, ad esempio quelle dei cinegiornali Luce, che mostravano l'entusiasmo delle piazze durante i discorsi di Mussolini o di altri gerarchi. In altre parole, si ipotizzava da più parti, l'esistenza o di un pubblico prezzolato o di minacce destinate a riempire le piazze. Che come ovunque nelle dittature molti potessero partecipare alle adunate semplicemente per entusiasmo e convinzione, non veniva nemmeno preso in considerazione, mentre chiunque affermasse il contrario era accusato di voler falsificare i fatti, o peggio d'essere un esecrabile nostalgico del fascismo. Un grande storico quale Renzo De Felice, nel corso degli anni aveva subito un ripetuto linciaggio morale ed accademico, per aver espresso delle considerazioni che in qualsiasi altro Paese sarebbero state date per scontate, o quantomeno non respinte a priori. In realtà De Felice nelle sue opere sosteneva

semplicemente che il fascismo, soprattutto nella prima parte degli anni '30, aveva avuto un significativo consenso da parte degli italiani. Consenso che prima della guerra d'Etiopia e della firma dell'Asse Roma-Berlino, era stato addirittura maggioritario. Eppure, una dichiarazione tanto semplice, ha rappresentato per anni la rottura di un tabù. Che anche i peggiori dittatori sappiano crearsi un consenso non solo col denaro, la propaganda, la retorica, il privilegio di gruppi particolari a discapito di altri, o la distribuzione di prebende, è anche oggi sotto gli occhi di tutti, e nessuno negherebbe che forme di consenso convinto possano esistere nell'attuale Corea del Nord, in Siria, o in alcuni stati africani, senza chiamare automaticamente in causa l'esercizio della violenza.

Certe immagini di riunioni oceaniche davanti a Mussolini erano però penose per la neonata democrazia. La descrizione del rapporto degli italiani col fascismo, mostrato per decenni come costrittivo, era necessaria per rendere credibile l'improvvisa conversione degli italiani dalla dittatura alla democrazia. Che a Piazza Venezia molti fossero presenti perché ci volessero essere, e non perché costretti col fucile puntato alla schiena, era negato fin quasi alla fine degli anni '90.

Ciò che è avvenuto nel periodo della negazione del consenso, ha rasentato in alcuni casi il ridicolo. Aperti fenomeni di fedeltà al fascismo e alla sua ideologia, che sopravvivevano decenni dopo la fine della guerra ad esempio nell'agro Pontino ed in particolare nella provincia di Latina (Littoria), venivano liquidati tuttalpiù come forme di folclore, dimenticando che proprio lì popolazioni impoverite giunte da Veneto ed Emilia erano state beneficate dal fascismo che aveva dato loro non solo casa e terra, ma anche la possibilità di affrancarsi da una miseria diffusa e secolare. Fedeltà certamente esecrabile a una dittatura, ma impossibile da negare.

Chiaramente bisognava attendere la pubblicazione dei libri di Antonio Pennacchi⁵ e in particolare di *Canale Mussolini*, per comprendere ed accettare come queste popolazioni immigrate avessero dato il proprio consenso volontario e non coartato a Mussolini e al suo regime. In questa regione, proprio la negazione ufficiale dell'esistenza del consenso, ha aggravato la situazione, aumentando a dismisura il numero dei veri nostalgici della dittatura.

Analogamente si rifiutava d'ammettere il medesimo consenso nel contesto dell'Italia a sud di Napoli. Il volto del fascismo conosciuto in alcune aree non era certo quello della repubblica sociale italiana, ma piuttosto quello populistico e paternalistico della società meridionale degli anni '30. Per molti, ad esempio

⁵ Pennacchi, Antonio, 2010. *Canale Mussolini*. Milano: Mondadori.

per i siciliani, i danni alle città non erano quelli operati dai fascisti, ma eventualmente quelli provocati dai bombardamenti alleati del '43, su città quali Palermo o Catania. Senza dubbio, una guerra in pratica già conclusa alla fine del '43 e l'inesistenza della guerra civile, avevano dato luogo a una differente ricezione del regime. Eppure anche in questo caso fino agli anni '80 prevaleva la semplificazione e la autoassoluzione degli italiani.

Negli anni successivi alla guerra diventava di fondamentale importanza dare spazio al movimento resistenziale. In effetti la resistenza rappresentava e rappresenta anche oggi l'unica pagina gloriosa sulla quale porre le basi della Prima repubblica. Senza questo movimento avremmo avuto solo opportunismo e vergogne nazionali. Purtroppo però l'esaltazione del movimento diventava a volte stucchevole o creava problemi di riconoscimento agli stessi partigiani. Per essere più precisi, si potrebbe parlare qui del fenomeno della creazione arbitraria del partigiano tutto d'un pezzo, ovvero di chi combatteva il fascismo senza dubbi, senza patemi, ma mostrando solo coraggio d'acciaio. Questa visione è espressa ad esempio nel libro *L'Agnese va a morire* di Renata Viganò⁶, nel quale il superomismo di certi protagonisti col tempo poteva allontanare la percezione della resistenza dalle persone, trasformandola in una vuota retorica.

Oggi potrebbe sembrare incredibile, ma anche i testi di Beppe Fenoglio facevano arricciare il naso a chi vedeva il movimento partigiano solo come un monolite. Se ad esempio in *Una questione privata*⁷ l'autore mostrava partigiani dediti non soltanto alla causa, ma presi pure da problemi personali, queste pagine non venivano capite da tanti circoli politici italiani. Ancora peggio era per Luigi Meneghello con le sue descrizioni antieroidiche dei partigiani presenti ne *I piccoli maestri*⁸; non superuomini senza paura, quanto piuttosto intellettuali che quasi per caso si trovano nella guerra civile e che solo a poco a poco approfondiscono le proprie convinzioni ideologiche combattendo per la causa della democrazia.

Nessuno di questi scrittori metteva in dubbio la correttezza della guerra partigiana, ma la semplificazione del fenomeno operata da alcune forze politiche democratiche, rischiava spesso di creare superuomini avulsi da qualsiasi contesto, invece che uomini e donne impegnati a combattere una delle ideologie più pericolose del XX secolo.

⁶ Viganò, Renata, 1949. *L'Agnese va a morire*. Torino: Einaudi.

⁷ Fenoglio, Beppe, 1963. *Una questione privata*. Milano: Garzanti.

⁸ Meneghello, Luigi, 1964. *I piccoli maestri*. Milano: Feltrinelli.

3. Lo sdoganamento di Gianfranco Fini e del movimento sociale italiano

In realtà la volontà più o meno inconscia di semplificazione e banalizzazione del passato o di autoassoluzione dalle responsabilità, continuava anche in anni più vicini a noi, non di rado mediante la rottura di tabù accettati fino a quel momento dalla maggioranza degli italiani. Se si volesse individuare però un momento simbolo per sottolineare la continuità nella banalizzazione, forse si potrebbe scegliere quello del cosiddetto sdoganamento di Gianfranco Fini operato da Silvio Berlusconi nel 1993 nella tornata amministrativa di Roma. Fini, segretario del MSI, si era presentato contro Rutelli che poi avrebbe vinto le elezioni diventando sindaco della Capitale. Se dopo la successiva svolta di Fiuggi, Fini andrà al governo con Berlusconi sarà proprio grazie a questa mossa del cavaliere che per la prima volta aveva appoggiato apertamente un candidato proveniente da quel mondo politico che non si era ancora ufficialmente distanziato dall'esperienza della dittatura fascista.

Oggi lo sdoganamento potrebbe forse sembrare qualcosa di poco conto, soprattutto pensando a quanto nel bene e soprattutto nel male è poi successo in Italia. In verità veniva rotto il tabù della non collaborazione con forze che non avessero negato appunto il passato fascista. Il pericolo di una tale azione non andava soltanto in direzione della banalizzazione del fenomeno, quanto apriva la strada ad un revisionismo tendente a porre sullo stesso piano storico e morale fascisti e antifascisti.

Ciò avveniva infatti nel caso di Salò. Se il giudizio sulla repubblica sociale italiana non cambiava sotto l'aspetto storico, mutava però in parte quello morale. In altri termini sembrava alleggerirsi il giudizio sull'adesione o meno alla repubblica di Salò. Se fino ad allora nessuno si sarebbe mai azzardato a mettere in dubbio una graduatoria di merito tra i giovani che s'erano uniti ai partigiani, o che avevano accettato di arruolarsi nella repubblica rispondendo alla leva obbligatoria, cominciava a spirare un vento revisionistico molto preoccupante. Veniva infatti sempre più sottolineata la difficoltà della scelta che aveva lasciato ad una generazione solo tre possibilità: arruolamento, guerra partigiana, fuga all'estero e soprattutto in Svizzera. Si notava ora però il tentativo di equiparare le prime due scelte. Senza dubbio, per moltissimi giovani solo il caso aveva deciso la partecipazione alla repubblica di Salò o alla resistenza, ma un revisionismo che non sappia distinguere tra democrazia e dittatura è comunque inaccettabile.

Il revisionismo banalizzante permetteva quindi la rottura del tabù della partecipazione di forze legate alla destra anche neofascista ai governi italiani.

Esso inoltre non veniva rotto solamente a destra, ma pure a sinistra, tanto che forze originatesi dopo lo sdoganamento di Fini hanno partecipato a governi di Berlusconi, ma anche a quelli successivi.

4. Il rapporto distorto col passato quale fattore economico

La banalizzazione del passato non ha avuto risvolti solamente in campo politico-sociale, quanto sempre più spesso in quello specificamente economico. Le conseguenze sono sotto gli occhi di tutti, anche se non raramente sembra si voglia fingere di non vederle. Il rapporto troppo libero e flessibile col passato della dittatura fascista, ha permesso in Italia il diffondersi di fenomeni che se da una parte in alcuni creano scandalo, in altri danno adito invece a sentimenti di indifferenza e assuefazione a immagini e riti in apparenza desementizzati. In altre parole, la semplificazione graduale dell'esperienza fascista ha reso accetta la rottura di tabù che non rappresentano solo offesa al buon gusto, quanto grave oltraggio al passato di dolore e sofferenza di buona parte della popolazione italiana; ciononostante le reazioni dei singoli risultano blande o non di rado legate a proteste di singoli turisti o comunque di viaggiatori stranieri in Italia. Ciò che accade in particolar modo sulla Costa Adriatica in Emilia-Romagna rasenta l'incredibile e colpisce con violenza chi si senta legato ai principi dell'antifascismo. Il fatto poi che tutto ciò accada in una regione rossa, che tanto ha patito sotto Mussolini, aggrava ancora di più la realtà dei fatti.

Negli ultimi anni il mero interesse economico quindi, e non tanto le ideologie nostalgiche dell'estrema destra, pare alla base di un fiorente traffico che mercifica il passato, operando secondo almeno due tipologie di vendita.

Il primo esempio è rappresentato dalla diffusione e vendita praticamente indisturbate del *Mein Kampf* hitleriano. Ultimamente in Germania e un po' meno in Austria, ha trovato spazio una discussione anche accesa relativa alla liceità della diffusione del *Mein Kampf* dopo la scadenza dei diritti d'autore. Il testo messo ora in commercio nei Paesi di lingua tedesca, è corredato da una serie di note e di commenti⁹ ritenuti indispensabili per disinnescare la pericolosità dell'opera, calandola al contrario nel contesto di violenza e razzismo diffusosi nel periodo successivo alla Grande guerra. Se questa discussione al nord delle Alpi è stata sommariamente riportata anche da alcuni giornali italiani, ampiamente trascurato è stato però il fenomeno ben diffuso della pubblicizzazione e

⁹ Nell'operazione in sé lodevole, si sono però registrate a volte alcune dichiarazioni discutibili. Che i veri neonazisti vengano fermati o corretti nella loro ideologia da un serio apparato di note e commenti, mostra una certa ingenuità.

vendita dell'opera medesima, ad esempio nelle piccole librerie a ridosso delle spiagge della Riviera Adriatica. Si tratta per la maggior parte di copie anastatiche di vecchie edizioni del testo hitleriano. Curiosamente solo pochi turisti si sono mostrati offesi dall'operazione commerciale, tanto da protestare presso le amministrazioni comunali o le forze dell'ordine; altri frequentatori di lingua tedesca hanno invece comprato per ideologia o per semplice curiosità, quanto veniva offerto a prezzi molto popolari. Che io sappia, nessuno ha provato a quantificare l'introito economico di queste vendite, ma sicuramente hanno una loro consistenza, tale comunque da giustificare l'offerta ormai decennale del testo.

Ciò che preoccupa è come già sostenuto, il chiaro e totale vuoto legislativo italiano nei confronti della dittatura nazista, carenza questa che permette la commercializzazione alla luce del sole di un'opera ben ancorata all'immaginario collettivo del neonazismo. In questo caso specifico però, non dovrebbe essere assolutamente difficile per le autorità competenti porre un argine al fenomeno, semplicemente sequestrando le fotocopie illegali di un libro, sebbene i diritti d'autore siano oggi scaduti. Da una parte quindi la legislazione italiana colpisce a parole la rifondazione del partito fascista, dall'altra però non perde nemmeno una parola anche solo per stigmatizzare la barbarie nazista.

Il secondo esempio concerne invece la vendita di souvenir e di devozionali fascisti. Sempre sulla Riviera romagnola, ma ancora di più in luoghi significativi per la storia del fascismo, ad esempio a Predappio, dove nacque e dove è sepolto Benito Mussolini, sono spuntati un po' ovunque negozi e negozietti di souvenir, gagliardetti, vini dall'etichetta inneggiante al fascismo. Gli stessi esercizi commerciali sono poi estremamente attivi in internet. A molti non sembra possibile che ciò avvenga, alla luce dei già citati articoli costituzionali e soprattutto della legge Scelba. In realtà anche in questo caso è difficile reagire a norma di legge a ciò che avviene sotto gli occhi di tutti.

Forse ancor più che i gagliardetti, ciò che colpisce l'attenzione dei turisti sono le bottiglie di vino quasi ovunque visibili ed offerte. L'etichetta pubblicistica inequivocabilmente ad esempio il vino del duce, del Führer e di Francisco Franco. Dietro a quella che a prima vista potrebbe sembrare una banale trovata pubblicitaria dedicata a pochi anziani nostalgici, si nasconde al contrario un risvolto economico di valore insospettato. In un'inchiesta pubblicata nel 2012 su *La Repubblica*¹⁰, il giornalista Luca Monaco ha quantificato in modo puntuale il valore economico dell'operazione commerciale. Secondo l'autore, il business delle bottiglie muove un fatturato di almeno 350.000 euro annui. La produzione

¹⁰ In: <http://inchieste.repubblica.it/repubblica/rep-it/2012/06/07/news/fascisteria-36755184/> [25.4.2016]

ammonta a 130.000 bottiglie poste in commercio sia in Italia che all'estero. Il tutto poi, è controllato solo da tre aziende dell'Italia del Nord. La ditta più importante è quella di Alessandro Lunardelli proprietario dell'azienda omonima di Colloredo di Prato (Comune di Pasian di Prato – Udine) che ha avuto l'idea delle etichette nostalgiche e che ne ha iniziato la produzione nel 1995. Attive sono inoltre due ditte aperte da due ex rappresentanti di Lunardelli, Fabio Bogo proprietario de "I nostalgici", di Belluno e Elvio Alessandria, titolare di Albotrade di Bandito di Bra (Cuneo). Oltre al vino, vengono offerte bottiglie di birra e di grappa sempre con le medesime etichette. Per quanto concerne i prezzi, vanno dai 4 euro all'ingrosso fino ai 35 al dettaglio.

Diversa è la giustificazione con la quale i titolari delle aziende difendono le vendite. Se Lunardelli sostiene che, "non c'è nulla di politico, per noi è un business e basta"¹¹; in quello di Elvio Alessandria, viene alla luce un'innegabile banalizzazione del fascismo,

il fatto che in Germania e in Austria questi prodotti siano vietati non significa nulla, e poi Hitler ha fatto solo del male al suo Paese, contrariamente al Duce. (<http://inchieste.repubblica.it/it/repubblica/rep-it/2012/06/07/news/fascisteria-36755184/> [25.4.2016])

Nonostante le vibrante proteste, raramente sono state tolte le bottiglie dagli scaffali degli esercizi commerciali coinvolti. In effetti, si potrebbero registrare unicamente tre casi. Il primo a Milano, nel 2007 in un negozio di souvenir di Piazza della Scala; nel 2009 al supermercato Gs di Cuveglio (Varese) dopo le proteste di una turista francese ed infine nel 2015 alla Coop di Reggio Emilia¹². Se nel primo caso si trattava di un negozietto a gestione familiare, negli altri due la vicenda era chiaramente più grave, trattandosi di catene di supermercati operanti sul territorio nazionale.

La domanda che si pone il giornalista è chiaramente quella della legalità di tali vendite e soprattutto se esse non siano in contrasto con la Costituzione e con la legge Scelba. La risposta è decisamente preoccupante,

¹¹ In: <http://inchieste.repubblica.it/it/repubblica/rep-it/2012/06/07/news/fascisteria-36755184/> [25.4.2016]

¹² Nel caso specifico si trattava però di un calendario rappresentante Mussolini e non di bottiglie. In: http://www.adnkronos.com/fatti/cronaca/2016/01/16/fascismo-parlamento-due-proposte-legge-contro-souvenir-cimeli-saluto-romano_KU2uKjKR88uY-gzvVmIWeO.html [25.4.2016]

Tutto questo è legale? Sotto il profilo giuridico la questione è controversa. La legge Scelba del 1952, “punisce chiunque esalti pubblicamente, esponenti, principi, fatti o metodi del fascismo – chiarisce Francesca Maria Fragale, avvocato penalista e presidente dell’Associazione futuro sostenibile onlus – dunque, questo tipo commercio può costituire reato solo se si considera la diffusione dell’effigie del Duce un’esaltazione del fascismo, altrimenti reato non è”. In merito al nazismo, invece, c’è un vuoto normativo. (<http://inchieste.repubblica.it/it/repubblica/rep-it/2012/06/07/news/fascisteria-36755184/> [25.4.2016])

La realtà è ancora una volta quella della carenza di univocità legislativa che nemmeno la Corte costituzionale o la Cassazione sono riuscite a dirimere. In effetti è lo stesso concetto di apologia del fascismo ad essere nebuloso, essendo stato lasciato ampiamente aperto a interpretazioni. Una sentenza del 1957¹³ ha messo in chiaro che non è sufficiente mostrare ammirazione per Mussolini e il suo regime perché si possa parlare di apologia. Come poi ha meglio definito la Cassazione¹⁴ infatti, apologia si ha quando non viene operata una cosiddetta difesa elogiativa del regime di Mussolini, bensì quando l’esaltazione è così grande da poter avere quale conseguenza la ricostituzione del partito fascista. Alla luce di questa concezione è chiaro che la vendita di souvenir, libri, devotionali o vini etichettati come si voglia, può essere considerata forse ammirazione, ma rientrando nella libera manifestazione del proprio pensiero, non rappresenta automaticamente apologia del fascismo.

Ancora più surreale potrebbe essere la questione connessa al saluto romano. Nel 2009 la Sezione penale della Cassazione ha stabilito giustamente che tale saluto,

non è espressione della possibilità di manifestare liberamente il proprio pensiero, ma un’istigazione all’odio razziale, vale a dire che istiga alla violenza, e ciò rientra nella previsione nel reato in questione previsto dalla legge Scelba.¹⁵

e tale interpretazione è stata confermata nel 2014¹⁶. Eppure con motivazioni di tutt’altro genere, ciò non ha impedito a un giudice di considerare come

¹³ Corte costituzionale, Sentenza n. 1 del 26.01.1957.

¹⁴ Corte di Cassazione, Sentenza del 06.06.1977.

¹⁵ Corte di Cassazione, Sezione Penale VI. Sentenza n. 24184 del 17.6.2009.

¹⁶ Corte di Cassazione, Sentenza n. 37577 del 12 settembre 2014.

non punibile il saluto romano fatto dai tifosi del Verona in una partita di campionato contro il Livorno¹⁷.

In pratica quindi, vendere bottiglie inneggianti a Mussolini e al suo regime, viene reputato tutt'al più come un'offesa al buon gusto, ma non alla legge. Personalmente ritengo che qui si possa parlare di una totale mancanza di sensibilità per tutti gli individui che hanno sofferto e spesso sono morti a causa del regime fascista. Come si può vedere nelle immagini seguenti e per limitarmi ad un solo esempio, mi chiedo come sia possibile che al centro di Cervia un negozio possa esporre impunemente bottiglie inneggianti al duce, a nemmeno 20 metri dalla lapide commemorativa di partigiani fucilati, appunto per aver combattuto tale regime.

Finalmente sembra però che negli ultimi anni sia aumentato non tanto il numero delle proteste, quanto la sensibilità verso il fenomeno, soprattutto in Emilia Romagna, regione dalla quale sono partite alcune proposte di disegno di legge presentate in Parlamento.

La prima, avanzata nel settembre 2015 da tre deputati romagnoli del PD, Tiziano Arlotti, Marco Di Maio, e Enzo Lattuca¹⁸, chiede di inserire nel Codice Penale, la reclusione da sei mesi a due anni, o un



¹⁷ In: <http://www.osservatorioantisemitismo.it/articoli/progetto-di-legge-per-introdurre-pene-piu-severe-per-chi-propaganda-idee-del-regime-fascista/> [25.4.2016]

¹⁸ Il testo della proposta è in: Camera dei deputati - Proposta di legge N. 3295, 9.9.2015 - Marco di Maio, Arlotti, Lattuca e altri. Modifica all'articolo 4 della legge 20 giugno 1952, n. 645, al fine di vietare la produzione, la distribuzione, la diffusione e la vendita di beni mobili raffiguranti immagini o simboli del disciolto partito fascista. http://www.camera.it/_dati/leg17/lavori/stampati/pdf/17PDL0034950.pdf [25.4.2016]

aggravio di un terzo alla medesima pena se il reato è compiuto con strumenti telematici o informatici, a chiunque,

propaganda le immagini o i contenuti propri del partito fascista o del partito nazionalsocialista tedesco, ovvero delle relative ideologie, anche solo attraverso la produzione, distribuzione, diffusione o vendita di beni raffiguranti persone, immagini o simboli a essi chiaramente riferiti, ovvero ne richiama pubblicamente la simbologia o la gestualità.

(<http://www.osservatorioantisemitismo.it/articoli/progetto-di-legge-per-introdurre-pene-piu-severe-per-chi-propaganda-idee-del-regime-fascista/> [25.4.2016])

La motivazione di tale richiesta è connessa appunto alla constatazione che né la Costituzione, né la legge Scelba sanzionano in maniera esplicita il saluto romano o la vendita di gadget, souvenir o tagliandetti ispirati al fascismo e alla sua ideologia.

Come ben sintetizza il giornalista Maurizio Viroli del Fatto quotidiano, inoltre,



Di tutti gli argomenti che possono essere invocati per non approvare la proposta di legge, il peggiore è quello dell'innocente folklore. Acquistare a Predappio un bel completino per i bimbi con tanto di fascio o brindare con vino ornato da un'immagine del duce, sono atti né innocenti né innocui, bensì offese inaccettabili alla memoria delle vittime del fascismo e alla coscienza morale. (<http://www.osservatorioantisemitismo.it/articoli/progetto-di-legge-per-introdurre-pene-piu-severe-per-chi-propaganda-idee-del-regime-fascista/> [25.4.2016])

Contemporaneamente è stato presentato anche un secondo disegno di legge dal deputato Emanuele Fiano¹⁹. Nel caso specifico viene richiesto ancora una volta che il reato di apologia sia inserito nel codice penale e non solo all'interno della legge Scelba, ovvero creando una norma che punisca, "come reati specifici nel codice penale tutti i reati di riproduzione di atti, linguaggi e simboli dell'allora partito fascista."²⁰

Se le due proposte riusciranno a diventare in effetti legge dello Stato, finalmente anche in Italia sarà proibito utilizzare immagini di passate dittature a fini meramente economici. In altre parole il Parlamento è finalmente chiamato a dimostrare di non tollerare ancora a lungo questi fenomeni vergognosi.

Riferimenti iconografici

Figura 1 - Cervia, vetrina di un negozio del centro - Foto Fabio Longoni - 24.8.2015.

Figura 2 - Cervia, lapide ai caduti partigiani - Foto Fabio Longoni - 24.8.2015.

¹⁹ In: http://www.adnkronos.com/fatti/cronaca/2016/01/16/fascismo-parlamento-due-proposte-legge-contro-souvenir-cimeli-saluto-romano_KU2uKjKR88uY-gzvVmIWeO.html [25.4.2016]

Il testo della proposta è in: Camera dei deputati - Proposta di legge N. 3343, 2.10.2015 - Fiano Emanuele e altri. Introduzione dell'articolo 293-*bis* del codice penale, concernente il reato di propaganda del regime fascista e nazifascista. In: http://www.camera.it/_dati/leg17/lavori/stampati/pdf/17PDL0034860.pdf [25.4.2016]

²⁰ In: http://www.adnkronos.com/fatti/cronaca/2016/01/16/fascismo-parlamento-due-proposte-legge-contro-souvenir-cimeli-saluto-romano_KU2uKjKR88uY-gzvVmIWeO.html [25.4.2016]

Die Aufarbeitung der Folgen der letzten Diktatur in Argentinien vierzig Jahre nach dem letzten Staatsstreich

Roberto BEIN, Buenos Aires

Einführung

Am 22. November 2015 fand in Argentinien die Stichwahl für die Präsidentschaft statt; sie wurde von Mauricio Macri von der konservativen Allianz Cambiemos mit 51,4% gewonnen. So kam zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte die politische Rechte durch eine Wahl und nicht durch die Waffen an die Regierung.¹

Am nächsten Tag veröffentlichte die Zeitung *La Nación*, seit jeher Vertreterin der Interessen der Oberschicht, einen Leitartikel, in dem sie indirekt die Militärdiktatur 1976-1983 rehabilitierte; der Titel lautete „Keine Rache mehr“², womit sie sich auf die Prozesse gegen die Militärs und Zivilisten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten, bezog. Der Artikel war nicht unterschrieben, was bedeutete, dass er die Ideen der Besitzer von *La Nación* darstellte. Auffallend waren weder der Inhalt, der die Leitlinie der Zeitung kohärent widerspiegelte, noch die Gegenreaktion der Menschenrechtsorganisationen und der Mehrzahl der politischen Parteien, sondern der Zeitpunkt (weil der Artikel als eine Botschaft an die nächste Regierung ausgelegt wurde), und die Ablehnung des Personals der Zeitung selbst, einschließlich die der sehr konservativen Chefredakteure.³

Aus dieser Reaktion könnten wir schließen, dass in der Bewertung der Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten eine irreversible Stellungnahme in der Mehrzahl der argentinischen Bevölkerung stattgefunden hat, sogar unter

¹ Man kann diskutieren, ob das nicht auch schon mit dem Sieg von Carlos Menem 1989 und vor allem mit seiner Wiederwahl 1995 geschah; aber, obwohl seine Wirtschaftspolitik dann zunehmend neoliberal wurde, siegte Menem als Vertreter des Peronismus, mit all seiner ideologischen Mehrstimmigkeit.

² Alle Übersetzungen ins Deutsche stammen von mir (R.B.).

³ Das Personal veranstaltete eine Versammlung, von der sie ein Foto und eine Erklärung verbreiteten. Die Zeitung sah sich gezwungen, sie zu veröffentlichen und über die Entrüstung, die der Leitartikel in weiten Kreisen und unter dem eigenen Personal hervorrief, zu berichten.

denen, die früher die Diktatur unterstützten. Das trifft zum Teil zu, und zu diesem Wandel hat die Tätigkeit der Menschenrechtsorganisationen, allen voran die der *Madres* und der *Abuelas de Plaza de Mayo*, viel beigetragen, sowie die schulische, akademische und öffentliche Ausarbeitung des Themas. Im Folgenden wollen wir die Etappen⁴ dieses Prozesses darstellen und nach den Erfolgen und Grenzen dieser Tendenz fragen.

Vier Etappen

Man kann die Aufarbeitung in vier Etappen teilen: 1983-1989 (Wiederherstellung der Demokratie), 1989-2003 (Neoliberalismus und stärkste Wirtschafts- und politische Krise), 2003-2015 (Präsidentschaften von Néstor und Cristina Kirchner) und die Jetztzeit, obwohl man nicht vergessen darf, dass schon während der Militärdiktatur (1976-1983) der Widerstand, vor allem der der *Madres de Plaza de Mayo*, nicht nur eine neuartige Kampfweise für die (praktisch immer vergeblichen) Auffindung der Entführten (*desaparecidos*)⁵ begonnen hatte, sondern auch eine neue Form, sich selbst als Teil dieses Kampfes zu begreifen⁶, die weiterhin einen großen Einfluss hat, wie ihn heute auch die *Abuelas de Plaza de Mayo* haben.⁷

1. Die Wiederherstellung der Demokratie

Die Militärdiktatur 1976-1983, die grausamste der Geschichte Argentiniens, hinterließ Tausende Tote und *desaparecidos* auf Grund der Repression, sowie

⁴ Für diese Periodisierung (sowie für viele andere Angaben) gehen wir von Zysman (2015) aus.

⁵ Der Ausdruck „desaparecido“ ging in der argentinischen Bedeutung in die politische Sprache ein, sogar außerhalb des spanischen Sprachraums. Er bedeutet nicht einfach „Verschwundener“, sondern eine von den Sicherheitskräften illegal entführte Person, die nie wieder gefunden wurde; man nimmt an, dass praktisch alle „desaparecidos“ umgebracht wurden.

⁶ So erklärte Hebe de Bonafini, Vorsitzende der Madres de Plaza de Mayo: „Wir sind von unseren Kindern geboren worden“ (Gorini, 2006: 21 ff.). Sie waren auf Grund ihrer Kinder zu Aktivistinnen geworden; außerdem verstanden sie die Mutterschaft nicht nur individuell, sondern vor allem kollektiv und als Generation.

⁷ Die Großmütter suchen und finden weiterhin ihre Enkelkinder, die in Gefangenschaft geboren wurden und die nach der Ermordung ihrer Eltern anderen Leuten (Militärs, Polizisten u.a.) in Adoption gegeben wurden, wie es schon 1985 im argentinischen Film *Die offizielle Geschichte* dargestellt wurde. Bisher haben die Großmütter 119 Enkelkinder, die jetzt 35 bis 40 Jahre alt sind, wieder gefunden.

hunderte Gefallene und Kriegsversehrte im verlorenen Malwinenkrieg (1982) und eine wirtschaftlich katastrophale Lage. Im Jahre 1983 wurden die politischen Parteien zwecks Wahlen nach sieben Jahren wieder erlaubt. Der als Sieger hervorgegangene Präsident Raúl Alfonsín, der Unión Cívica Radical⁸, nahm sich vor, mit diversen Initiativen die Geltung der Demokratie und der Menschenrechte wieder herzustellen. Gleich nach der Amtsübernahme ordnete er an, dass die Militärjuntas, die die verschiedenen Regierungen der Diktatur gebildet hatten, vor Gericht gebracht wurden, und er schuf die Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen (CONADEP, nach ihrer spanischen Abkürzung) um die Anzeigen zu registrieren und zu ordnen. Die CONADEP veröffentlichte 1984 den Bericht *Nunca más* („Nie wieder“) in Buchform und die Oberbefehlshaber wurden 1985 verurteilt. Danach gab es noch einige Aufstände, da die Militärs von der Militärjustiz gerichtet werden wollten. Dass sie dennoch akzeptierten, dass im Februar 1987 sechs Admiräle von der Ziviljustiz festgenommen wurden, war „ein seit dem Staatsstreich 1930 noch nie dagewesenes Ereignis“ und bewies, dass „das Kräfteverhältnis durch keinen metaphysischen Determinismus vorbestimmt, sondern täglich von konkreten Aktionen der Menschen und Institutionen aufgebaut wird“ (Verbitsky 1987: 341). Der Regierung war es klar, dass man keine Zukunft aufbauen kann, wenn man die Vergangenheit annulliert. Diese Initiativen wirkten sich sehr stark im gesellschaftlichen Bewusstsein des während der Diktatur Geschehenen aus; die Entrüstung wurde auch unter denjenigen allgemein, die sagten, dass sie nichts von den Entführungen, Folterungen, Morden und Kinderraub gewusst hatten.

Aber die Form, in der diese Erinnerung aufgebaut wurde, war die „Theorie der beiden Dämonen“: Sowohl der Bericht *Nunca más* als auch diverse Maßnahmen und Erklärungen gingen von der Haltung aus, dass hier ein Krieg zwischen den Streitkräften, deren damalige Befehlshaber eine illegale und irrationale Gewalt anwandten, und „subversiven“, gleichermaßen gewalttätigen, irrationalen und antidemokratischen Gruppen stattgefunden hatte. Und obgleich die Chefs der Streitkräfte stärker verurteilt wurden, weil sie die illegalen Taten von der Staatsgewalt aus durchführten und ihre Handlungen viele Tausende Opfer verursachten, wurde die Konfrontation dargestellt, als ob sie sich vor allem zwischen diesen beiden Akteuren entfaltet hätte, und als ob der Großteil der Gesellschaft unschuldig ins Kreuzfeuer zwischen diesen beiden „Dämonen“ geraten wäre. Man schwieg also über die Tatsache, dass die argentinische

⁸ Die Unión Cívica Radical ist seit über hundert Jahren eine Partei des politischen Zentrums, die meist die Interessen der Mittelschicht vertrat. Seit 1916 gehörten dieser Partei mehrere der demokratisch gewählten Präsidenten an.

und die anderen lateinamerikanischen Diktaturen einem Gesellschafts- und Wirtschaftsprojekt entsprachen, das nur mit Repression durchzusetzen war, die nicht nur gegen Angehörige der Guerilla-Organisationen angewandt wurde, sondern auch gegen Arbeiter, Journalisten, Studierende, Rechtsanwälte, Priester usw.

Die Streitkräfte waren jedoch der Ansicht, dass die Gesellschaft sie beauftragt habe, einen Krieg gegen die „marxistische Subversion“ zu führen, den sie – im Gegensatz zum Malwinenkrieg – gewonnen hatten, dass sie höchstens einige Fehler und „Exzesse“ begangen hatten, und übten Druck auf die Regierung bezüglich ihrer Lage aus. Die Regierung gab teilweise nach: 1986 wurde das „Gesetz des Schlusspunktes“ verabschiedet, wodurch alle Fälle verjährten, die nicht innerhalb der folgenden 60 Tage vor Gericht gebracht wurden. Aber da sich in diesen 60 Tagen die Anzahl der Anzeigen vervielfachte, erhob sich zu Ostern 1987 eine Gruppe Militärs gegen die Regierung. Präsident Alfonsín musste den Rebellen Zugeständnisse machen, u.a. das „Gesetz der Gehorsamspflicht“, wodurch alle Offiziere und Soldaten, deren Rang geringer als Oberst war, von Prozess und Strafe ausgeschlossen wurden, weil sie von der Annahme profitierten, dass sie in Folge von Befehlen ihrer Vorgesetzten gehandelt hatten. Dieses und andere Zugeständnisse unterhöhlten das Fundament der Regierung Alfonsíns, der sein Amt auf Grund einer Hyperinflation, die in Plünderungen ausartete, einige Monate vor Ende seiner Regierungsperiode an seinen Nachfolger abgeben musste.

Diese Unschlüssigkeit der Regierungspartei schlug sich auch in ihren Ideen zur Konkretisierung der Demokratie in der Praxis nieder. So bemühte sie sich einerseits um die Festigung der Demokratie, nicht nur durch die Schaffung der CONADEP, durch den Prozess gegen die Militärjuntas und durch die Thematisierung der Menschenrechte, sondern auch durch Erziehungsmaßnahmen: Nach über einem Jahrhundert wurde der (zweite) Nationale Pädagogische Kongress einberufen, die Anzahl der Sekundarschüler (8. bis 12. Schuljahr) stieg stark an, die Inhalte des Faches Bürgerkunde wurden erneuert, an den Universitäten wurde die dreiteilige Verwaltung mit Vertretern der Professoren, der Abgänger und der Studierenden wiederhergestellt, und auch an den Sekundarschulen wurde das Entstehen von Schülervertretungen zwecks Schaffung eines teilnehmenden Bürgerbewusstseins vorangetrieben. Außerdem fasste die Unión Cívica Radical die Demokratie fast als ein Wirtschafts- und politisches Programm auf, als eine integrale Lösung für das Land:

Wir werden in Freiheit leben. Darüber darf kein Zweifel bestehen. Auch nicht darüber, dass diese Freiheit dazu dienen wird aufzubauen, zu

schöpfen, zu produzieren, zu arbeiten, Gerechtigkeit zu verlangen – die gesamte Gerechtigkeit, die der allgemeinen und die der sozialen Gesetze – , Ideen zu vertreten, sich zur Verteidigung der Interessen und legitimen Rechte des ganzen Volkes und die jeder einzelnen Gruppe zu organisieren. Zusammenfassend, um besser zu leben; da, wie wir es oft während der Wahlkampagne gesagt haben, wir Argentinier aus den tragischen Erfahrungen der letzten Jahre gelernt haben, die Demokratie ein noch höherer Wert ist als bloß der einer Form der Rechtmäßigkeit der Macht, weil man mit der Demokratie nicht nur wählt, sondern auch isst, erzieht und heilt.

Raúl Alfonsín, Antrittsrede als Präsident, 10. Dezember 1983

Aber gleichzeitig stellten die Gesetze des Schlüsselpunktes und der Gehorsamspflicht Rückgänge dar; auch die Geschichtsbücher für die Sekundarschule wurden kaum erneuert⁹, und die Perspektive der „beiden Dämonen“ bewirkte, dass der Impuls, weiterhin die Gräueltaten der Diktatur bewusst zu machen, vor allem von den Menschenrechtsorganisationen, die auf diesem Gebiet zunehmend mit der Regierung konfrontierten, ausging.

2. Neoliberalismus, Begnadigungen, Reaktion und tiefste Krise

Der Peronismus, der 1983 u.a. besiegt worden war, weil die Unión Cívica Radical und die Persönlichkeit Alfonsíns stärker der Gewaltlosigkeit und der Demokratisierung anzuhängen schien, siegte 1989 mit dem Präsidentschaftskandidaten Carlos Menem, nicht nur wegen der Wirtschaftskrise mit der erwähnten Hyperinflation (3079% im Jahre 1989, cf. Gerchunoff/Llach 2003: 415ff.), sondern auch, weil ein Teil des demokratischen Gedankenguts der Unión Cívica Radical vom Peronismus übernommen worden war, hauptsächlich von der sog. „renovación peronista“, also der „peronistischen Erneuerung“, einer Strömung, zu der Menem wechselhafte Beziehungen unterhielt (Podetti e.a. 1988: 42). Um die Hyperinflation zu stoppen, die 1990 noch 2314% betrug, entschied sich die Regierung 1991 für den „Konvertibilitätsplan“, der den Kurs ein Peso = ein Dollar festsetzte, sowie für die Wirtschaftsrichtlinien des *Washington Consensus*: Budgetdisziplin, Auslandsverschuldung,

⁹ Wie es Nadia Zysman (2015: 92ff.) ausführlich erklärt, wurde darin die Regierung von Isabel Perón (1974-76) als Chaos dargestellt; die Streitkräfte erschienen dagegen als neutraler, emsiger, unpolitischer Bürge der sozialen Ordnung, der mit keinerlei korporativen, politischen oder wirtschaftlichen Interessen zu tun hat.

Privatisierung der Staatsgüter, Freihandel ohne Einschränkungen usw. Anfangs ging die Inflation dadurch drastisch zurück, aber es mussten auch hunderte Fabriken und Werkstätten schließen, die Arbeitslosigkeit vervielfachte sich, es traten zunehmend Schwierigkeiten für die Ausfuhr auf und das Gros der Bevölkerung verarmte; die Gehälter wurden nur als Produktionskosten betrachtet. Um mit diesem neoliberalen Wirtschaftsplan vor allem unter den potenziellen Investoren Vertrauen zu erwecken, meinte die Regierung, dass sie ein in Frieden mit seiner Vergangenheit lebendes Land vorstellen müsse: Die Devise der Stunde war die nationale Versöhnung. Menems charismatische Persönlichkeit schien dafür besonders geeignet: Er hatte 1989 seine dritte Amtszeit als Gouverneur der Provinz La Rioja niedergelegt, um die Präsidentschaft zu übernehmen; 1957 hatte er die Peronistische Jugend seiner Provinz gegründet, war 1973 zum ersten Male zum Provinzgouverneur gewählt, 1976 von der Diktatur abgesetzt und bis 1981 in Haft gehalten worden. Dennoch schlug er sofort nach seiner Amtsübernahme einen rechtspolitischen Kurs ein und ernannte sogar Domingo Cavallo zum Wirtschaftsminister, der ein hoher Beamter der Diktatur gewesen war und das neoliberale Programm treu ausführte.¹⁰

In den Jahren 1989 und 1990 erließ Menem eine Reihe von Begnadigungen für angeklagte Militärs, die nicht von den Amnestie-Gesetzen begünstigt worden waren, sowie für führende Mitglieder der Guerilla-Organisationen. Die Begnadigungen gipfelten in den Straferlässen für Jorge Rafael Videla und für die anderen Oberkommandanten, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden waren, sowie für Mario Eduardo Firmenich, Führer der peronistischen Guerilla Montoneros, und auch für José Alfredo Martínez de Hoz, den wichtigsten Wirtschaftsminister der Diktatur. Hiermit versuchte er eine Synthese und Überwindung der beiden „Dämonen“ zu erreichen. Die Menschenrechtsorganisationen verlangten zwar weiterhin sehr aktiv die Aufklärung der Verbrechen der Diktatur und leisteten darüber Aufklärungsarbeit für die neuen Generationen, aber in der Öffentlichkeit fanden diese Probleme weniger Beachtung, bis zwei Terroranschläge in Buenos Aires erfolgten: 1992 gegen die israelische Botschaft und 1994 gegen das jüdische Gemeindezentrum AMIA. Das Attentat gegen die Botschaft verursachte 29 Tote und die Teilzerstörung einer katholischen Schule sowie anderer Häuser, aber es war das Bombenattentat gegen die AMIA, eine hundertjährige Institution im Stadtkern von Buenos Aires, bei dem 85 Juden und Nichtjuden umkamen, das die Öffentlichkeit in größte Aufruhr

¹⁰ Gabriela Cerruti (1993: 275) beweist, dass die Kontakte Menems zu den Großunternehmen schon während der Wahlkampagne begonnen hatten.

versetzte, sowohl seiner Grausamkeit wegen, als auch wegen seines unbekannt-ten Ursprungs, der Wahl Argentiniens als Ziel, der Methodik und der Erinnerung an die Gewalt während der Diktatur.

Im Jahre 1995 gab außerdem ein ehemaliger Korvettenkapitän, Adolfo Scilingo, gegenüber dem Journalisten Horacio Verbitsky zu, an den „Todesflü-ge“ teilgenommen zu haben. Diese Flüge, die von der Mechanikerschule der Marine (ESMA)¹¹ ausgingen, bestanden darin, dass man die Gefangenen mit einer Spritze betäubte, sie entkleidete und dann vom Flugzeug aus lebendig ins Meer warf. Verbitsky hob auch die Beihilfe von Würdenträgern der katholi-schen Kirche hervor, sowie das anhaltende Schweigen der Marine und die po-litische Spekulation der Menem-Regierung, die sich aus Scilingos Erklärung ergaben (Verbitsky 1995: 9, 22ff., 41). Zusammen mit anderen Aussagen führte sie zu einer Neubelebung der Diskussion über die Diktatur. Es wurde der Ver-ein „H.I.J.O.S.“, Akronym von „Hijos e hijas por la identidad y la justicia, contra el olvido y el silencio“ („Söhne und Töchter für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und das Schweigen“) gegründet. Er defi-niert sich selbst als

ein Verein, den wir 1995 gebildet haben, ausgehend von der Motivation uns zu treffen, den Kampf unserer Eltern und ihrer Genossen zu rechtfertigen, unsere geraubten Geschwister zu suchen, gegen die Straffreiheit zu kämpfen. Nach über 18 Jahren kämpfen wir weiter, damit alle Völkermörder der letzten Zivil- und Militärdiktatur, ihre Komplizen, Anstifter und Nutznießer zu allgemeiner, lebenslänglicher und wirksamer Haft verurteilt werden. H.I.J.O.S. ist eine Organisation, die im ganzen Land existiert und Zweigstellen in 16 Städten im Ausland hat; sie wird gebildet von Kindern von Verhafteten-Verschwundenen, Ermor-deten, ehemaligen politischen Gefangenen, Exilanten, ehemaligen Verhafteten-Verschwundenen und auch von anderen Kameraden, die keine direkte Repression der letzten zivilen und militärischen Diktatur in ihrer eigenen Familie erlitten, aber die begreifen, dass wir alle Kinder einer gleichen Geschichte sind.¹²

¹¹ Die ESMA diente 1976 bis 1983 gleichzeitig als Geheimgefängnis und Folterzentrum der Marine.

¹² Siehe: http://www.hijos-capital.org.ar/index.php?option=com_content&view=article&id=20&Itemid=326 [15.2.2016].

Hierbei treten zwei neue Elemente auf: Einerseits begleitet jetzt nicht nur eine neue Generation, die der ab 1970 Geborenen, zwei frühere Generationen in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit, sondern sie nimmt auch aktiv mit einem eigenen Verband daran teil; andererseits rechtfertigen und verteidigen diese Aktivisten ausdrücklich „den Kampf unserer Eltern und ihrer Genossen“, der bis damals nur im Diskurs der Madres de Plaza de Mayo angesprochen wurde. Ganz klar sagen sie deshalb: „Es gab keine zwei Dämonen; es gab einen terroristischen Staat“, wie vor kurzem ein Artikel ihrer Publikation lautete. Außerdem machten sie sichtbar, dass die Schuldigen „unter uns“ leben, indem sie vor den Häusern, in denen nicht verurteilte Militärs wohnten, Protestaktionen unternahmen und Graffitis an die Wände malten.

Auch die Veteranen des Malwinenkrieges, die „anderen“ Opfer der Diktatur, erhoben zunehmend starke Proteste. Die verschiedenen demokratischen Regierungen gewährten ihnen eine bescheidene wirtschaftliche Unterstützung, aber viele von ihnen waren in eine arbeits- und gesundheitsmäßig missliche Lage geraten; fast keiner genoss eine psychologische Behandlung und mehrere nahmen sich das Leben.

Ein weiterer Faktor, der die Debatte über die Diktatur in einer von der Regierung bestimmt nicht gewollten Richtung entfachte, war die Schulreform. Obschon diese Reform, die im Bundeserziehungsgesetz aus dem Jahre 1993 festgelegt worden war, dem Geiste des Neoliberalismus und den Weisungen der Weltbank Folge leistete, führte sie zur Ausarbeitung neuer Schulbücher, u.a. neuer Bücher zur argentinischen Geschichte. Daran nahmen nicht regierungstreue akademische Historiker teil, die eine neue und wissenschaftlichere Perspektive darboten: Statt der traditionellen politischen Schilderung, die ausschließlich auf Ereignissen gründete, schloss die neue historiografische Perspektive die wirtschaftliche und soziale Geschichte ein (s. Zysman 2015: 148). Man intensivierte auch den Bericht *Nunca más* als Schullektüre, und 1996 wurde in der Stadt Buenos Aires der 16. September als Tag der Rechte des Sekundarschülers als Erinnerung an die „Nacht der Bleistifte“ eingeführt.¹³

Außerdem war im März 1994 der Rekrut Omar Carrasco zum Deserteur erklärt worden; einen Monat später wurde sein Leichnam in der Kaserne gefunden. Daraufhin beschloss die Regierung im August 1994 die Wehrpflicht abzuschaffen. Obwohl vielleicht auch andere Faktoren (Budget-, politische

¹³ Am 16. September 1976 entführe die Diktatur zehn Sekundarschüler, die in La Plata, der Hauptstadt der Provinz Buenos Aires, eine ermäßigte Schülerfahrkarte verlangt hatten. Vier der Schüler überlebten; die anderen sechs wurden nach schrecklichen Folterungen erschossen.

Gründe) den Entschluss beeinflussten, erschien die Maßnahme vor der Öffentlichkeit als eine Reaktion im Sinne der Verteidigung der Menschenrechte, da sie den Militärs die „Disziplinierung“ der jungen Männer entzog.

Während der zweiten Präsidentschaftsperiode Menems (1995-1999), als außerdem die Folgen der Wirtschaftspolitik (Zunahme der Arbeitslosigkeit, Rückgang der Kaufkraft, Anwachsen der Auslandsschuld usw.) stärker sichtbar wurden, wurde die erheischte „nationale Versöhnung“ also bei weitem nicht erreicht, sondern im Gegenteil mit Initiativen derjenigen Kreise konfrontiert, die alle Teilnehmer am Staatsterror verurteilen wollten und in einigen Fällen sogar den – teilweise bewaffneten – politischen Aktivismus der siebziger Jahre verteidigten.

Unter der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa (1999-2001), der dem rechten Flügel der Unión Cívica Radical angehörte, verschärfte sich die sozio-ökonomische Krise, die außer Kontrolle geriet; die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten überstiegen die 38%; der wieder ernannte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo verfügte am 3. Dezember 2001, dass man ein Maximum von \$ 250,- pro Woche von den Banken abheben könne. Die Protestaktionen schlossen nun auch die Mittelschicht ein, am 20. Dezember fanden trotz des Belagerungszustands massive Demonstrationen im ganzen Land statt, die Regierung antwortete mit Repression, die Sicherheitskräfte töteten 39 Personen; am nächsten Tag trat der Präsident zurück und floh in einem Hubschrauber vom Dach des Regierungsgebäudes.¹⁴ Diese Repression mit Toten erweckte bei den Erwachsenen die Erinnerung an die Diktatur, und unter den Jugendlichen festigte sie die Überzeugung, ein solches Regime nie wieder zu dulden. Während anderthalb Jahren, bei Staatsbankrott, Millionen Arbeitslosen und Verarmten und einer ersten Neuordnung der Wirtschaft, wurde die Debatte über den Staatsterror zweitrangig. Aber im Juni 2002 „befreite“ die Polizei eine Brücke, die *piqueteros*¹⁵ blockiert hatten, erschoss dabei zwei Demonstranten und verletzte weitere 33 durch Schüsse mit Metallkugeln. Deshalb musste der interimistische Präsident Duhalde als der politisch Verantwortliche für die Repression die Wahlen sechs Monate vorziehen und seinem Nachfolger das Amt am

¹⁴ Danach hatte Argentinien bis zum 1. Januar 2002 drei interimistische Präsidenten. Am 2. Januar 2002 übernahm das Amt dann Eduardo Duhalde, ein einflussreicher peronistischer Senator, ehemaliger Vizepräsident und Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der 1999 die Wahl verloren hatte.

¹⁵ *Piqueteros*: Demonstranten, die gegen die soziale Situation (niedrige Gehälter, Arbeitslosigkeit, Zwangsräumungen usw.) protestieren, indem sie (Land)Straßen oder Brücken blockieren.

25. Mai statt am 10. Dezember 2003 übergeben, was beweist, dass die Gesellschaft eine solche Repression auch damals nicht duldete.

Dritte Etappe: Der Kirchnerismus¹⁶

In der Präsidentschaftswahl 2003, in der der Peronismus in drei Fraktionen gespalten auftrat, siegte Carlos Menem in der ersten Wahlrunde mit 24% der Stimmen; zweiter wurde Néstor Kirchner, ein wenig bekannter Gouverneur einer patagonischen Provinz, mit 22%; aber Menem verzichtete auf die Stichwahl, weil alle Umfragen seine Niederlage voraussagten. Mit diesen 22% musste nun Kirchner den institutionell völlig geschwächten Staat wieder aufbauen. Dazu nutzte Kirchner geschickt den Willen der Mehrzahl der Bevölkerung, die Institutionen der Republik wieder zu stärken. Er handelte die Auslandsschuld neu aus, ordnete die Staatsfinanzen und begann die mittellosen Familien mit Staatsgeldern zu unterstützen. Seine Politik gründete auf einem konfrontativen Diskurs gegen den Neoliberalismus und die großen Finanzmächte; er betonte gleichzeitig die lateinamerikanische Einheit¹⁷, sprach von einem sozial orientierten Wirtschaftsmodell und legte von Anfang an Nachdruck auf den Schutz der Menschenrechte als Staatspolitik. Seine erste Maßnahme im Jahre 2003 war die Amtsenthebung der militärischen Führungsspitze; danach veranlasste er, dass die Straffreiheitsgesetze für ungültig erklärt wurden; 2005 erklärte der Oberste Gerichtshof, dass jene Gesetze verfassungswidrig waren, wodurch neue Gerichtsverfahren im Falle unverjährbarer Verbrechen, wie Kinderraub und Identitätssubstitution, initiiert werden konnten; im Jahre 2007 wurden schließlich die von Menem erlassenen Begnadigungen für ungültig erklärt. Einen hohen Symbolwert hatte auch der Befehl Kirchners an den Heereschef bei der Gedenkfeier des 24. März 2004 (Jahrestag des Staatsstreiches 1976) in einer Militärschule, die Bilder der Diktatoren Jorge Rafael Videla und Reynaldo Bignone

¹⁶ Die Nachfolgerin von Néstor Kirchner (Präsident 2003-2007), war seine Frau, die Senatorin Cristina Fernández de Kirchner (Präsidentin 2007-2011 und 2011-2015). Néstor Kirchner starb im Jahre 2010.

¹⁷ Fast alle lateinamerikanischen Regierungen intensivierten auch eine neue gemeinsame Politik, nicht nur auf dem Gebiet der Menschenrechte, sondern auch was Politik, Wirtschaft und Kultur betraf. So wiesen sie zusammen den von George W. Bush vorgeschlagenen Amerikanischen Freihandelsverband (*Asociación de Libre Comercio de las Américas*, ALCA) zurück. Diese Regierungen und ihre PräsidentInnen Luis Inácio Lula da Silva, Hugo Chávez, Rafael Correa, Michelle Bachelet, Fernando Lugo, Evo Morales, José Mujica und Néstor und Cristina Kirchner standen sich alle ideologisch nahe; sie unterhielten auch gute Beziehungen zur kubanischen Regierung.

abzuhängen. Durch diese vom Fernsehen übertragene Szene sprach sich erstmalig eine Regierung klar gegen die Theorie der beiden Dämonen aus, und sie bedeutete auch, dass es nie eine Rechtfertigung für den Terror, den der Staat während der Diktatur ausgeübt hatte, geben könne. Außerdem symbolisierte der Befehl, dass die demokratisch gewählte Zivilmacht über der Militärmacht stand. Bei einer Gedenkfeier vor der Mechanikerschule der Marine (siehe Fußnote 11 und <http://www.espaciomemoria.ar/>) bat Kirchner im Namen des Staates um Vergebung für die Opfer des Staatsterrors und verwandelte die ESMA in den *Espacio de la Memoria* („Raum der Erinnerung“), in dem heutzutage das nationale Archiv des Staatsekretariats für Menschenrechte untergebracht ist und verschiedene Organisationen Bewusstseinsmachungs- und Kulturaktivitäten veranstalten.

Die Regierung übernahm also den Diskurs, der vorher fast nur von den Menschenrechtsorganisationen ausgegangen war, einschließlich der Rechtfertigung des Aktivismus der siebziger Jahre und der Anklage gegen die Zivilisten, die hohe Beamte der Militärregierung waren oder am Staatsterror teilnahmen. Man versuchte die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass das Ziel der lateinamerikanischen Diktaturen die Durchführung eines Wirtschaftsplans war, den man nur mit Repression durchsetzen konnte. Es bildete sich auch ein neuer Jugendaktivismus, vor allem im Peronismus, aber auch in anderen Parteien. Diese Jugendgruppen, die meist dem linken Flügel ihrer Parteien angehören, setzen sich besonders stark für die Ablehnung jeglicher Diktatur und die Verteidigung der Menschenrechte ein.

Seitens der Regierung, aber auch der (weiter) linken Parteien und diverser NGO, darunter die traditionellen Menschenrechtsorganisationen, fand in den folgenden Jahren, vor allem während der Präsidentschaft Cristina Kirchners, eine Erweiterung des Begriffs der Menschenrechte statt: Neben der Ablehnung des Staatsterrors und der Methoden der Diktatur begann man auch soziale Rechte, wie das Anrecht auf ein würdiges Leben, auf Erziehung und Gesundheit, sowie die Gender-Rechte und die Rechte der ethnischen und sexuellen Minderheiten zu den Menschenrechten zu zählen. Deshalb wurden u.a. Pläne für diese Bedürfnisse geschaffen, wie u.a. die allgemeine Unterstützung pro Kind (eine Geldsumme für jedes minderjährige Kind, das beweisbar eingeschult ist) und ein umfangreiches kostenloses Impfungsprogramm; die – noch nicht sehr weit entwickelte – Einführung der interkulturellen bilingualen Erziehung, besonders für indigene Minderheiten; die gleichgeschlechtliche Ehe wurde gesetzlich genehmigt, das Nationale Institut gegen die Diskriminierung sowie Institutionen für geschlagene Frauen geschaffen, Kampagnen gegen Menschenhandel veranstaltet usw.

Dieser erweiterte Begriff der Menschenrechte fand in der Sprache seinen Niederschlag. So wurde nicht mehr von „Militärdiktatur“ sondern von „zivil-militärischer Diktatur“ [„dictadura cívico-militar“] gesprochen; statt „Homosexuellenehe“ steht im Gesetz „egalitäre Ehe“; man spricht nicht mehr von geistig oder körperlich Behinderten, sondern von Personen „mit anderen Fähigkeiten“. Man begann auch – wie im Deutschen – die Genera in den allgemeinen Pluralformen zu unterscheiden, also „Bürger und Bürgerinnen“ usw. Zwar sprachen frühere Präsidenten schon von „Männer und Frauen meines Vaterlandes“ und Carlos Menem benutzte die im Spanischen religiös klingende Formel „Brüder und Schwestern“; aber diese Redewendungen betrafen nicht das morphologische Phänomen des allgemeinen Plurals. Der Gebrauch von *todos y todas* („alle_{maskulin}“ und „alle_{feminin}“) war besonders eklatant im Diskurs von Cristina Kirchner, so dass seine Anwendung eine Art Sympathiekundgebung zu ihrer Politik symbolisiert, obschon die Formel nicht nur in Argentinien, sondern im politisch korrekten Diskurs vieler Länder auftritt.

Vierte Etappe: Die Gegenwart

Am Anfang des Artikels hatten wir behauptet, dass die Reaktion der Redakteure von *La Nación* zu beweisen schien, dass in den vierzig Jahren, die seit dem Beginn der letzten Diktatur verstrichen sind, die argentinische Gesellschaft einige Werte definitiv gefestigt hat, wie das Ablehnen der Diktaturen und des Staatsterrors. Natürlich gibt es Ultrarechte, die sich nach dem „Krieg gegen die Subversion“ sehnen; auch die Haltung einiger rechtsstehender Politiker, die die fortschrittlichen Kräfte mit dem Chaos und dem Mangel an Werten identifizieren, ist zweideutig. Selbst in der jetzigen Regierung scheint es Meinungsverschiedenheiten darüber zu geben: Während im nationalen Erziehungsministerium angeblich den Verfassern der Schultexte zum 40. Jahrestag des Staatsstreiches empfohlen wird, dass sie einige Ausdrücke „entschärfen“ sollen (dass sie z.B. von „Militärregime“ statt von „Diktatur“ sprechen), versicherte der Staatssekretär für Menschenrechte, dass es „keine zwei Dämonen gab, weil die Menschenrechte immer von den Staaten verletzt werden“ (Télam, offizielle Nachrichtenagentur, 6.2.2016) und desavouierte den Kultursekretär der Stadtregierung von Buenos Aires, der die Zahl von 30.000 *desaparecidos* unbegründet und unangebracht in Frage stellte (die Stadtregierung erhielt daraufhin Briefe mit Tausenden Unterschriften, die seinen Rücktritt verlangten). Dagegen empfing Präsident Macri erst am 22.2.2016 die Menschenrechtsorganisationen (die wiederholt um Audienz gebeten hatten), zwei Tage vor dem Staatsbesuch des französischen Präsidenten François Hollande, mit dem diese Organisationen

auch ein Treffen vereinbart hatten. Obschon die Organisationen positiv bewerteten, dass das Treffen mit Macri endlich stattfand, traten gewichtige Meinungsverschiedenheiten ans Licht, vor allem, was die Entlassung von Staatsangestellten angeht. Die Regierung rechtfertigt die Entlassungen nämlich oft damit, dass es sich um Aktivisten, nicht um notwendige Angestellte handele, in einer Art zivilisierter Neuauflage des Kampfes gegen die „Subversiven“ in den siebziger Jahren: Heutzutage könnte der Aktivismus Grund genug für eine Entlassung sein. Während des Treffens wurde besonders die Festnahme von Milagro Sala am 15.1.2016 erwähnt, einer sozialen Aktivistin indigenen Ursprungs in der Provinz Jujuy, die eine umfangreiche Gemeinschaftsarbeit (Bau von Sozialwohnungen, Sanitätsstellen usw.) mit öffentlichen Geldern leistete. Da der neue Gouverneur ihr diese Gelder versagte, besetzte ihre Organisation den Zentralplatz der Provinzhauptstadt; daraufhin klagte er sie des öffentlichen Aufruhrs an. Für ihre Freilassung – sie ist gewählte Abgeordnete des Mercosur-Parlaments – hat sich sogar eine Kommission der Vereinten Nationen eingesetzt. Dass sie trotzdem weiterhin inhaftiert ist, beweist den Einfluss der Exekutive auf die Justiz, wie man es auch in anderen Fällen auf nationaler Ebene feststellen kann.

Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass die Wiedererlangung der Demokratie von den meisten Argentinern positiv bewertet wird. Um ein Beispiel aus der Zivilgesellschaft zu geben: Jorge Rosales, der Präsident des argentinischen Automobilclubs, dessen Vorstand sich nie durch Fortschrittlichkeit ausgezeichnet hat, schrieb vor kurzem im Vorwort der Institutionszeitschrift, dass „wir sagen können, dass die neuen Generationen das Privileg haben, in einer Demokratie zur Welt gekommen zu sein, und wir, die wir schon ein paar Jahre älter sind, ihre Festigung mitzuerleben“.

Die heutige Gefahr in einer Epoche, in der die wirtschaftliche und politische Rechte vielerorts wieder an Boden gewinnt (wozu ihr die Kommunikationsoligopole sehr helfen), scheinen nicht so sehr neue Diktaturen zu sein, sondern die Reduktion der Demokratie auf ihre formalen Aspekte, die mit Maßnahmen am Rande der Legalität koexistieren, wie die Repression von Arbeitern, die gegen den Verlust von Arbeitsposten protestieren, oder die Angriffe auf Politiker und Parteien, die zum sozialen Wandel in Lateinamerika während der letzten Dekade beigetragen haben.¹⁸

¹⁸ Beispiele dafür sind die Absetzung des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo 2012 nach einem sehr fragwürdigen, von keiner anderen südamerikanischen Regierung anerkannten Amtserhebungsverfahren; die gegenwärtige (März 2016) Kampagne in Brasilien gegen die Präsidentin Dilma Rousseff und den Expräsidenten Lula da Silva (man will, dass sie zurücktritt und dass er nicht wiedergewählt wird); die Verbreitung der Information,

Die Menschenrechte werden auch immer noch (seit der Kirchner-Regierung) aus wirtschaftlichen Gründen verletzt: Der gesundheitsgefährdende Gebrauch von Pestiziden, um den Sojaanbau zu begünstigen, ist nicht verboten worden; man erlaubt weiterhin den Tagebau, eine Bergbauform, die große Mengen Zyanid, das sehr schlimme Umweltauswirkungen hat, verwendet; vorläufig ist die Technik des *fracking* zur Förderung von Erdöl, die riesige Wassermengen benutzt und verpestet, gebremst worden, aber nur, weil sie sehr teuer ist und der internationale Erdölpreis stark gefallen ist.

Als Fazit: Die Tätigkeit der Menschenrechtsorganisationen, der Regierungen und der politischen Parteien, sowie die Fortführung der Identifizierung von Kindern von *desaparecidos* und der Gerichtsverfahren gegen militärische und zivile Mittäter des Staatsterrors haben das Bewusstsein, sich gegen jede Form von Staatsstreich und Diktatur aufzulehnen, bei der Mehrheit der Gesellschaft gefestigt, obwohl beim jetzigen Rechtsruck wieder Gegenstimmen laut werden. Inwiefern dieser Wille zur Verteidigung aller Menschenrechte Bestand haben wird, wird von den dominanten Wirtschaftsprozessen in Argentinien und in den Staaten abhängen, die die argentinische Wirtschaft mitbestimmen.

Bibliografische Angaben

- Alfonsín, Raúl, 1983. "Discurso ante la Asamblea Legislativa", wiedergegeben in: *El Parlamentario*, <http://www.parlamentario.com/noticia-68393.html> [3.11.15]
- Cerruti, Gabriela, 1993. *El Jefe. Vida y obra de Carlos Saúl Menem*. Buenos Aires: Planeta.
- Gerchunoff, Pablo/Llach, Lucas, 2003. *El ciclo de la ilusión y el desencanto. Un siglo de políticas económicas argentinas 1880-2002*. Buenos Aires: Emecé.
- Gorini, Ulises, 2006. *La rebelión de las Madres*. Historia de las Madres de Plaza de Mayo. Tomo I (1976-1983). Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.
- Nunca Más*. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas (1984). Buenos Aires: EUDEBA.

dass der bolivianische Präsident Evo Morales einen Sohn mit einer Ex-Geliebten habe; der Versuch, Cristina Kirchner seit 2015 für den Tod eines Staatsanwalts verantwortlich zu machen usw.

Roberto Bein

- Podetti, Mariana/Qués, María Elena/Sagol, Cecilia, 1988. *La palabra acorralada*. La constitución discursiva del Peronismo renovador. Buenos Aires: FUCADE.
- Verbitsky, Horacio, 1987. *Civiles y militares*. Memoria secreta de la transición. Buenos Aires: Editorial Contrapunto.
- Verbitsky, Horacio, 1995. *El vuelo*. Buenos Aires: Planeta. [Deutsche Übersetzung: 2016. *Der Flug*. Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner im Meer verschwinden ließ. Wien: Mandelbaum.]
- Zysman, Nadia, 2015. *De la "subversión marxista" al "terrorismo de Estado"*. Representaciones de la última dictadura militar en las narrativas históricas de la escuela media argentina (1983-2009). Villa María (Argentina): EDUVIM.

La censura franquista y la canción protesta

Javier BRU PERAL, Viena

Sociedad y música

La música es innata al ser humano, no solo es un medio de entretenimiento, sino que también es parte de las ceremonias, es señal de identidad y sirve como forma de expresión social. La música es parte inseparable del ser humano y de cualquier sociedad.

Es sabido que la música tiene un aspecto sociológico muy importante y que es parte de la cultura, además la música es un fiel reflejo del momento social que se vive, los estilos de música y los textos rápidamente se adaptan y declaman lo que se vive en la calle. Gracias a la música las personas se agrupan, se manifiestan, se proclaman las preocupaciones o valores del momento, de igual forma produce alienación, implanta valores y nuevos ideales a través de sus letras.

Los jóvenes se identifican y forman su identidad a través de la música y con las demás cosas que conlleva el momento social como puede ser el vestuario, un peinado, el lenguaje... así se crean grupos en los que sus miembros se identifican unos con otros.

La producción de canciones es rápida y más rápido aún es cómo llegan a tantas personas en tan poco tiempo. A través de la radio o de las salas de baile o reuniones privadas, un solo disco que se puede repetir una y otra vez puede tener más influencia y en más personas al mismo tiempo que un discurso político o un libro. Una canción puede ser aprendida y recitada por miles de personas, un estribillo que queda grabado en la mente y que queda como testigo de la Historia y de una sociedad.

Con ello, cuando un cantante o una banda de música se muestran como figura idolatrada que representa o encabeza un grupo social, tanto sus canciones como sus acciones en la vida pública pueden cobrar una fuerza difícil de medir y de controlar. El valor social del cantante en la sociedad es muy alto por todo el público que lo escucha, mira y sigue, más aún, cuando éste se convierte en ídolo de masas. Los mensajes dados en sus canciones pueden llegar a tener una gran influencia en la sociedad. Podemos poner como ejemplo al cantante estadounidense Woody Guthrie que en los años de la segunda Guerra Mundial llevaba escrito en su guitarra "*This Machine Kills Fascists*", un lema que siempre

se podía leer cuando él actuaba o se le fotografiaba a él, fotografías que han quedado como testimonio histórico del momento y la significancia de la música y del músico en la sociedad.

La Guerra Civil española

La Guerra Civil española fue una guerra de y por ideologías políticas divergentes, causas religiosas, causas sociales, por derechos básicos del individuo, por el reparto de bienes y el reparto patrimonial de un país que compartían varios grupos sociales. Fue una guerra que estalló en un momento dado en una sociedad que arrastraba graves problemas históricos de base. Fue una guerra basada en profundos problemas heredados por distintas clases sociales; unas marginadas al final de la pirámide estamental, y otras autócratas y dominadoras en la cúspide de la misma.

Es importante decir esto, ya que la victoria de uno de los grupos no solo se centró en llegar al poder y dominar el reparto económico, y la distribución de tierras y riquezas, sino que la victoria, en este caso, del bando nacional o franquista, igualmente e incluso sobretodo, se centró en hacer valer su ideología política, religiosa, social y educacional como la única buena y verdadera, una forma de entender la sociedad que quiso imponer a todos los españoles en todas las facetas de la vida. Así, el nuevo gobierno hizo todo lo que estuvo en su mano para inculcar y fijar con ahínco ideas, conceptos y valores, así como formas de vida y de actuación muy concretos sobre la cotidianidad de todos los españoles.

Para las personas que vivieron la Guerra y quedaron en “el bando perdedor”, hubo a distinguir: pena de muerte, fuertes castigos, trabajos forzados, penas de cárcel impuestas a reos juzgados y condenados, además hubo otras distintas penas, castigos o purgas sobre otros que directamente no tenían delitos de sangre pero que igualmente estaban señalados de alguna manera, como ocurrió por ejemplo con toda la oficialidad de la Armada española que prestaba servicio en los buques de guerra en el momento de la insurgencia, y que al declararse el Ministerio de la Armada española partidario de la República, todos sus oficiales quedaron automáticamente clasificados como fieles a la República y enemigos de Franco. Tras la Guerra se les “purgó” y desposeyó de su carrera militar, no solo inhabilitándoles, sino también negándoles cualquier derecho social, pensión o subsidio.

El control del nuevo gobierno

Se ha escrito mucho sobre las distintas formas de represión y el llamado “terror blanco” que estuvo presente durante toda la dictadura del general Franco bien en forma de penas, depuraciones o represiones administrativas que iban desde el encarcelamiento con sanción penal, administrativa o civil-social como la inhabilitación de sueldo u otros beneficios (Lobo 2007), pero para desarrollar este artículo y lo que para mí es importante como tema de estudio no es tanto esa represión, tanto inmediata como a largo plazo después de la Guerra sobre una población adulta, sino un sistema impuesto que pretendía actuar y controlar las libertades, la moral, las conductas y los pensamientos a nivel de base de una nueva generación a través de su educación y comportamiento en contra del derecho de la libertad de la persona y su desarrollo de forma libre.

Este control del nuevo gobierno actuaba sobre la educación y los valores a todo nivel: cultural, idiomático, religioso, lingüístico, político e incluso sobre el ocio. Tal era que se certificaban salvoconductos o premios de “buena conducta” (Preston 2006: 312) que expedía el jefe local de FET y de las JONS y/o el cura de la parroquia en caso de no existir un cuartel de la Guardia Civil o una sede de las JONS en la localidad que competiere. En caso contrario de “mala conducta”, la primera e inmediata consecuencia era aparecer en el pregón del domingo donde el sacerdote denunciaba tal o tal otro acto acontecido y denunciado “de boca a boca” que llegaba a oídos del religioso custodio. Como seguro muchos habrán sufrido, entre otros los que a mí personalmente me lo han contado.

Cuando una sociedad vive bajo una dictadura, el gobierno trata por todos los medios de controlar las acciones personales de los individuos y de las sociedades mercantiles, comerciales o privadas de la nación. El fin primordial es evitar movimientos insurgentes de crítica o revolución que puedan poner en duda la autoridad totalitaria y desestabilizar el gobierno dictatorial, así como combatir la postulación de las acciones y opiniones contrarias al orden establecido que pudieran atentar contra la estabilidad del estado, su subsistencia e incluso su existencia.

Para que el control sea efectivo, el gobierno que ocupa todos los poderes: ejecutivo, legislativo e incluso el judicial, primero actúa legislando leyes que regulen la vida pública y privada mediante distintas prohibiciones o restricciones como el derecho a reunirse o a manifestarse, coartando así las libertades de expresión básicas. Igualmente las dictaduras controlan los principales canales de difusión de noticias como la prensa, la televisión y más importante en el caso

de España al iniciarse la dictadura de Franco, la radio, ya que en España el ente público Televisión española (TVE) no comenzó sus emisiones regulares hasta el 28 de octubre de 1956. Es interesante y esclarecedor leer lo expuesto actualmente en la página del Ministerio de Educación:

El 28 de octubre de 1956 comenzaron oficialmente las emisiones regulares en España. Los programas inaugurales se iniciaron a las 20:30 y el contenido consistió en la retransmisión de una misa, unos discursos oficiales, la exhibición de dos entregas del NO-DO, unos reportajes filmados y las actuaciones de unas orquestas y de los 'Coros y Danzas falangistas'. (Web, Ministerio de Educación 2016)

La radio fue el principal medio de difusión al menos durante la primera época de la dictadura franquista, de hecho la actual Radio Nacional de España fue fundada por el falangista José Millán-Astray, amigo personal de Francisco Franco, el 19 de enero de 1937 y sirvió durante la Guerra Civil de vehículo de propaganda política. Desde el principio, RNE dependió de la Delegación del Estado para Prensa y Propaganda. Al fin de la Guerra Civil Franco dictó una orden en el BOE 6 de octubre de 1939, firmada por Serrano Suñer (Ilmo. Sr. Director General de Propaganda y cuñado de Franco) en el que daba a la Falange de las JONS la labor y derecho de la censura previa de todas las emisoras privadas, además de prohibir a las radios privadas la retransmisión de noticias, dando así el monopolio de las noticias a RNE.

Orden de 6 de octubre de 1939 relativa a la regularización de emisiones radiofónicas.

Ante las actuales circunstancias internacionales y la necesidad de vigilar estrictamente las emisiones habladas por radio vengo en disponer:

BOE

Dicha Orden se centraba sobretodo en controlar la difusión de noticias, pero el Gobierno poco a poco fue controlando y censurando cualquier aspecto radiotransmitido, no solo escogiendo los actos que se retransmitían, sino además censurando los contenidos de las entrevistas, las radionovelas, los textos de las canciones e incluso el tipo de música a radiar.

A través del control de los actos públicos, de la publicidad, de las noticias y de los temas de ocio que llegaban a la población, se limitó la libertad de expresión. La censura sirvió para limitar y controlar declaraciones, propaganda o actos intelectuales en iban en contra de la opinión del régimen que gobernaba.

Esta línea de control iba dirigida a las personas, a los grupos y a las instituciones tanto de tipo intelectual como popular y privado. El control no solo era legal sino también físico mediante los conocidos como “los grises”, o agentes del Cuerpo de Policía Armada y de Tráfico, que fue el cuerpo policial creado tras la Guerra Civil mediante las leyes del 3 de agosto de 1939 y del 8 de marzo de 1941. Sus agentes estaban llamados a la vigilancia de espacios y actos públicos como parques, universidades, estaciones de tren y concentraciones de actos colectivos y deportivos.

La censura franquista

Los principios generales de la censura fueron fijados el 18 de noviembre de 1937 mediante la ley número 8599. Luego siguió la ley de Prensa de 29 de abril de 1938 que preveía la elección de los directivos, la vigilancia de la prensa y de los periodistas y establecía la premisa de la censura a todo lo publicado. Luego la censura llegó a todos los rincones.

El control y la censura de los contenidos estaba presente allá donde hubiera concentraciones, reuniones de personas o difusión de textos de contenido intelectual o lúdico como podían ser la prensa, el teatro y las obras literarias, el cine, los conciertos, programas de radio... o cualquier otro acto con afluencia de público.

La censura actuaba en dos direcciones: sobre el material que entraba a España desde el extranjero, y sobre la producción nacional.

Como ejemplo en el cine, durante la dictadura no solo estuvo sometido a la censura cualquier material de producción particular o extranjero, sino que sirvió al régimen como herramienta al servicio de la ideología franquista y como medio propagandístico nacionalista a través del creado en 1938 Departamento Nacional de Cinematografía que dependía del Ministerio del Interior (Serrano Suñer), y estuvo codirigido en un principio por Manuel García Viñolas, creador del NO-DO, y por Dionisio Ridruejo director de propaganda.

La Comisión de Censura Cinematográfica y la Junta Superior de Censura Cinematográfica estaban además supeditadas a la supervisión del ejército y de la Iglesia que podían censurar desde una escena, a toda la película o reportaje por su contenido moral o político inadecuado.

Se puede leer en la Orden del 2 de noviembre de 1938 como se destaca la necesidad de controlar este nuevo medio.

Dado que el cinematógrafo ejerce una innegable y enorme influencia sobre la difusión del pensamiento y sobre la educación de las masas, es

indispensable que el Estado vigile siempre que haya algún riesgo que pueda apartarle de su misión. (Puigdomènech 2007: 12)

Como ejemplo global podemos citar la obra musical y cinematográfica de “*Canciones para después de una guerra*”, que fue rodada en secreto por Basilio Martín Patiño en 1971, donde, sobre imágenes que sí estaban libres de censura, se superponían canciones con la idea de dar un segundo sentido o un mensaje distinto al de las imágenes. Esta obra del cineasta Patiño no fue estrenada hasta después de la muerte de Francisco Franco en 1976.

En el ámbito de la educación, la dictadura se volcó con el afán de “formar” la moral de las nuevas generaciones en un país que todavía tenía una alta tasa de analfabetismo. A través del Consejo Nacional de Educación y del C.E.D.O.D.E.P. se fijaron las normas reguladoras para la publicación y autorización de libros de enseñanza escolar en todos sus niveles: libros de primaria, secundaria y científicos. Con ello se pretendía la difusión de determinados principios políticos y sociales así como servir de herramienta para transmitir la Historia que se quería dar a conocer bajo unos ideales determinados, fundamentalmente los del nacional catolicismo.

Podemos leer en Irene Balaguer:

La instauración de un régimen totalitario va a constituir una redefinición en los principios pedagógicos. Va a ser fundamental la redefinición de España y el nuevo organigrama del poder. (Balaguer 2012: 42)

La censura radiofónica y la música

La radio era el medio de difusión más popular y exitoso en España en el momento del Golpe de Estado contra la Segunda República de julio de 1936, pero los golpistas contaban solamente con 16 de las 67 emisoras de ámbito nacional, por lo que una de las primeras medidas e intereses del Bando Nacional en tiempo de guerra fue aumentar su presencia radiofónica. Al ocupar nuevas zonas rápidamente requisaban los receptores de radio para así evitar que se escucharan las emisoras republicanas, y como objetivo militar se ocupaban las emisoras existentes interviniendo su programación (Díez 2008: 107-108). Después se preocuparon por aumentar la distancia de acción y potencia de sus emisoras construyendo repetidores y usando la radio como elemento propagandístico, como ejemplo, son bien conocidos los discursos radiofónicos del general Queipo de Llano.

Lógicamente la radio estaba completamente mediatizada y controlada durante la contienda cuidándose de dar informaciones que el enemigo pudiera aprovechar, especialmente las relativas a operaciones militares, política interior y política exterior, así como se prohibía citar nombres u opiniones contrarias a países extranjeros, intelectuales exiliados o antiguos partidos políticos.

Ahora bien, dejando de lado las informaciones político-militares, en cuanto al tema lúdico radiotransmitido, también se dictan órdenes y normas en lo relativo a la música, programas infantiles o dramáticos y de cómo se han de empezar y terminar las sesiones diarias. Estas normas de censura y control estuvieron dictadas por la Oficina de Prensa y Propaganda (OPP) franquista.

Especialmente interesante es la circular número 52 de 8 de agosto de 1937 en la que se dan claras normas sobre qué música debía de ser retransmitida y cuál no, restringiendo la libertad de expresión y de difusión.

Estas normas (*Circular número 52 Instrucciones a los directores de emisoras de radiodifusión sobre la confección de programas*) atañen específicamente a la música que se ha de radiotransmitir y la que no. De estas normas, atañen a la música de la 6 a la 10, siendo seguramente el primer documento, o uno de los primeros, en cuanto a la censura de la música en España. La norma número 6 dice:

En cuanto a la música de baile, es necesario utilizarla como instrumento indirecto de propaganda sobre las costumbres [...],

Y no aprueba unos estilos musicales que dice que son un: “relajamiento de las normas estéticas musicales”.

Estos estilos que se pide no transmitir son: el jazz, el ritmo fox, blues y similares. También se pide tener cuidado con retransmitir rumbas y se prohíben los tangos argentinos por considerarse “decadentes y una propaganda de resignación viril”. Por el contrario al final de la norma 6 y en los números 7, 8 y 10 se recomienda o pide incluir en los programas musicales marchas militares, pasodobles, música clásica “de los grandes maestros” y zarzuelas, además de piezas de los compositores españoles de Falla, Albéniz, Granados, Turina y Halffter. En la norma número 9 se aconseja de alguna manera a los directores artísticos de cada emisora, tener presentes estas orientaciones.

Ya terminada la Guerra Civil (1 abril de 1939), la ya citada Ley de 6 octubre de 1939 se volvía a centrar en la necesidad de una censura o control total en la radio ante las noticias que iban a llegar de la recién empezada nueva Guerra Mundial y a lo largo de la dictadura franquista en el mundo radiofónico se siguieron siempre emitiendo normas relativas al tipo de música a radiotransmitir.

Del valioso estudio de Díez en el que me apoyo quiero destacar el siguiente párrafo.

Por ejemplo, las normas de censura dictadas en la circular nº 95 de 17 de septiembre de 1942 siguen recelando de la emisión de música negra e impone limitaciones a la música de baile. Sin embargo, hay una obsesión por reducir la emisión de música extranjera y en idiomas extranjeros, [...] Igualmente, el hecho de que entonces la radio dependa del ultra católico Gabriel Arias Salgado explica unas normas más restrictivas que las vigentes durante la guerra. (Diez 2008: 116)

La censura en la música

Ahora sabemos que algunos géneros musicales tradicionales como la zarzuela, se beneficiaron o fueron impulsados en la radio gracias a las recomendaciones del gobierno, de igual modo ciertos tipos de música se prefirieron a otros en actos públicos como verbenas, conciertos y teatros. Todo esto estuvo promovido por el Ministerio del Interior, y departamentos tales como la Dirección General de Cultura Popular y Espectáculos, o la Oficina de Prensa y Propaganda. A partir de los años 60 fue la Dirección General de Radiodifusión y Televisión del Ministerio de Información y Turismo quien decidía si las canciones eran aptas o no para emitirse en la radio y comercializarse, y también tenemos a la Dirección General de Cultura Popular y Espectáculos del mismo Ministerio que supervisaba los textos de las canciones y el contenido de los álbumes.

La labor censora con respecto a la música se ocupaba de vigilar los materiales llegados desde el extranjero y la producción nacional.

El material extranjero

El material extranjero era especialmente vigilado ya que los nuevos ritmos estaban destinados especialmente a los adolescentes y a los jóvenes, un público fácilmente influenciable, que era precisamente el futuro de España y por ello al que se debía educar y controlar. Las letras de canciones extranjeras eran traducidas por los censores y revisadas en busca de cualquier frase o palabra que pudiera contener mensajes subversivos. Para hacernos una idea de algunas corrientes del panorama musical mundial contemporáneas a este momento, no tenemos que olvidar que por ejemplo el famoso festival de Woodstock tuvo

lugar entre el 15 y el 18 de agosto de 1969. El movimiento hippie en España estuvo, “naturalmente”, completamente vedado.

La censura sobre la música extranjera actuó no solo sobre la permisión o prohibición radiofónica y comercialización de algunas canciones, sino que actuó sobre todo el merchandising discográfico: sobre las portadas de los álbumes, las contraportadas, los libretos interiores y demás material gráfico como los posters o propaganda discográfica en revistas o tiendas. En definitiva, sobre cualquier texto o imagen relativo a la música. Se sabe que algunos álbumes fueron editados en España con portadas diferentes al resto del Mundo o faltándoles algunas canciones que habían sido censuradas a veces por motivos políticos, pero mayormente por motivos de moralidad, buenas costumbres u ofensas a los principios católicos. Respecto a la prohibición de editar imágenes que aparecían en alguna parte del álbum, estamos hablando de grupos tan conocidos como: The Beatles, Rolling Stones, Eric Clapton, Leonard Cohen, Lou Reed, The Beach Boys... y la censura también afectó directamente de una manera u otra a Alice Cooper, David Bowie, The Who, Jimi Hendrix o Bob Dylan.

Por textos obscenos, subversivos y conflictivos, Xavier Valiño (2012) ha contabilizado desde el 16 de septiembre de 1960 hasta el 9 de octubre de 1977 un total de 4343 canciones calificadas de no radiables, de las que unas 500 fueron liberadas a partir de 1966. Recomiendo este autor para saber curiosidades de la aplicación de la censura sobre las carpetas de los álbumes censurados. Radio Nacional de España (24.07.2015) también coincide en que fueron más de cuatro mil canciones las censuradas especialmente entre los años 1960-1976. Debido al auge de la comercialización del vinilo y el éxito de la frecuencia modulada (FM) en la radio en esta época, el trabajo de los censores tuvo que ser muy ardua. La lucha por la libertad de expresión había encontrado en la música un amplio espacio de difusión que para las dictaduras se convirtió en un peligro que había que controlar.

Otras canciones fueron mal vistas o prohibidas por una inocente composición en su país de origen, pero que en España podían adquirir un significado reprochable, estoy pensando en la cumbia del colombiano José María Peñaranda de “*se va el caimán*” (1941), que trata de un caimán que come y come como un glotón y luego se va a dormir a Barranquilla, ciudad natal del autor.

En el pueblo de Aboloto, se volvió un hombre caimán
 [...]
 Un día que me fui a bañar, por la mañana temprano
 Vi un caimán muy singular, con cara de ser humano

[...]

Lo que come ese caimán, es digno de admiración
Come queso y come pan, y toma tragos de ron
Se va el caimán, se va el caimán, se va para Barranquilla
Se va el caimán, se va el caimán, se va para Barranquilla

Al tener el dictador Franco una finca de veraneo llamada precisamente “la barranquilla” la identificación y jocosidad fueron inmediatas. (Se pueden encontrar variaciones con respecto a la letra pero el estribillo siempre es el mismo).

Reacción de la música española ante la censura

La censura en España aparte de tener un interés de control político por frenar las doctrinas políticas opuestas, que es lo que ha sido más normal en la censura sobre la música durante otras dictaduras, por ejemplo en Latinoamérica. Pero en España la labor de la censura estuvo sobre todo al servicio de la moralidad y la doctrina católica. La mayoría de las canciones o imágenes provenientes de álbumes extranjeros que fueron censuradas, fue por motivos de moralidad. Fotos provocadoras, chicas con el cuerpo descubierto, besos carnosos, pantalones demasiado apretados... lo mismo con la letra de las canciones y con las películas en el cine.

Para que el lector pueda hacerse una idea del momento histórico, tenemos que pensar que en España en las salas de baile las parejas que bailaran demasiado juntos o arrimados, estaban mal vistas y era una cuestión de moral reprochable. Otra triste anécdota que muchos saben, pero verdad, es que una mujer no podía viajar sola en tren o en autobús en largas distancias, tenía que ir acompañada de un familiar varón o al menos de un hijo menor. Algo que vemos ahora en otras sociedades que tanto nos llaman la atención, pasaban en la nuestra no hace tanto tiempo, solo hace 60, 70 años.

Los cantantes y grupos extranjeros a los que se les censuraban canciones en España poco podían hacer contra ello, y poco en verdad les interesaría ya que el nivel de ventas no representaría mucho sobre el total. Pero en el caso del cantante español, este se enfrentaba a su única posibilidad de mercado, entonces tenían que “torear” o mejor dicho, “bailar” con la censura. Por ello es más atractivo estudiar cómo se comportaron los cantantes españoles ante una censura que les coaccionaba directamente su libertad de expresión y ver cómo ellos hicieron.

La censura de hecho limitaba ya el recurso estilístico de la letra en el sentido de la moralidad, además tampoco se podían hacer referencias al gobierno o a alguno de sus integrantes, así como tampoco se podían mencionar temas comprometedores sobre la política interior o exterior. En el panorama nacional los autores debían presentar las letras de sus canciones para su aprobación antes de ser publicadas o cantadas en público.

Por una parte, los cantantes se vieron obligados a la autocensura o criptografía de sus textos si querían hablar de ciertos temas. Por otra parte, surgieron una serie de movimientos regionalistas como la Nova Cançó, que buscaban destacar su personalidad ante el gobierno centralista que les menoscababa. Los cantantes que aun así se atrevían a encararse con el régimen o a tomar en sus canciones temas morales censurables tuvieron que recurrir a encriptar o cifrar el texto de las canciones para salvar o burlar la censura impuesta.

La moralidad

En el ámbito de la lucha contra la censura moral podemos destacar al grupo “Los Bravos” que sufrió varias veces la condena y que tiene una canción muy ilustrativa al respecto con una letra que hoy resultaría tonta y sosa, pero que en 1967 se entiende de manera completamente distinta por su contexto social.

Los chicos con las chicas (Los Bravos 1967)

Los chicos con las chicas tienen que estar
y las chicas con los chicos han de vivir
y estando todos juntos deben cantar.

Los viejos pararán, me imitarán a mí
se modernizarán, les costará reír.

La edad de piedra ya pasó,
al menos por aquí,
y yo contigo tengo que vivir,
quiero ser feliz.

[...]

no nos impedirán
que al anochecer
podamos pasear, bailar y hasta correr.
La gente no nos mirará
no hay nada que esconder

y hasta los viejos van a comprender
que tú has de vivir.

En la canción se critica a la separación de sexos obligatoria que existía en los colegios, en la iglesia o en cualquier acto público. En la letra de la canción se apoya la idea de que chicos y chicas puedan disfrutar la vida juntos sin esconder nada ni tener que esperar al matrimonio para poder “bailar” juntos, en contra de los prejuicios y el sexismo.

“[...] y hasta los viejos van a comprender que tú has de vivir.”

Refiriéndose a las mujeres en general, se habla de la liberación sexual exhortándose al cambio y a la modernización frente a “viejos” anticuados (Franco tenía en este momento 74 años). También se rodó una película en 1967 dirigida por Javier Aguirre con el mismo título y tema. El argumento trata de los cantantes que están de vacaciones cerca de un internado femenino de estricta disciplina que se ve alterado al saber de la cercanía de sus ídolos. Aunque en la película no hay absolutamente nada de “destape”, la intención o el mensaje de la canción y de la película está clara.

La canción es una respuesta crítica a la actitud de la moral existente impuesta por la Iglesia y apoyada por el gobierno. La canción se convierte en un vehículo discursivo para proclamar un cambio en la sociedad.

La música se pone en contra de la censura y al servicio de los más castigados en la sociedad. Tenemos muchos casos como el anterior en los que la letra de las canciones destacan la necesidad de una apertura en la moralidad sexual, especialmente en el caso de las mujeres que en la sociedad franquista estaban apartadas de los estudios, de la vida intelectual y relegadas casi a la labor de maternidad y ama de casa.

Otro gran ejemplo de canción que lucha contra la moralidad sexual en esta época es la del muy polémico en la época Joan Manuel Serrat titulada “*Poco antes que den las diez*”, trata de la falsa moralidad en torno a las libertades y obligaciones de la mujer. La canción trata de una mujer que lleva una vida ejemplar y “recta” ante sus padres, que tiene que ocultar su amor secreto por ser algo “no propio” y ha de llegar antes de las diez a casa y saludar a sus padres como si nada pasara.

La política y la canción

Muchos cantantes se decantaron por combatir abiertamente la censura y la dictadura mediante sus canciones. Hubo quien creó sus propias canciones y letras y otros que tomaban poemas conocidos de escritores y los acompañaban con acordes musicales. Entre estos podemos destacar a:

Serrat que llevó a la canción el poema de Miguel Hernández “Para la libertad”, o los militantes del partido comunista Ana Belén y Víctor Manuel con el poema de Blas de Otero “España camisa blanca de mi esperanza”, o el poema de Alberti “A galopar”, dedicado a los soldados republicanos y que fue llevado a la canción por Paco Ibáñez, o las canciones del grupo “los lobos” que varias veces incluyeron también poemas de Alberti en su repertorio.

Para la libertad (Miguel Hernández 1938-39)

Para la libertad me desprendo a balazos
de los que han revolcado su estatua por el lodo.
Y me desprendo a golpes de mis pies, de mis brazos,
de mi casa, de todo

A galopar (Rafael Alberti)

Nadie, nadie, nadie, que enfrente no hay nadie;
que es nadie la muerte si va en tu montura.
Galopa, caballo cuatralbo,
jinete del pueblo,
que la tierra es tuya

Entre otros cantantes que compusieron sus letras con fines sociales o políticos he de nombrar también a: José Antonio Labordeta, Raimon, Jarcha, Luis Eduardo Aute o el grupo Vino tinto.

La identidad cultural en la música como protesta pacífica

Durante la dictadura se impuso el uso obligatorio del castellano en toda España llegándose a prohibir el uso de las lenguas regionales en las escuelas o en los organismos públicos. El hablar catalán, vasco o gallego quedó reducido a las familias campesinas, llegando a estar mal visto su uso por ser un símbolo rural de incultura. Pero llegó un momento en que desde ciertos puntos como la canción popular, se empezó a reivindicar el uso de la lengua natal propia como símbolo de identidad y como lucha contra la política lingüística de la

dictadura. El regionalismo o nacionalismo periférico contra el centralismo franquista.

El uso del gallego o del catalán en las canciones tomó una dimensión nacional como ejemplo de lucha o protesta pacífica a través del uso de la lengua regional para cantar. La música se convirtió en un instrumento de expresión y acción política. Una de las consecuencias del centralismo y sus imposiciones fue el surgimiento de los regionalismos en la música con el auge de la canción popular o regional. La censura pretende limitar la libertad de opinión contraria a lo establecido, en este caso los cantantes en lugar de encriptar mensajes de protesta, se deciden simplemente por cantar en su lengua regional, la lengua prohibida en la escuela o en el trabajo, pero no en el ocio y en el cantar.

Se conoce por el nombre de “nueva canción” o “nueva trova” a un movimiento general surgido a mitad de los años 60 caracterizado por la producción de música folclórica con un claro compromiso social. En Cataluña lo conocemos como la Nova Cançó con cantautores y músicos tan conocidos como: Raimon, Lluís Llach, Joan Manuel Serrat o Víctor Manuel.

Es evidente que la sociedad de los sesenta, ya no es la misma que la que vivió el nacimiento y consolidación del Régimen en la década de los cuarenta. No sólo los cambios políticos, sino también el cambio generacional que conlleva la aparición de una juventud más activa y menos atemorizada, hacen de los sesenta una época de especial trascendencia cultural en la historia española. (Aragüez 2006: 81)

Varios autores coinciden en que el apoyo de la revista “Fonorama”, fundada en 1963, al pop español jugó un papel importante a la difusión y conocimiento de la canción catalana en España. En su número 14, primavera de 1965, el periodista Morer Alcántara en un artículo se pregunta ¿Qué es la Nova Cançó Catalana?, y explica las características de los cantantes que graban en el sello discográfico *Edigsa*, y destaca algunos nombres como: Raimon, Delfi Abella y otros. En el artículo se marca la distinción de un grupo que exclusivamente canta en catalán y que se asocia a la cultura catalana silenciada desde la Segunda República. Desde 1961 empiezan a surgir en Cataluña grupos de artistas y cantantes que luchan por destacar su cultura, grupos tales como: Els Setze Jutges (1961), Els quatre gats, Grup de Folk (1967). Las raíces de este despuntar venían ya de la década de los años 50 impulsado por varios elementos como la revista *Germinabit*.

A partir de la fi del 1956, amb un nou equip de redacció format per Josep Benet, Ramon Bastardes i Max Cahner, fou bimensual, i des del gener del 1959, mensual, alhora que ampliava el seu camp a temes generals, especialment de cultura catalana. A partir del número d'agost-setembre del 1959, dedicat a Carles Riba, tornà a restar reduïda al seu àmbit inicial, i l'equip de redacció passà a Serra d'Or. (enciclopèdia.cat)

Por destacar alguna canción, tomo “L'estaca”, es una canción compuesta por Lluís Llach (1968) en la que el autor quiere llamar la atención sobre la necesidad de la unión para luchar contra la dictadura. El cantante representa a Franco en su canción por una estaca a la que todos están atados. La canción no solo es un llamamiento social a la lucha contra las ataduras y a la lucha por la liberación, sino que al estar cantada en catalán también es una reivindicación de su identidad y la libertad por el uso de su idioma.

En la canción podemos escuchar estrofas tan alusivas a la lucha como éstas:

Siset, que no veus l'estaca
a on estem tots lligats?
Si no podem desfer-nos-en
mai no podrem caminar!

Si estirem tots, ella caurà
i molt de temps no pot durar,
segur que tomba, tomba, tomba
ben corcada deu ser ja

Siset, ¿es que no ves la estaca
a la que estamos todos atados?
Si no podemos deshacernos de él
nunca podremos caminar!

Si tiramos todos ella caerá
y mucho tiempo no puede durar,
seguro que cae, cae, cae,
bien carcomida debe de estar

Solo unos meses más tarde a esta canción Joan Manuel Serrat protagonizó otro acto a favor de la canción en catalán que ha adquirido una dimensión histórica. Serrat, que cantaba tanto en catalán como en castellano, fue designado por RTVE para representar a España en el festival de Eurovisión. Serrat tendría que haber cantado la canción compuesta por el Dúo Dinámico de “la la lá”, pero al hacer público que la cantaría en catalán, RTVE le sustituyó de improviso por la cantante Massiel. España ganó ese año el festival con la canción cantada en castellano, pero Serrat hizo frente al gobierno con su reivindicación de cantar en catalán.

Aparte de la Nova Cançó catalana, también en Galicia surgió un movimiento comparable del que podemos citar a Bibiano (Bibiano Adonis Morón

Giménez), como parte del movimiento “Voces Ceibes” de fines de los años 60. En su canción “Can de palleiro”, cuenta de un perro que vive atado al pajar.

Conclusión

En este artículo se ha visto cómo la dictadura franquista controló todos los medios de transmisión públicos nacionales como la prensa, la radio, el cine y la televisión tanto en el aspecto de las noticias como en el del ocio, valiéndose de ellos para propagar e imponer de manera forzosa su política y sus ideales morales a la sociedad española.

El control total y totalitario de los medios les sirvió para impedir la difusión de denuncias, ideologías y políticas contrarias al Régimen. Además la dictadura coartó la libertad de expresión de los artistas españoles desaprobando y censurando los contenidos de letras de músicas, guiones de teatro, radio-novelas y novelas, o cualquier texto que tuviera una difusión pública. Además de los contenidos de las producciones nacionales, también se censuraron los contenidos de las producciones extranjeras que llegaban al público español bien suprimiendo y cortando escenas, fotogramas, textos, fotos o carátulas, como prohibiendo totalmente la difusión de ciertos materiales que contradecían bien políticamente bien moralmente, la dirección que Franco y su gobierno querían para la educación y la moralidad de los españoles.

Ya durante el tiempo de guerra la censura estuvo siempre presente de parte del bando nacional (franquistas), como por ejemplo se ve en las normas dadas para el tipo de música radiada (circular número 52 de 8 de agosto de 1937), los principios generales de la censura que fueron fijados el 18 de noviembre de 1937, siguiendo leyes y normas legales especiales a destacar las dictadas para la prensa (ley de Prensa de 29 de abril de 1938), o el cine (2 de noviembre de 1938).

Terminada la Guerra Civil (1 abril de 1939) y en marcha la dictadura, la libertad de expresión en toda España estuvo en manos de los organismos censores creados, siguiendo más normas y más leyes. El 6 octubre de 1939 se vuelve a legislar las normas para la transmisión de música en la radio, normas reajustadas de nuevo el 17 de septiembre de 1942.

La fuerza de la música en la sociedad es indudable y los gobernantes lo saben, pero los cantantes también. Así los artistas y las protestas políticas se volcaron en la música para luchar no solo en contra de los ideales políticos y morales del Régimen franquista, sino para proclamar la libertad de expresión y aclamar las identidades regionales.

La música española supo reaccionar ante la censura y los cantautores se convirtieron en modelo para los jóvenes que no habían vivido directamente la Guerra civil y veían como en el extranjero no existía esa censura que no entendían. Vemos en este artículo cómo la música se convierte en un vehículo de protesta social y en motor de una identidad cultural.

Bibliografía

- Aragüez Rubio, Carlos, 2006. “La nova cançó catalana: génesis, desarrollo y trascendencia de un fenómeno cultural en el segundo franquismo”, en: *Pasado y Memoria*. Revista de Historia Contemporánea. Universidad de Alicante, 5/2006, 81-97.
- Balaguer Flores, Irene, 2012. “La utilización de manuales escolares y los cuadernos para el estudio de la Historia de España desde 1928 hasta la primera etapa del franquismo, 1958”, en: *Revista Clío*. Barcelona, MC Ediciones SA., 38/2012.
- Díaz, Elías, 1991. *Intellektuelle unter Franco*. Eine Geschichte des spanischen Denkens von 1939-1975. Frankfurt: Vervuert Verlag.
- Díez, Emeterio, 2008. “La censura radiofónica en la España nacional (1936-1939)”, en: Leioa, Bizkaia: *Revista Zer*, volumen 13, 24/2008, 103-124.
- Felipe Fiuza, Alexandre, 2008. *La censura musical en las décadas de 1960 y 1970 durante la dictadura franquista: un examen de la documentación del MIT*. Brasil: UNIOESTE.
- Firmo Braga, Elda, octubre 2002. *La voz de la canción en el franquismo*. São Paulo: 2º Congreso Brasileño de Hispanistas.
- Gubern Garriga-Nogués, Román, 1981. *La censura. Función política y ordenamiento jurídico bajo el franquismo (1936-1975)*. Barcelona: Península.
- Haro Tecglen, Eduardo, junio 1994. “Así éramos en los 40”, en: *El País Semanal Suplemento: La España del desembargo*. Madrid: el País.
- Martín Gaité, Carmen, 1987. *Usos amorosos de la postguerra española*. Barcelona: Anagrama.
- Martín Patiño, Basilio. 1971 (realización) 1976 (estreno). *Música para después de una guerra*.
- Morer Alcántara, Fernando, 1965. “¿Qué es la Nova Cançó Catalana?”, en: *Fonorama*, n.º 14. Barcelona, Fonorama.
- Nascimento, Magnólia Brasil Barbosa do, 2001. *O diálogo impossível – A ficção de Miguel Delibes e a sociedade espanhola no franquismo*. Niterói: EdUFF.

- Pablo Lobo, Carlos de, 2007. *La depuración de la educación española durante el franquismo (1936-1975)*. Institucionalización de una represión. Salamanca: Foro de Educación, 9/2007, 203-228.
- Preston, Paul, 2006. *The Spanish Civil War*. Reaction, revolution & revenge. London: Harper Perennial.
- Puigdomènech, Jordi, 2007. *Treinta años de cine español en democracia (1977-2007)*. Madrid: JC Clementine.
- Raymond, de, 1982. *Canción corrupción y política*. Madrid: De Raymond.
- Sánchez Redondo Morcillo, Carlos, 2004. *Leer en la escuela durante el franquismo*. Cuenca: Ediciones de la Universidad de Castilla la Mancha.
- Serrano González, Antonio, 2001. *Un día en la vida de José Castán Tobeñas*. Valencia: Universitat de València.
- Stilman, Eduardo, 1972. *Antología crítica de la canción protesta*. Buenos Aires: Ediciones corregidor.
- Valiño, Xavier, 2012. *Veneno en dosis camufladas: la censura en los discos pop durante el franquismo*. Lleida: Milenio.
- Vázquez Montalbán, Manuel, 2000. *Cancionero General del Franquismo (1939-1975)*. Barcelona: Crítica.

Webgrafía

- BOE, Núm. 280. Página 5627.
<http://www.boe.es/datos/pdfs/BOE/1939/280/A05627-05628.pdf>
(15.03.2016)
- Enciclopèdia.cat <http://www.enciclopedia.cat> (15.03.2016)
- Firno Braga, Elda, 2002. La voz de la canción en el franquismo, en 2. Congr. Bras. Hispanistas Oct. 2002.
http://www.proceedings.scielo.br/scielo.php?pid=MSC0000000012002000200014&script=sci_arttext (15.03.2016)
- Ministerio de Educación de España. El nacimiento y la llegada de la televisión.
<http://recursos.cnice.mec.es/media/television/bloque2/pag2.html>
(15.03.2016)
- Radio Nacional de España. 24.07.2015. La censura fonográfica: los discos prohibidos. RNE. <http://www.rtve.es/alacarta/audios/documentos-rne/documentos-rne-censura-fonografica-discos-prohibidos-15-11-14/2859583/> (15.03.2016)

VARIUM

**Von Pfahlwurzeln und Rhizomen.
Romanistische Literaturwissenschaft im Spannungsfeld
von Inter- und Transkulturalität**

Fritz Peter KIRSCH, Wien

Dies ist keine Präsentation von Erkenntnissen, die ich für abgesichert halte – was ist schon abgesichert in den Kulturwissenschaften? – sondern das Ziehen einer Spur von gedanklichen Bewegungen, so wie es in meinen Lehrveranstaltungen und meinen Publikationen ein halbes Jahrhundert lang praktiziert wurde. Zugleich ein Rückblick, zugleich ein Ausblick.

Der Titel des Vortrags verweist auf die Leitidee im Opus magnum zweier französischer Philosophen, *L'Anti-Oedipe* von Gilles Deleuze und Félix Guattari (1980), in dem nicht nur der Pariser Strukturalismus radikal in Frage gestellt wird, sondern darüber hinaus alle ordnenden und hierarchisierenden Schemata des abendländischen Denkens, von Karl Marx bis Sigmund Freud. Der zweite Band von *L'Anti-Oedipe* kreist um die Metapher des Rhizoms (in der Botanik: „verzweigtes Sprossachsensystem“), welche für eine Relativierung von festen Strukturen und Dichotomien steht. Diese Metapher hat über Édouard Glissant und andere Leitfiguren des Geisteslebens auf den als frankophon geltenden Antillen Theorie und Praxis des kulturellen und literarischen Lebens geprägt. Das genannte Bild steht bei den karibischen Denkern für eine vom unabsehbaren Ausufernden der Relationen geprägte Kulturwelt wie sie für eine Gesellschaft charakteristisch ist, die aus dem Zusammen und Gegeneinander der Nachfahren entwurzelter Sklaven aus allen Ländern Westafrikas und auf andere Weise entwurzelter Herren aus Europa entstanden ist. So wie die Neo-Sprache Kreolisch.

Das Gegenbild zum Rhizom als vielwurzelig verflechtes System ist bei Deleuze und Guattari der Baum, das alte Organisationsmodell des Wissens mit einer um ein Stamm-Zentrum versammelten Ordnungsstruktur. In diesem Vortrag wird das etwas einprägsamere Kontrastbild der Pfahlwurzel (fr. *racine pivotante*, sp. *raíz pivotante*, it. *radice a filtone*, rum. *rădăcină pivotantă*) bevorzugt. Der

karibische Kulturtheoretiker Glissant sieht als Vorläufer der rizomorphen Gegenwartsliteratur seiner Heimat die Negritude-Bewegung, welche vorangehende Generationen des Geisteslebens von Martinique und Guadeloupe prägte, als rund um den genialen Erwecker Aimé Césaire und andere Schriftsteller afrikanischer Herkunft die Suche nach den subsaharischen Wurzeln der Deportierten und Versklavten ihre Kreise zog. Damit zeichnete sich im Rahmen der Literaturgeschichte, in der Karibik wie auch in Afrika eine spezifische Periodisierung ab: Vom Streben nach pfahlwurzelartiger Verankerung im imaginierten Heimatboden Afrikas zur rhizomatischen Öffnung, hin zu einem grenzenlosen Spiel der Verflechtungen gepaart mit wuchernder Vielfalt.

Glissant trifft durchaus die Intentionen von Deleuze und Guattari, wenn er die genannte Öffnung zur globalen Perspektive für die ganze Menschheit erhebt und so die karibische Besonderheit als Vorbote planetarischer Entwicklungen erscheinen lässt. In der heutigen Zeit, angesichts weltweiter Migrationen und globalisierender Tendenzen in allen Bereichen menschlichen Lebens scheint sich das Rhizom als universelles Leitbild durchzusetzen. Im Bereich der universitären Forschung betrifft der Trend die Literaturwissenschaft nicht minder als ihre kulturwissenschaftlichen Nachbardisziplinen. Alles was auf den vom 19. Jahrhundert geerbten Nationalismus und die pfahlwurzelartigen Prägungen der Literaturgeschichten verweist, erscheint diesem Trend gemäß als das Überwundene oder noch zu Überwindende. Immer wieder erinnern Theoretiker an den Umstand, dass Reinheit und Einheit von Kulturen nie Bestand hatten, also in den Bereich der mythischen Konstrukte gehören. Der komparatistische Zug, der unserem Fach innewohnt, wurde zeitweise von einem Trend zur Aufspaltung in Einzelphilologien (Hispanistik, Französisistik etc.) zurückgedrängt, scheint aber heute ständig an Bedeutung zu gewinnen. Besonders ausgeprägt manifestiert sich diese Tendenz bei dem romanistischen Literaturtheoretiker Ottmar Ette, wenn er die amerikanischen Area Studies und ihre Betonung von Konflikten zwischen Kulturräumen in Frage stellt. Als Pionier eines TransArea-Projekts verfolgt Ette Ansätze zur literaturhistorischen Globalisierung seit der Eroberung Amerikas bis zur Gegenwart und sprengt so den traditionellen Rahmen der einzelsprachlich orientierten Fächer. Bei vielen Literaturforschern gilt kulturelle Hybridisierung als Zielphänomen von Postmoderne, Poststrukturalismen und Postkolonialismen, und damit als eine allenthalben beobachtbare Grundtendenz unserer Zeit.

Im literaturtheoretischen Schrifttum von heute präsentiert sich der Wandel zu einem beträchtlichen Teil in Form der häufigen Verwendung des Präfixes trans-. Eigenständige Literaturgeschichten mit Bezug auf bestimmte Sprachen oder historische Gemeinschaften wie sie dem Romanisten von seinem

Umgang mit Standardwerken vertraut sind, geraten ins Zwielicht. Dies gilt auch für mehrere traditionsreiche Erklärungsmodelle der Literaturwissenschaft mit kontrastiver und hierarchisierender Tendenz, die de facto als obsolet gelten, während Richtungen in dem Maße Akzeptanz finden als sie die freie Kreativität des Menschen betonen und zugleich die lösenden, „dekonstruierenden“ Kräfte, welche den in literarischen Texten aktiven Norm- und Ordnungskräften entgegenwirken, zur Geltung bringen. Da und dort finden sich Ansätze mit teleologischer Orientierung, die im Übergang von der identitären Begrenztheit zur rhizomatischen Weite so etwas wie eine Befreiung und Erlösung feiern. Ein solcher polemischer Impetus findet sich bei dem Philosophen Wolfgang Iser, wenn er die Geschichte der Geisteswissenschaften seit dem 19. Jahrhundert durch drei Phasen kennzeichnet und dieselben einer Wertung vom Negativen zum Positiven unterzieht. Den Ausgangspunkt bildet die „sphärische“ Betrachtungsweise seit Herder, die jede Kultur als in sich geschlossenes Ganzes sieht. Darauf folgt das Konzept der Interkulturalität, das Kontakte und Austauschprozesse zwischen Kulturen untersucht, während Transkulturalität den heutigen Übergang zur universellen Hybridität und angeblichen Alleinherrschaft des Rhizoms bezeichnet. Die erste Etappe gilt als Altlast, die zweite, interkulturelle, betrachtet Iser als „verstaubt“, als positiv sieht er nur die unserer Zeit gemäße Transkulturalität.

Die Frage drängt sich auf, was unter solchen Bedingungen aus der Literaturwissenschaft und insbesondere der Literaturgeschichte werden soll. Muss sie sich ein für alle Mal entscheiden, ob sie weiterhin das Überdauern des Nationalen und Identitären durch Fokussierung auf einen einzelkulturellen oder interkulturellen Rahmen fördern oder definitiv den Sprung in neue Trans-Dimensionen des literaturwissenschaftlichen Arbeitens wagen will?

Es gibt ein Erbe der romanistischen Literaturwissenschaft, an das man sich meines Erachtens in einer solchen Umbruchsituation erinnern sollte, nämlich das der Philologie, also der wissenschaftlich erhellenden Arbeit an Texten. Wer sich zu diesem Erbe bekennt, kann sich vermutlich mit dem Gedanken anfreunden, dass die Brauchbarkeit von Theorien mit ihrer Fähigkeit zusammenhängt, differenzierte und verständnisfördernde Zugänge zu sprachlichen Kunstwerken zu ermöglichen. Im Sinne dieses Grundsatzes will ich (so wie ich es schon vor mehreren Jahren tat) eine der bekanntesten Dichtungen der Romania als Arbeitsgebiet heranziehen, nämlich den in über 230 Sprachen übersetzten Märchenroman *Le Petit Prince* von Antoine de Saint-Exupéry (1943). Laut gängigen Deutungen geht es in dieser Erzählung um Kritik an der Egozentrik der Menschen und ihrer Neigung, sich an Äußerlichkeiten zu halten, statt im Gefolge des kleinen Prinzen den schlichten Wahrheiten des Lebens

und insbesondere dem Desiderat der Suche nach Freunden auf den Grund zu gehen. Das Buch hat ein riesiges Fanpublikum aller Altersstufen erobert, besonders durch die weisen Sprüche der Titelfigur und ihrer Freunde, von denen die Formulierung „on ne voit bien qu'avec le coeur, l'essentiel est invisible pour les yeux“ besonders bekannt ist.

Bei der Suche nach neuen Zugängen zu diesem Text kann ein intertextueller Fischzug helfen. Einige Jahrzehnte nach seinem Erscheinen hat Saint-Exupéry's Erfolgsroman ein Gegenstück mit einer weiblichen Hauptfigur gefunden, das viel weniger bekannt wurde, aber nicht minder lesenswert erscheint. Schon das Etikett am Einband des Roman *L'Infante Maure* (1994) von dem algerischen Erzähler Mohammed Dib kann als Anspielung auf den *Petit Prince* gedeutet werden. Parallelen zwischen beiden Texten zeigen sich hinsichtlich der Bedeutung von Traum und Phantastik bei Dib sowie angesichts des Charmes einer kindlichen Hauptfigur. Die Protagonistin Lyyli Belle präsentiert sich – in der ersten Person – als selbstbewusstes, kluges und phantasievolles Mädchen von 10 oder 11 Jahren. Als „maurische Infantin“, in Nordeuropa beheimatet, hat sie einen algerischen Papa und eine russische Mama. Sie, deren Namen sich mit doppeltem Ypsilon schreibt, spricht Finnisch wie ihre KlassenkameradInnen, nennt ihre Mutter mamouchka und denkt viel an das für sie geheimnisvolle Herkunftsland ihres Vaters. Lyyli Belle, die auch in anderen Erzählwerken Dibs episodisch vorkommt, leidet am häufigen Fernsein des Papa und der Entfremdung zwischen den Eltern. Ihre Kraftquelle ist die Natur, die Bäume, in deren Kronen sie gerne Zuflucht nimmt, so wie der Nordwald mit seinen Tieren und Mythen. In einer Traumvision begegnet Lyyli Belle ihrem nordafrikanischen Großvater und erfährt von ihm zweierlei: dass alles Menschenwerk endlich ist wie die Spur einer Echse im Sand, sowie dass der Schnee Nordeuropas und der Sand der Sahara einander sehr ähnlich sind. Dieses Erlebnis beschert der Protagonistin einen geistig-seelischen Reifungsschub demzufolge sie sich letzten Endes in beiden Welten – in Europa und im Maghreb – gleichermaßen zu Hause fühlt. Jedes Fremdsein erweist sich so als überwindbares Vorurteil.

Beide Texte beleuchten einander durch Parallelen und Gegensätze. Dib zitiert den *Petit Prince* fast wörtlich. Lyyli Belle sagt: „Une lumière. Il n'y a que le coeur pour la distinguer.“ Was die Erzähltechnik in den beiden Texten anlangt, so fällt auf, dass bei Saint-Exupéry der kleine Planet des Prinzen mit seiner Rose und seinen Baobabs nur in den Berichten des Piloten-Erzählers existiert. Dies gilt auch für die Wanderungen, die der Prinz auf der Suche nach praktikablen Lösungen für das Leben auf seinem Planeten unternommen hat, bis er inmitten der Wüste Sahara durch die Begegnung mit dem Bruchpiloten

Antwort auf seine Fragen erhält und seine Heimkehr organisiert. Lyyli Belle hingegen wird im ersten Teil des Romans teilweise von ihrem Papa erzählt, um nach und nach und durchgehend bis zum Ende die Erzählung an sich zu ziehen und ihre Lebenswelt mit seinen widersprüchlichen Zonen – Wald und Haus, Nordwinter und Saharasand, Mythen und Realitäten, Maman, Papa und erträumter Großvater – zu überschauen und sich schließlich als Hüterin dieser ganzen Welt zu offenbaren. Im Hinblick auf den Gehalt der beiden Werke stellen wir fest, dass die Suche nach Freunden beiden gemeinsam ist, aber bei Dib und bei Saint-Exupéry eine jeweils andere Bedeutung gewinnt. Im *Petit Prince* geht es um individuelle „Zähmung“ von Geschöpf zu Geschöpf, während die *Infante maure* auf zwischenmenschliche und völkerverbindende Harmonie abzielt. Aber genügt das, um Dibs Text als rhizomatische Replik auf einen eher pfahlwurzelartig orientierten *Petit prince* zu interpretieren? Was lässt sich überhaupt aus solchen Kategorien im Hinblick auf vertieftes Textverständnis gewinnen?

Hier beginnt der Bereich des vollen und bewusst zu akzeptierenden Risikos für den romanistischen Literaturwissenschaftler aus Zentraleuropa. Er kann seine Ferne gegenüber den untersuchten Kulturwelten, die ihm unüberwindliche Defizite beschert, sowohl hinsichtlich seiner linguistischen Souveränität als auch seines ewigen Rückstandes im Bereich landeskundlicher Aktualität, als Chance nützen, indem er zwischen der Mikro- und der Makroperspektive hin und herwechselt und nach Blickwinkeln sucht, von denen aus der Text im sozial- und kulturgeschichtlichen Zusammenhang intensiver aufleuchtet und zugleich das zwischenmenschliche Zusammen und Gegeneinander durch die schöpferische Kraft der Kunst erst wahrhaft lebendig hervortritt.

Entscheidende Anregungen für dieses Forscherleben kamen von Norbert Elias und seinem Konzept der Entstehung kulturgeschichtlich bedeutsamer Systeme von Normen und Werten im Zusammenhang mit machtpolitisch bestimmten Konfigurationen sozialer Gruppen. Das wechselvolle Nebeneinander von höfischen und urbanen Zentren im westlich-südlichen Europa des Mittelalters mit seinen Spielen von Konkurrenz und Austausch präsentiert sich aus diesem Blickwinkel als gigantisches Rhizom, das eine einzigartige, überregional und nachhaltig ausstrahlende, zugleich aber für runde und knappe Definitionen unzugängliche Kultur im Zeichen von *Fin'Amors* und *Cortesia*, der Minne und der höfischen Art, hervorgebracht hat, besonders im Okzitanien der Trobadors und in Italien.

In den Jahrhunderten der Neuzeit haben sich durch besonders weitreichende Machtkonzentrationen und Zentralisierungsprozesse aus dem mittelal-

terlichen Rhizom mehrere Pfahlwurzeln entwickelt, von denen die des parisorientierten Frankreich sich besonders dominant entwickelt und als nachhaltig erwiesen hat. Auf dieser Basis entfaltet sich vom 15. Jahrhundert an bis zur Gegenwart französische Kultur mit ihrer Zentralisierung im Raum Versailles und Paris (ab Ende des 18. Jahrhunderts nur in Paris). Eine im Zentrum der Macht versammelte *société polie*, in deren Rahmen eine Mehrzahl von gesellschaftlichen Gruppen auf der Basis von Austausch und Konkurrenz durch einen kollektiven Erziehungsprozess zu gehen hatte, brachte ein ideales Konzept des Lebens in der Gesellschaft hervor, das ständig erprobt und weiterentwickelt wurde und dennoch im Kernbestand alle Revolutionen überdauerte. Als ideales Leitbild fungiert in diesem Prozess der klassische Honnête Homme, der sich im 18. Jahrhundert zum Philosophen wandelt und über die Große Revolution hinweg das neue Ideal des Homme civilisé prägt, bis das 20. Jahrhundert mit fortschreitender Entmachtung Frankreichs und Europas, mit Globalisierung und Entkolonialisierung dieses kulturelle Erbe in die Defensive drängt. Wenn sich im neuzeitlichen Frankreich eine große Pfahlwurzel Europas bilden konnte, vielleicht die konsistenteste, gewinnt seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das Rhizom an Bedeutung und überwuchert die französische *racine pivotante*, ohne sie ganz verschwinden zu lassen.

Von diesem kultur- und literaturhistorischen Rundblick her gewinnt das Bemühen um Deutung der beiden Texte neue Chancen. So populär die kommerziell weithin verwertete Figur des kleinen Prinzen sein mag, so wenig Aufmerksamkeit weckt in den gängigen Kommentaren die Gestalt des Ich-Erzählers, eines in der Sahara notgelandeten Piloten, der durch die Begegnung mit der Märchenfigur seine auf der Kreativität der Kindheit beruhenden seelischen Kraftquellen freisetzen kann, um auf dieser Basis letzten Endes mit einer lebensbedrohenden Situation fertig zu werden. Saint-Exupéry hat mehrere Romane rund um diese Figur des einsamen Helden angesichts der Übermacht des Elementaren und im Zeichen tapferer Pflichterfüllung gestaltet. Im Lichte des Gesamtwerkes von Saint-Exupéry, von *Courier Sud* (1928) bis *Citadelle* (1948 posthum), erscheint der kleine Prinz mit all seinem Charme nicht als alleinige Hauptgestalt sondern als Partner und Helfer des Piloten, der vom Anfang bis zum Ende der Erzählung als eigenständiger Protagonist präsent ist. Wenn der romanistische Literaturhistoriker von dieser Feststellung aus die literarische Umgebung des Autors erkundet, entdeckt er nicht wenige französischen Romane der Mitte des 20. Jahrhunderts, die um heroische Protagonisten herum gebaut sind und deren Kampf gegen Wildnis und Barbarei im Namen der Zivilisation inszenieren. Die Namen sind berühmt: Malraux, Sartre, Camus, Montherlant, Giono und etliche andere. Wenn von hier aus Schritt für Schritt die

Literatur der vorangehenden Jahrhunderte durchleuchtet wird, erweist sich das Streben nach *maîtrise* und *dépassement* als ein immer wieder durch seine Nachhaltigkeit überraschender Grundzug der französischen Literaturgeschichte. Natürlich fehlt es nicht an mächtigen Kräften der Relativierung, aber sie stehen bei genauerer Betrachtung im Dienst der gestaltenden und formulierenden Macht im Hintergrund, die als Erzähler, dramatischer Fädenzieher oder lyrischer Sprachstrategie alles Naturhaft-Schlichte, Chaotische, Primitive und Provinzielle bündigt. Spätestens seit dem Ersten Weltkrieg muss der traditionell dominierende Vorkämpfer im Dienst der Zivilisation vor dem Ansturm des Irrational-Ungeregelten Abstriche machen, sich in Frage stellen lassen und sich anpassen, aber hat letztlich doch immer wieder die Oberhand, so wie der Pilot Saint-Exupéry angesichts der übermächtigen Sahara. Die Welt des kleinen Prinzen ist als Ursprungsdomäne der Phantasie und wohl auch als Erprobungsfeld des Menschlichen im Sinne der französischen Moralistik des 17. Jahrhunderts ein wichtiges Tonikum für den erzählenden Helden. Für sich betrachtet wirkt sie allerdings wie ein unreal-fragiles Wolkenkuckucksheim, zu dessen Erhalt der kleine Prinz die technische Erfahrung des Piloten braucht (Maulkorb und Ställchen für das Schaf), während sich dieser von der Magie seines Freundes und seiner Märchenwelt stärken und reinigen lässt, damit er als ein Gefestigter in die Welt der Zivilisation zurückkehren kann.

Dibs maghrebische Prinzessin hingegen bleibt in der Menschenwelt als alleinige Hauptfigur, ein durchaus irdisches Mädchen, das sich aber auch ihrer spirituellen Dimension bewusst ist und sich verantwortlich fühlt als heimliche *gardienne du monde*, zuständig für kulturelle Vielfalt und in Abwehrhaltung gegenüber identitären Beengtheiten. Soll also der Literaturforscher den Petit Prince zur Karotte machen und die Infante Maure zum Efeurhizom? Dies wäre ein unverzeihlicher Verstoß gegen das methodologische Prinzip, dass ein Spiel mit Metaphern reizvoll ist – schließlich kommt es dem Forschenden und Lehrenden durchaus zustatten, wenn in ihm ein verdrängter Dichter steckt – aber nie den Boden der Wissenschaft unter den Füßen verlieren soll.

Denn all die Arbeit an den Texten bestärkt uns in der Meinung, dass das Studium von Pfahlwurzeln und Rhizomen in der Literatur keine scharfen Trennungen verträgt. Wenn sich der Leser an die vor *L'Infante maure* erschienenen Romane Dibs erinnert, stellt er fest, dass es in ihnen über lange Strecken um die Behauptung algerischer Alterität gegenüber Kolonialismus und kultureller Dominanz Frankreichs ging. Nachdem Dib als Sympathisant der FLN Algerien verlassen und sich in Frankreich ansiedeln musste, versuchte er in seinen Romanen, Probleme und mögliche Perspektiven eines künftigen Algerien zu be-

leuchten. Konflikte spielen in diesem Schaffen eine Hauptrolle, an dramatischen Konfrontationen von politischen Interessen und kulturellen Gegensätzen fehlt es nicht, auch mit tödlichem Ausgang. In diesem Zusammenhang finden sich bei Mohammed Dib starke Tendenzen zum Aufbau einer *racine pivotante* im Dienst des Strebens nach kultureller Eigenständigkeit Algeriens, aber auch ein permanentes Suchen nach Verständigung mit dem Anderen. Gegen eine einseitige Betonung der Transkulturalität bei Mohammed Dib spricht nicht zuletzt die entschiedene Weigerung der Lyyli Belle, sich mit dem Trend zur Hybridisierung abzufinden. Sie hat mehr als eine Welt zur Verfügung und ist glücklich über ihre Möglichkeit, frei zwischen ihnen wandern zu können.

Parce que je crois qu'on naît partout étranger. Mais si on cherche ses lieux et qu'on les trouve, la terre alors devient votre terre. Elle ne sera pas cet horrible entre-monde auquel je me garde bien de penser. Je suis retournée à l'idée que ça puisse être. Il n'y a rien que je déteste autant que cette idée, être sans lieu. (171)

1994, während der alptraumartigen Periode der Massaker in Algerien (*décennie noire*) war ich Zeuge einer Intervention Dibs anlässlich eines Kolloquiums über die kabyliche Sängerin und Schriftstellerin Taos Amrouche im Institut du Monde Arabe in Paris, als von maghrebinischer Seite der unheilbare Gegensatz zwischen der islamischen Welt und Europa thematisiert wurde: Dib sagte, dass viele Probleme der heutigen Welt sich von selbst erledigen würden, sollte es Gott in seiner Weisheit und Barmherzigkeit gefallen, etwa zehn Jahre lang nur weibliche Babies zur Welt kommen zu lassen. Ich höre noch das erstaunte Schweigen nach dieser Wortmeldung.

Im Spätwerk Dibs öffnete sich sein Romanwerk immer mehr und nahm neue Erfahrungswelten auf, von Paris nach Finnland, von Kalifornien nach Bosnien und Moskau, ohne je die maghrebinische Pfahlwurzel zu kappen. Dibs maurische Infantin verkörpert einen Traum von harmonischer Nachbarschaft, wenn man so will von inter- wie auch transkulturellem Frieden. Und auch Saint-Exupéry, der Erbe des vertikal-zentralistischen Anteils der französischen Kultur, lässt sich nicht einfach zum Pfahlwurzelrepräsentanten stempeln, wenn man sich erinnert, dass der folgende Satz von ihm stammt: *L'homme n'est qu'un noeud de relations, les relations comptent seules pour l'homme* (*Pilote de guerre*, 1942). Sowohl der kleine Prinz als auch die maurische Infantin finden eine Quelle mitten in der Wüste. Wen stört es, wenn es sich bei Saint-Exupéry um einen europäischen Ziehbrunnen handelt und bei Dib um eine biblisch anmutende Erdspalte zwischen Fels und Sand?

Der Romanist sagt sich, dass eine zu radikale Trennung zwischen Inter- und Transkulturalität in der Literaturwissenschaft von heute möglicherweise einen Holzweg darstellt. Wenn Rhizom und Pfahlwurzel nur Tendenzen darstellen, die koexistieren und in bestimmten geschichtlichen Konstellationen soziokultureller Art jeweils stärker hervortreten, dann sind die beiden Tendenzen nicht als Gegensätze zu sehen, sondern als komplementäre Leitlinien des literaturwissenschaftlichen Arbeitens. Diese *harmonia oppositorum* ist in der Praxis des Forschens und Lehrens nicht leicht zu bewältigen, aber sie belohnt den in ihrem Sinne Engagierten mit einer Fülle von Entdeckungen.

Frankophonie: Von der postkolonialen Utopie zum politischen Feld

Jürgen ERFURT, Frankfurt am Main

1. Referenzpunkte

1.1 1987 erscheint im Verlag Hurtibise in Montréal und parallel bei Nathan in Paris ein Buch unter dem Titel „La Francophonie. Grand dessein, grande ambiguïté“. Sein Autor ist der Québecer Journalist und Politiker Jean-Marc Léger (1927-2011), gleichermaßen ein glühender Kämpfer für die Souveränität Québecs wie „un des pères fondateurs de la Francophonie“, wie es in einem Nachruf in „Le Devoir“ (Montréal) vom 15.2.2011 heißt. Bereits der Titel deutet darauf hin, dass es sich bei diesem Buch nicht um eine dieser Elogen oder Sonntagsreden auf die Francophonie handelt, mit denen ihre Promotoren so gern an die Öffentlichkeit gehen. Wie sehr sich in Légers Sicht auf das Unternehmen Francophonie, das er über drei Jahrzehnte maßgeblich mit aufgebaut hat, Kritik, zuweilen auch Bitterkeit und Enttäuschung einschreibt, lässt sich an folgender Passage aus der „Conclusion“ seines Buchs ablesen:

J'éprouve à parler de francophonie désormais un malaise croissant en même temps qu'un sentiment d'accablement. Il m'arrive de penser que si la francophonie n'existait pas, il faudrait surtout ne pas l'inventer: j'entends par là, bien sûr, ce vocable lourd d'équivoques et de malentendus mais plus encore l'espèce de caricature que tend à devenir une certaine vision de l'entreprise francophone, celles des séances solennelles et des petits fours, des longs discours et des petits calculs. [...] on n'en finit plus de faire les mêmes constats, de concevoir des mesures de redressement et des plans d'action, de réfléchir mille fois sur les mêmes thèmes, de rééditer les mêmes enquêtes, les mêmes groupes de travail, les mêmes séminaires et colloques. D'où une constante inadéquation entre l'immense effort de réflexion et de proposition consenti depuis un quart de siècle et la minceur des résultats enregistrés (189-190).

Wer ist dieser Jean-Marc Léger, der dieses Buch – und dies ist eine weitere Pikanterie – unmittelbar vor Beginn des 1987 in Québec stattfindenden *Deuxième Sommet de la Francophonie* publizierte?

1.2 Im Juli 2007 reist der französische Präsident Nicolas Sarkozy in den Senegal und hält an der Université Cheikh-Anta-Diop de Dakar eine Rede, die als „Discours de Dakar“¹ nicht nur Schlagzeilen macht, sondern einmal mehr das hoch problematische Verhältnis bestimmter gesellschaftlicher Kreise in Frankreich zur kolonialen Vergangenheit der „grande nation“ zum Ausdruck bringt. In der Rede des Präsidenten paart sich unverhohlener Paternalismus mit einer rassistischen Tonart, wie der Philosoph B.-H. Lévy² konstatiert. Frankreichs Präsident nutzt seine erste Reise nach Dakar, um der „Jugend Afrikas“ eine Lektion zu erteilen: „Je suis venu vous dire ...“, und in der es unter anderem heißt:

le drame de l’Afrique [vient du fait que] l’homme africain n’est pas assez entré dans l’Histoire. [...]

Le problème de l’Afrique, c’est qu’elle vit trop le présent dans la nostalgie du paradis perdu de l’enfance. [...]

Dans cet imaginaire où tout recommence toujours, il n’y a de place ni pour l’aventure humaine ni pour l’idée de progrès [...]

Je suis venu vous dire que l’homme moderne qui éprouve le besoin de se réconcilier avec la nature a beaucoup à apprendre de l’homme africain qui vit en symbiose avec la nature depuis des millénaires.

Dakar, die Hauptstadt des Senegal, ist ein prominenter Ort in der Geschichte des französischen Kolonialismus und des Postkolonialismus und nicht zuletzt auch ein prominenter Ort für das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Visionen von ‚francophonie‘, wie weiter unten noch ausgeführt wird. Diese Visionen von ‚francophonie‘ hängen maßgeblich damit zusammen, wie die Beziehungen zwischen Frankreich und den Ländern seines ehemaligen Kolonialreichs politisch gedacht und politisch gestaltet werden. Vor seiner Wahl zum Präsidenten hatte Sarkozy angekündigt, die lange Zeit praktizierte neokoloniale Politik von ‚Françafrique‘ zu Grabe tragen zu wollen, gleich danach belebte er

¹ Online verfügbar, u.a. https://fr.wikipedia.org/wiki/Discours_de_Dakar.

² Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2007/10/09/le-jour-ou-sarkozy-stupefia-l-afrique_12060. (7.10.2016).

sie aufs Neue. Wie verträgt sich diese Politik mit den Visionen von ‚francophonie‘, die der erste Präsident des Senegal, Léopold-Sédar Senghor, einst formuliert und vertreten hat?

1.3 Wiederum in Dakar findet am 29. und 30. November 2014 „la XV^e conférence des chefs d’État et de gouvernement des pays ayant le français en partage“, kurz: *le XV^e sommet de la Francophonie*, statt. Das zentrale Thema des Gipfeltreffens lautet: „Femmes et Jeunes en Francophonie: vecteurs de paix, acteurs de développement“

Auf der Homepage der Organisation internationale de Francophonie (OIF) lesen wir, das Gipfeltreffen resümierend, folgendes:

Le XV^e Sommet de la Francophonie s’est déroulé à Dakar du 29 au 30 novembre. Les chefs d’État et de gouvernement de l’OIF ont élu Michaëlle Jean au poste de Secrétaire générale, admis trois nouveaux membres observateurs (Costa Rica, Kosovo et Mexique), adopté la déclaration de Dakar et 9 résolutions, ainsi que des stratégies économique et jeunesse, et confié à Madagascar l’organisation du XVI Sommet, en 2016.³

Alle zwei Jahre, von zwei Ausnahmen abgesehen, halten seit 1986 die „chefs d’État et de gouvernement des pays ayant le français en partage“ eine Konferenz ab. Seit der Gründung der *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) im Jahre 1997 stellt diese Konferenz das höchste Gremium der OIF dar. Liest man die Resolutionen, die während des XV^e Sommet de la Francophonie in Dakar 2014 verabschiedet wurden, drängt sich der Eindruck auf, hier haben UNO und UNESCO ein gemeinsames Treffen abgehalten, bei dem lediglich einige ihrer Mitglieder abwesend gewesen seien. Die Themen jedenfalls, mit denen sich das Gipfeltreffen befasste, könnten auch auf der Agenda von UNO und UNESCO gestanden haben:

- *Résolution sur les situations de crise, de sortie de crise et de consolidation de la paix dans l’espace francophone,*
- *Résolution sur le terrorisme*
- *Résolution sur la santé des mères, des nouveau-nés et des enfants*
- *Résolution sur l’épidémie de virus Ebola en cours en Afrique de l’Ouest et les risques d’extension dans l’espace francophone*
- Résolution sur les faux médicaments et les produits médicaux falsifiés*

³ <http://www.francophonie.org/15e-Sommet-de-la-Francophonie.html> (5.11.2015).

Résolution sur la promotion du tourisme durable dans les Petits États insulaires en développement.

Was ist das für eine Organisation, die solche Themen verhandelt und die zugleich ihren Aktionsradius auf einen wenig bestimmbaren „espace francophone“ festlegt? Was ist das für eine Organisation, deren Mitglieder, wie ihrem offiziellen Titel zu entnehmen ist, „ayant le français en partage“, die jedoch anlässlich dieses Gipfelreffens mit Costa Rica, Mexiko und Kosovo neue Mitglieder aufnimmt, bei denen man kaum gewillt ist anzunehmen, dass deren Regierungen „ayant le français en partage“?

1.4 Im August 2014 legt der einflussreiche französische Intellektuelle Jacques Attali dem Präsidenten Frankreichs, François Hollande, einen Bericht unter dem Titel „La Francophonie et la francophilie, moteurs de croissance durable“ vor. Dem Bericht ist eine Synthese vorangestellt, die mit zwei Feststellungen beginnt, deren Inhalt, und noch mehr, deren Zusammenhang, sich nicht ohne Weiteres erschließen. Es heißt: „Das ökonomische Potential der Francophonie ist sehr groß und wird von Frankreich zu wenig genutzt. Das fortschreitende Verschwinden nationaler Grenzen lässt andere Kriterien identitärer Zugehörigkeit in den Vordergrund treten: Sprache und Kultur begründen nun die neue Geographie“. ⁴ Das Ziel des Berichts besteht darin, den Repräsentanten des französischen Staates Wege aufzuzeigen, wie im Zeitraum bis 2050 die „Francophonie und francophilie“ in den Dienst der Ökonomie und der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen ist. Im vierten Teil formuliert der Bericht insgesamt 53 Vorschläge zur Rolle des Staates, der französischen Sprache und der Frankophonie für die Sicherung dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums. Er endet mit dem Vorschlag Nr. 53, der darin besteht, die internationale politische Organisation der Frankophonie (OIF) abzuschaffen und durch eine frankophone Wirtschaftsgemeinschaft zu ersetzen. ⁵

⁴ „Le potentiel économique de la francophonie est énorme et insuffisamment exploité par la France. L’effacement progressif de frontières nationales impose d’autres critères d’appartenance identitaire: la langue et la culture constituent la nouvelle géographie.“ (Attali 2014, Synthèse).

⁵ „Mettre sur la table un projet de remplacement de l’Organisation internationale de la Francophonie par une Union économique francophone sur le modèle de l’Union européenne“ (Attali 2014: 79).

2. Worum geht es in diesem Beitrag?

Die vier Ereignisse sollen als Koordinaten auf dem weiten und wenig übersichtlichen Feld der Frankophonie betrachtet werden, um Anhaltspunkte für die Diskussion von zwei scheinbar trivialen Fragen zu bekommen: 1. Was bedeutet Frankophonie? 2. Wie ist das Verhältnis Frankreichs zur Frankophonie, oder genauer, weil in Frankreich unterschiedliche Positionen auszumachen sind: Welche Rolle spielen politische Akteure Frankreichs in Bezug auf die Frankophonie? Um letzteres herauszuarbeiten, bietet sich als Kontrastfolie die Analyse von Diskursen der Frankophonie in Kanada und Québec an. Ziel des Beitrags ist es, einige Elemente zum Verständnis des Phänomens der Frankophonie und zur Rolle von Sprache bei der Konstruktion von Räumen zusammenzutragen. Er knüpft damit einerseits an Untersuchungen an, wie sie von Provenzano (2011), Klinkenberg (2015), Riesz (2003a, 2003b, 2013) u.a. vorgelegt wurden. Andererseits stellt sich angesichts von Prozessen der Globalisierung, und mehr denn je auch von Prozessen der Transregionalisierung und der Transkulturalität, die Frage danach, welche Dynamiken das Feld der Frankophonie bestimmen (u.a. Mufwene/Vigouroux 2014, Erfurt 2017). Diesem ersten Ziel nachgeordnet ist ein weiteres, das darin besteht, begriffliche Differenzierungen zu hinterfragen, die sich in den letzten Jahren etabliert haben. Dies erscheint geboten angesichts von verkürzenden oder statischen Interpretationen des Phänomens der Frankophonie und seiner Geschichte, wie sie beispielsweise die OIF⁶ als einer der zentralen Akteure praktiziert, wie sie aber auch in wissenschaftlichen Arbeiten an der Tagesordnung sind (u.a. Massart-Piérard 2007, Sanaker/Holter/Skattum 2006). Ein Indiz für derartige Interpretationen besteht darin, dass zwischen einer sprachlich-kulturellen Frankophonie einerseits und einer politischen bzw. institutionellen Frankophonie andererseits, unterschieden wird, wobei letztere mit der OIF gleichgesetzt wird. Diese Zweiteilung knüpft an die von der Zeitschrift „L'Année francophone internationale“ Anfang der 1990er Jahre eingeführte begriffliche und graphische Unterscheidung an, nach der die Schreibung ‚francophonie‘, mit kleinem f, „die Völker oder Sprechergruppen bezeichnet, die in ihrer alltäglichen Praxis oder ihren sonstigen Kontakten immer oder teilweise die französische Sprache nutzen“⁷,

⁶ Vgl. die Darstellung zur Geschichte der Francophonie auf der Homepage der OIF <http://www.francophonie.org/Une-histoire-de-la-Francophonie.html>.

⁷ Vgl. Tétu 1994 (dir.) = L'Année francophone internationale. Édition 1994, „Au lecteur (S. 6): „la francophonie, avec f minuscule, désigne généralement l'ensemble des peuples ou des groupes de locuteurs qui utilisent partiellement ou entièrement la langue française dans leur vie quotidienne ou leurs communications“.

während die Schreibung ‚Francophonie‘, mit großem F, auf die Bedeutung der „Gesamtheit der Regierungen, Länder und offiziellen Instanzen, die als Arbeits- oder Kontaktsprache das Französische nutzen“⁸ verweist. So nützlich diese Differenzierung einst war, um eine gewisse Ordnung in die damals im Aufwind befindliche Frankophoniediskussion zu bringen, so hinderlich erweist sie sich für eine angemessene Beschreibung dessen, was nach dem Ende des Kalten Kriegs an veränderter Komplexität und an neuen sozialen Prozessen den Wandel der Frankophonie bestimmte (vgl. Brown 2011). Es genügt, einen Blick auf die frankophonen Gemeinschaften im Minderheitenkontext wie in Ontario oder im Aostatal zu werfen, um zu verstehen, wie komplex und multidimensional sich die Phänomene der Frankophonie darstellen und sich einer begrifflichen Trennung in ‚sprachlich-kulturelle Frankophonie‘ und ‚politische‘ bzw. ‚institutionelle Frankophonie‘ entziehen. Genau um diese Komplexität geht es, wenn im Folgenden mit dem Konzept des ‚politischen Feldes‘ von Pierre Bourdieu (siehe Abschnitt 3) gearbeitet wird.

Die Auswahl der eingangs genannten Ereignisse folgt der Absicht, einige Prozesse des Wandels von Frankophonie herauszuarbeiten. Den beiden unter 1.1 und 1.2 angeführten Ereignissen ist gemeinsam, dass sie in einem narratologischen Sinne als Elemente von Erzählungen, in einem sozialwissenschaftlichen Sinn als Einheiten von Diskursen zu verstehen sind. Gemeinsam ist diesen beiden Ereignissen weiterhin, dass sie jeweils als singuläre Ereignisse heftige öffentliche Kontroversen ausgelöst haben, in denen es immer wieder auch um Positionsbestimmungen gegenüber dem Phänomen der Frankophonie und um dessen Wahrnehmung ging.⁹ Aus der Gegenüberstellung von 1.1 als einer Québecer Position und 1.2 als einer französischen Position lassen sich auch die nicht selten divergierenden politischen Interessen ablesen, die in Frankreich und in Kanada mit der Frankophonie verbunden werden und die im übertragenen Sinne für die Interessenkonflikte und -kollisionen stehen, die das politische Feld generell bestimmen.

Die Ereignisse 1.3 und 1.4 stehen hingegen für andere Dimensionen diskursiven Handelns. Sie stellen nicht – oder zumindest sehr viel weniger als die beiden vorherigen – Narrationen und diskursive Konstruktionen dar, sondern sie verweisen im Sinne von Berger/Luckmann (1966) und Esser (2000) auf Prozesse der Institutionalisierung, indem sie auf Regeln und Regelsysteme abstellen, die für das soziale Handeln konstitutiv sind: z.B. auf Regeln, nach denen

⁸ La „Francophonie“, avec un grand F, désigne plutôt l'ensemble des gouvernements, des pays ou des instances officielles qui ont en commun l'usage du français dans leurs travaux ou leurs échanges“, ebd.

⁹ In diesem Sinne ist das Buch von Provenzano (2011) einschlägig.

die OIF funktioniert, oder Regeln, nach denen Frankreich seine ökonomischen Verhältnisse ausgestaltet. Während sich in 1.3 die OIF als der zentrale Akteur der Frankophonie inszeniert und einige ihrer Spielregeln – der Modus der Abfolge von Gipfeltreffen, die Kür der neuen Generalsekretärin, die Aufnahme neuer Mitglieder, etc. – darlegt, wirft der Beleg in 1.4 ein Licht auf die Spielregeln und Handlungsoptionen der französischen Regierungspolitik gegenüber der OIF und gegenüber einer sehr viel weiter gespannten ‚Francophilie‘, die in Kreisen der französischen Elite als Ressource für wirtschaftliches Wachstum entdeckt wird.

3. Bourdieus Konzept des ‚politischen Feldes‘ und Thesen der Argumentation

Die vier erwähnten Ereignisse sind in gewisser Weise x-beliebige, ausgewählt und herausgegriffen aus einer Geschichte von Diskursen, Ereignissen und politischen Handlungen, die das Feld der Frankophonie begründen. Es handelt sich um eine Geschichte, die ihren Anfang in den 1950er Jahren nimmt und die in gewisser Weise schon in der Hochphase des französischen Kolonialismus am Ende des 19. Jahrhunderts angelegt ist.

Auch wenn man die vier erwähnten Ereignisse als beliebig ansehen mag, so eignen sie sich dennoch dazu, sie als Anhaltspunkte dafür zu verwenden, was Pierre Bourdieu mit dem Konzept des Feldes erfassen will. In Bourdieus Begriff des ‚Feldes‘ ist der Aspekt der ‚Beziehungen‘ zentral: Beziehung nicht nur im Sinne der Interaktionen von Akteuren, sondern auch im Sinne von nicht sichtbaren Strukturen, etwa in Form von Regeln und Regularitäten. Bourdieu spricht von verschiedenen Feldern, in denen sich die Gesellschaft organisiert: das ökonomische Feld, das politische Feld, das kulturelle, das künstlerische, das religiöse usw., die sich jeweils durch Akteure, durch Institutionen und damit durch das, was Institutionen auszeichnet, nämlich durch Regeln und Regularitäten, sowie durch ihre Beziehungen zueinander definieren:

les agents et les institutions luttent, suivant les régularités et les règles constitutives de cet espace de jeu (et, dans certaines conjonctures, à propos de ces règles mêmes), avec des degrés divers de force et par là, des possibilités diverses de succès, pour s'appropriier les profits spécifiques qui sont en jeu dans le jeu. Ceux qui dominent dans un champ donné sont en position de le faire fonctionner à leur avantage, mais ils doivent toujours compter avec la résistance, la contestation, les revendications,

les prétentions, « politiques » ou non, des dominés. (in: Bourdieu/Waquant 1992: 78).

Die Theorie des Feldes hat Bourdieu in seiner ganzen Komplexität insbesondere im Hinblick auf das kulturelle bzw. literarische Feld entwickelt. Anhand von Flauberts Roman „L'éducation sentimentale“ arbeitet er in „Les règles de l'art. Genèse et structure du champ littéraire“ von 1992 (21998) die Theorie des Feldes zu einem analytischen Instrument der Produktion und Reproduktion kultureller Verhältnisse und Produkte aus, indem er der Frage nachgeht: „En quoi Flaubert écrivain est produit par ce qu'il contribue à produire?“

Bourdieu's Begriff des Feldes eignet sich meines Erachtens dazu, ihn auf das Phänomen der Sprache und insbesondere der Frankophonie anzuwenden und sie als ein politisches Feld zu analysieren. Dabei geht es darum zu verstehen, welche Dynamik sich in der Transformation von kulturellen Ideen und Diskursen in eine politische Praxis in den letzten sieben Jahrzehnten entfaltet. Dazu möchte ich zwei Thesen formulieren, die ich im Zuge meiner Argumentation und unter Rückgriff auf die oben genannten Ereignisse illustrieren werde.

Erstens die Politisierungsthese¹⁰: Die Geschichte der Frankophonie seit Beginn der 1960er Jahre ist die einer wachsenden Politisierung des kulturellen Diskurses und der Ablösung seiner Akteure durch eine professionelle und bürokratische Elite. Die Politisierung tritt auf dreifache Weise zu Tage: Zum einen in einer Transformation des Ideenmonopols in der Frühphase der Frankophonie, das außerhalb Frankreichs und insbesondere unter den intellektuellen Eliten in Afrika und Québec angesiedelt war, in ein Definitions- und Machtmonopol der bürokratischen Elite innerhalb Frankreichs in den 1980er Jahren. Zum zweiten drückt sich die Politisierung in der Transformation von kulturellen Beziehungen auf der Basis einer gemeinsamen Sprache in transnationale politische Beziehungen, unter partieller Vernachlässigung der Sprache, aus. Das Ziel dieser Transformation besteht darin, die internationalen Einflussphären zu reorganisieren. Und drittens zeigt sich die Politisierung darin, wie multilaterale politische Beziehungen in die Gründung von Institutionen überführt werden, die Ausdruck von politischem Willen sind, die selbst Politik gestalten (Bildungspolitik, Umweltpolitik, Medienpolitik, Sprachpolitik usw.) und die wiederum Gegenstand von politischen Transformationen sind. Letzteres wird an den

¹⁰ Diese Thesen finden sich erstmals in Erfurt 2005, Kap. 4, 119-158, in modifizierter Form im Kontext der Geschichte der Frankophonieforschung auch in Erfurt/Amelina 2011: 11-55.

vielfältigen Umstrukturierungen von Institutionen bis hin zur in Frankreich diskutierten Auflösung und Umgestaltung der Internationalen Organisation der Francophonie erkennbar.

Zweitens, die Professionalisierungs- und Bürokratisierungsthese. Sie besagt, dass die Francophonie, indem sie Prozesse der Institutionalisierung, Verstaatlichung und Globalisierung aktiv betreibt, sowohl Spezialisierungs- als auch Effizienzerwägungen unterworfen ist. Der von ihr geschaffene institutionelle Apparat verlangt einerseits hohes Verwaltungsaufkommen und erzeugt andererseits Verstetigung und Verharrung. In dem Maße, wie die Institutionen der Francophonie an Vielfalt und Breite gewinnen, nimmt auf der personellen Ebene die Rekrutierung von Fachleuten für eine wachsende Zahl von Praxisfeldern zu. Gleichzeitig kommen Analyse- und Strategiebildungsprozesse in Gang, die wiederum als ein Aspekt der Effizienzerwägungen dem Sachverhalt Rechnung tragen, dass die Francophonie vor allem für den französischen Staat ein kostspieliges Unternehmen ist. Sie stellt somit nicht nur ein Feld für berufliche Karrieren und für die Verwertung von Bildungsressourcen dar, sondern unter dem Einfluss des Neoliberalismus auch eines der Durchsetzung von Verwaltungsstrukturen, effizienteren bürokratischen Abläufen und von Kontrolle. Der Umbau zur OIF und die Einführung einer pyramidalen Struktur von Hierarchieebenen in den späten 1990er Jahren belegen dies geradezu exemplarisch.

Dieser Argumentationslinie folgend, werden in diesem Beitrag einige wichtige Akteure auf dem politischen Feld der Frankophonie behandelt, andere wiederum nicht: Nicht in Betracht gezogen werden jene, die in „vor-frankophoner“ Zeit gegründet und in direkter Verlängerung der französischen Außenpolitik stehen, wie die „Alliance française“ oder die „Mission laïque française“, oder solche, die primär konfessionelle Interessen vertreten wie die „Société des missions évangéliques“ und die „Alliance israélite universelle“.

4. Was ist die Bedeutung dieser Ereignisse?

4.1 Als am 14. Februar 2014 Jean-Marc Léger verstarb, wurde er in zahlreichen Nachrufen gewürdigt als „un des pères fondateurs de la Francophonie“¹¹, so der *Croniqueur* des „Devoir“ Antoine Robitaille, als „le premier architecte [de la francophonie] à l'échelle internationale“¹², so sein Nachfolger Jean-

¹¹ Vgl. Le Devoir du 15 février 2011: <http://www.ledevoir.com/societe/actualites-en-societe/316840/jean-marc-leger-1927-2011-un-pere-de-la-francophonie-s-eteint> (7.10.2016).

¹² Vgl. Le Devoir du 16 février 2011: <http://www.ledevoir.com/societe/actualites-en-societe/316855/jean-marc-leger-1927-2011-vision-passions-et-realizations> (7.10.2016).

Louis Roy, vormaliger Generalsekretär der Agence intergouvernementale de la Francophonie (AIF), die aus der Agence de coopération culturelle et technique (ACCT) hervorging, sowie als „Indépendantiste pour son pays, formidable lanceur et ‚concrétiseur‘ d'idées au service d'un engagement clair, solide en faveur de la langue française et de la solidarité francophone“¹³, so die beiden Ehrenpräsidenten der *Association des universités partiellement ou entièrement de langue française* (AUPELF), Michel Gervais, langjähriger Rektor der Université Laval in Québec, und Michel Guillou, Nachfolger von Léger an der Spitze der AUPELF, dann erster Rektor der *Université des réseaux d'expression française* (UREF; 1991-1998), die 1998 in die *Agence universitaire de la francophonie* (AUF) umgewandelt wird.

In diesen Würdigungen des Wirkens von Jean-Marc Léger fallen einige Schlaglichter auf dessen Überzeugungen – indépendantiste québécois und militant pour la francophonie – und dessen Aktivitäten u. a. an der Spitze der AUPELF und der ACCT, womit zugleich wichtige Akteure auf dem Feld der Francophonie Erwähnung finden. Wer also ist dieser Jean-Marc Léger, der auf diese Weise gewürdigt wird? Beginnen wir im Jahr 1953. Im Oktober 1953, als junger Journalist von Mitte 20, entwickelt J.-M. Léger die Idee der Gründung einer „Union culturelle française“, die er dem damaligen französischen Außenminister, und später auch dem französischen Präsidenten vorträgt: eine Union französischsprachiger Länder, bestehend aus Frankreich und dessen überseeische Territorien in Afrika und Asien, Belgien, Haiti, und selbstredend *le Canada français*, wie es damals noch genannt wurde, und auch noch weiteren Ländern. Diese „Union française spirituelle“, wie sie Léger auch paraphrasiert, sollte sich der Aufgabe widmen, „de défendre, matériellement ou par la plume, les intérêts de la culture française là où elle serait menacée et d'aider les minorités de langue française trop isolées ou trop pauvres pour se développer“, wie es im Zeitungsartikel eines AFP-Korrespondenten zu den Gesprächen von Léger in Paris heißt (vgl. Léger 1987: 205f.).

Légers Plan einer „Union culturelle française“ stößt in Frankreich zu jener Zeit auf taube Ohren. Warum, wird gleich noch dargelegt. Das Wort ‚francophone‘ war zu dieser Zeit noch nicht im Sprachgebrauch. Während sich die französische Regierung für diesen Plan nicht erwärmen konnte, hatte man in Kanada bereits damit begonnen, einen solchen Plan auszugestalten, wie sich an folgenden Initiativen zeigen lässt.

¹³ Vgl. Le Devoir du 1 mars 2011:

<http://www.ledevoir.com/politique/quebec/317791/libre-opinion-jean-marc-leger-visionnaire-et-batisseur-de-la-francophonie> (7.10.2016).

Der vom *Conseil de la vie française en Amérique* organisierte „Troisième Congrès de la langue française au Canada“ (Québec, 18.-26. Juni 1952), der mehrere Tausend Teilnehmer zählte, befasste sich ausführlich mit der Situation der französischsprachigen Gemeinschaften in Kanada und den USA, in Haiti, Luxemburg, im Aostatal und auf Maritius. Zudem zeigten die Ansprachen der Repräsentanten Frankreichs, Belgiens und der Schweiz, dass hier das Konzept von ‘francophonie’ und von frankophoner Solidarität Kontur gewinnt.

Ein zweites Beispiel: der aus dem Schweizer Kanton Jura stammende Literaturwissenschaftler Auguste Viatte (1901-1993) beginnt 1939 das, was er später sein „œuvre haïtienne“ nennen sollte. Als Professor für Literaturwissenschaft an der Université Laval in Québec übernimmt er im Auftrag seiner Universität 1939 die Aufgabe, „de mettre sur pied un enseignement supérieur des Lettres, dont l’île est privée“ (Lachat 2008, § 6). Er setzt sich dafür ein, der Abwanderung der haitianischen Eliten in die USA eine Bildungsperspektive in französischer Sprache entgegen zu setzen. Über die Zeitspanne des Zweiten Weltkriegs hinaus ist Viatte¹⁴ immer wieder in Haiti tätig, zeitweilig auch in der Funktion des Kulturattachés Frankreichs, und verfolgt das Ziel,

[...] de faire d’Haïti une base culturelle française rayonnant sur l’ensemble du continent américain. Prêt à recourir à son vaste réseau, Viatte présente un projet qui relève déjà d’une problématique nouvelle: dépassant un modèle de relations dominées par la France, il annonce une *francophonie* « aux foyers multiples », telle qu’elle se développera après les décolonisations (ebd., §22).

Und schließlich ein drittes Beispiel, das nur mit einem Satz erwähnt werden soll: Ein Journalistenkollege von J.-M. Léger, Dostalar O’Leary, wie Léger „un militant québécois“, ist es, der Anfang der 1950er Jahre die „Association internationale des journalistes de langue française“ gründet: die erste internationale Berufsvereinigung, die die französische Sprache als gemeinsames Band hat. In den 1960er Jahren werden weitere internationale Fachvereinigungen dieses Zuschnitts gegründet: Soziologen (1963), Juristen (1964), Parlamentarier (1967), Verleger (1968), Französischlehrer (1969), etc.

¹⁴ A. Viatte wird immer wieder als Autor der kleinen Schrift „La francophonie“, Paris: Larousse 1969, in den einschlägigen Bibliographien verzeichnet. Weniger bekannt sind seine Arbeiten als Komparatist, zunächst die „Histoire littéraire de l’Amérique française des origines à 1950“, 1954 in Québec erschienen; später seine „Histoire comparée des littératures francophones“, Paris: Nathan 1980.

Alle drei Initiativen – so unterschiedlich ihre Akteure in ihren politischen und religiösen Anschauungen auch gewesen sein mögen – haben einen gemeinsamen ideologischen Nenner. Die *Canadiens français* und alle anderen Frankophonen in Nordamerika und auf den Antillen stimmen in dem Motiv überein, sich der Macht und dem Assimilationsdruck, die von der dominanten anglophonen Gesellschaft in Nordamerika ausgehen, zu widersetzen. Das Mittel dazu sehen Léger und viele andere darin, ein Bündnis der Solidarität und der konkreten Hilfe zwischen den frankophonen Gemeinschaften in ganz Nordamerika und darüber hinaus in Europa und mit den französischsprachigen Kolonialgebieten aufzubauen. Und dies am besten mit Frankreich an führender Position.

Aber in Frankreich setzt die politische Klasse zu jener Zeit andere Prioritäten. In einer Phase, in der sich das Ende des Kolonialismus in Afrika deutlicher denn je abzeichnet, geht es ihr darum, die Zeit nach der politischen Unabhängigkeit präzise vorzubereiten. Seit 1953 werden überall in West- und Äquatorial-Afrika französische Kulturzentren gegründet, deren Aufgabe darin bestehen sollte, das geistige Leben anzuregen, „die Ausbildung, die Entwicklung und die persönliche Entfaltung der einheimischen Schüler zu ermöglichen und [...] den Graben zu überbrücken, der die Gebildeten von der Masse der Einheimischen trennt und so zum Fortschritt und sozialen Gleichgewicht beizutragen“ (Paraf 1958, zitiert nach Riesz 2003b). Anfang 1954 gibt es 28 solcher Zentren in der A.O.F., 1955 sind es bereits 98; für 1956/57 zählt P. Paraf 14 in Senegal, 7 in Mauretanien, 27 im damaligen Sudan (heute Mali), 17 in Obervolta (heute Burkina Faso), 26 in Guinea, 35 in der Elfenbeinküste, 9 in Niger und 22 in Dahomey (Bénin) auf (vgl. ebd.), sodass die Schlussfolgerung von Riesz lautet: „Die ‚Frankophonie‘ musste nach der politischen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten nicht erst erfunden werden, es gab sie bereits“ (ebd.).

Doch ist das die Frankophonie, die auch J.-M. Léger und die anderen *Canadiens français* im Blick haben? Die Idee der Gründung einer „Union culturelle française“ war für Léger auch nach der Ablehnung in Frankreich nicht vom Tisch und findet außerhalb Frankreichs, vor allem unter afrikanischen Intellektuellen, deutlichen Zuspruch. In dem eingangs erwähnten Buch berichtet Léger, dass in der Québecer Section dieser „Union culturelle française“ 1957 die Idee einer *Association internationale des universités de langue française* geboren wurde (vgl. Léger 1987: 85). Wieder ist er es, der nach Afrika und nach Europa reist, um Partner für dieses Projekt zu finden, das dann 1961 in Montréal seine offizielle Gründung als „Association des universités partiellement ou entièrement de langue française“ (AUPELF) erlebt. Der etwas sperrige Titel zeigt, in welcher Weise die Gründung dieser internationalen Vereinigung die Weichen

für eine Kooperation in den Bereichen von Sprache, Kultur und Bildung stellen sollte, die später zu einem Modell – ein Modell von zweien – für die institutionelle Francophonie wird. Der damalige Rektor der Universität von Rabat (Marokko) sei es gewesen, berichtet Léger (ebd., 88), der darauf insistierte, dass sein Land auf dem Wege der Arabisierung sei und seine Universität zwar auch eine ‚de langue française‘ sei, mehr aber noch eine ‚de langue arabe‘ sein müsse, weshalb eine Mitgliedschaft in einer „Association internationale des universités de langue française“ nicht möglich wäre. Damit tritt eine Diskussion darüber auf die Tagesordnung, ob sich ein solches Netzwerk auf Universitäten in (nur) französischsprachigen Ländern erstrecken soll oder auch auf Universitäten in mehrsprachigen Gesellschaften, in denen das Französische eine Sprache neben anderen, z.B. eine Sprache des Bildungswesens, ist. Die Lösung dieses Problems bestand darin, den Titel der Organisation um ‚partiellement‘ und ‚entièrement‘ zu erweitern. Von dieser Lösung gehen zwei starke Impulse aus: Die Vereinigung öffnet sich für Institutionen in mehrsprachigen Ländern, in denen das Französische eine kooffizielle oder auch keine offizielle Sprache ist. Genau dieser Aspekt ist es, der später die Entfaltung der Frankophonie befördern und dem Konzept von Frankophonie seinen spezifischen Sinn geben wird. Und zweitens versteht sie sich als Organisation der multilateralen Kooperation. Darauf wird noch zurückzukommen sein, denn dieses Verständnis von Kooperation sorgt für Konfliktstoff, besonders zwischen Frankreich einerseits sowie Kanada und anderen Staaten andererseits.

Ihren Sitz hat die AUPELF an der Université de Montréal, bis heute übrigens, wenn auch Paris als zweiter Sitz hinzugekommen ist. Ende der 1990er Jahre, im Zuge der Prozesse zur Neustrukturierung von Institutionen der Frankophonie unter dem damaligen Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, wird die AUPELF unter neuem Namen und mit neuen Statuten und Strukturen als *Agence universitaire de la francophonie* (AUF) in die *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) integriert und ihr der Status eines „opérateur direct“ zugewiesen.

Die AUPELF als ein von J.-M. Léger maßgeblich initiiertes Netzwerk – er war ihr Generalsekretär von 1961 bis 1978 – umfasste nach 25 Jahren weltweit 130 Universitäten. Heute zählt es 817 Mitglieder in 106 Ländern¹⁵, was für sich genommen zwar noch wenig über die Praxis und Verbreitung der französischen Sprache in diesen Universitäten aussagt, aber ansonsten ein deutliches Indiz für die Netzwerkarbeit zur Stützung des Französischen ist. Die ebenfalls

¹⁵ Vgl. <https://www.auf.org/auf/les-membres-de-lauf/> (7.10.2016).

von Léger gehegte Idee einer regionalen – oder multipolaren – Verankerung besteht fort und gliedert die AUF heute in zehn regionale Verbände.

Auf dieser Linie, allerdings nun erstmals auf der Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen der frankophonen Länder, ist auch eine andere Institution zu nennen, die zentrale Bedeutung auf dem Feld der Frankophonie erlangt, die *Agence de coopération culturelle et technique*, kurz ACCT. Dass diese Organisation 1970 in der Hauptstadt des Niger, anlässlich der zweiten Konferenz von Niamey, gegründet wird, hängt maßgeblich mit dem diplomatischen Engagement des damaligen Staatschefs, Hamani Diori, und dessen Wirken als Präsident der *Organisation commune africaine et malgache* (OCAM) zusammen. Und wiederum ist es Léger, der in vorderster Reihe steht und zunächst zum *Secrétaire exécutif provisoire* (1969-1970) und dann zum Generalsekretär (1970-1974) der ACCT gewählt wird.

Was ist die ACCT? Im März 1970 unterzeichnen in Niamey 21 Regierungen die Charta zur Gründung der *Agence de coopération culturelle et technique* (ACCT). Unter der Ägide des Québecers Jean-Marc Léger entwickelt sie sich zur wichtigsten intergouvernementalen Agentur der Frankophonie für technische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit von frankophonen bzw. partiell frankophonen Ländern auf Ministerebene. Mitte der siebziger Jahre beginnt sie – über den Bereich von Sprache, Kultur und Bildung hinaus – sich in wachsendem Maße auch für ökonomische Fragen, für Projekte in der Landwirtschaft und der Entwicklung des ruralen Raums sowie der Entwicklungspolitik zu engagieren. „Trotz Führungskrisen und organisatorischer Schwächen wurde sie nach und nach ein zentrales Organisationsforum für die bis dahin unübersichtliche Vielzahl nationaler und internationaler frankophoner Institutionen, Verbände und Vereine privater, halbstaatlicher oder staatlicher Art“ (Kolboom 2002: 465; vgl. auch LeScouarnec 1997: 66ff.). In Artikel 1 ihrer Charta von 1970 verpflichtet sich die ACCT zu „la plus stricte neutralité dans les questions d’ordre idéologique et politique“.

Als sich Ende 1985 François Mitterrand im Wahlkampf befindet, sucht er den außenpolitischen Erfolg. Er initiiert eine Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der ACCT, zu der er für Februar 1986 die Repräsentanten von 41 Regierungen nach Versailles einlädt. Algerien und Kamerun nehmen nicht teil; Kambodschas Regierung war zu jener Zeit international nicht anerkannt; Vietnam, Laos und, nach langem Zögern, die Schweiz nehmen als Beobachter teil. Louisiana erhält einen Gaststatus. Die Bundesstaaten Belgien und Kanada sehen sich mit den nun schon hinlänglich bekannten Problemen der außenpolitischen Vertretung konfrontiert. Belgien wird schließ-

lich durch die Bundesregierung wie auch durch die *Communauté française* vertreten, und aus Kanada nehmen neben der Bundesregierung auch die Repräsentanten der Provinzen Québec und Nouveau-Brunswick teil. Ein Ergebnis des mit heißer Nadel gestrickten ersten Gipfels ist die Einrichtung eines *Comité international du suivi* (CIS), eines Komitees zur Nachbereitung. Es erhält weitreichende Kompetenzen, um zu klären, wer für die Umsetzung der Beschlüsse der Gipfelkonferenz zuständig sein soll und welche Aufgaben dabei der ACCT zugewiesen werden. Analysten sehen darin eine Erklärung des Misstrauens Frankreichs gegenüber der ACCT (vgl. LeScouarnec 1997: 74f.).

In der heutigen Narration der Geschichte der Frankophonie wird die ACCT oft als diejenige Organisation dargestellt, aus der die OIF hervorgegangen sei. Tatsächlich aber ist das Verhältnis von ACCT und OIF um einiges komplizierter. Es ist die Geschichte eines Machtkampfes zwischen Frankreich und der ACCT (und weiteren Organisationen), es ist auch eine Geschichte des Machtkampfes zwischen Kanada und Québec. Es ist zugleich die Geschichte des Kampfes um Prinzipien der internationalen Kooperation, und es ist nicht zuletzt eine Geschichte der Globalisierung, die mit dem Ende des Kalten Kriegs und in der „Nach-1990er-Ordnung“ eine ungeahnte Dynamik erhält. Diesen letzten Aspekt der Geschichte kann Léger 1987 in seiner kritischen Bewertung der Francophonie bzw. ACCT noch nicht vorhersehen. Aber die ersten drei Aspekte, die mit den politischen Konflikten auf verschiedenen Ebenen verbunden sind, hatte er wohl sehr deutlich vor Augen. Dazu gehören für ihn als *Québécois* prominent die Konflikte zwischen der kanadischen Bundesregierung und der Regierung der Provinz Québec, die sowohl in der Phase der Gründung der ACCT (1969 bis zum „Protokoll Ottawa-Québec“ 1971) als auch im Kontext der Teilnahme Québecks am Gipfeltreffen von Versailles (1986) kulminieren. Im Zentrum der Konflikte zwischen Ottawa und Québec steht die Frage, ob die Provinz Québec legitimiert sei, eigenständige Interessen auf dem Feld der Außenpolitik zu vertreten, oder ob die Außenpolitik allein eine Domäne der Bundesregierung Kanadas ist. Diese Frage stellt sich um so schärfer, als der Québecker Nationalismus seit der „Stillen Revolution“ Anfang der 1960er Jahre das Programm zur Errichtung eines eigenen Nationalstaats verfolgt und die Unabhängigkeit der Provinz von Kanada anstrebt. Für die Provinz Québec gilt der Schutz der kulturellen Interessen der französischsprachigen Bevölkerung als politische Priorität; die Unterstützung dieser Politik durch die Solidarität der frankophonen Länder gilt als wichtiger Baustein und dient ihrer Legitimation nach innen, gegenüber Ottawa als auch auf internationalem Parkett. Frankreich und andere Länder, darunter besonders der Senegal unter Staatspräsident Senghor, unterstützen die Québecker Position. Als F. Mitterrand

1986 die Länder der ACCT zum ersten Treffen ihrer Staatschefs nach Versailles einlädt, stellt sich wieder die Frage, welche Rolle Québec bei einem solchen Gipfeltreffen zukommen soll. Und nicht nur Québec, sondern auch die Vertretungen der frankophonen Gemeinschaft in Belgien und jene der einzigen zweisprachigen Provinz in Kanada, von Nouveau-Brunswick/New Brunswick, stehen zur Diskussion.

Der Titel, unter dem die Konferenz schließlich einberufen wird, zeigt, welcher Kompromiss vor allem zwischen Frankreich, Kanada und Québec ausgehandelt wurde: „Conférence des chefs d’État et de gouvernement des pays ayant un commun l’usage du français“. Unter dieser Formulierung wird es möglich, dass die Delegationen von Kanada und Belgien wie auch von „Canada-Québec“, „Canada-Nouveau-Brunswick“ und „Belgique-Communauté française de Belgique“ an den Verhandlungen teilnehmen. Anlässlich der fünften Konferenz im Oktober 1993 auf Mauritius wird diese Bezeichnung zu „Conférence des chefs d’État et de gouvernement des pays ayant le français en partage“ modifiziert. Einprägsamer ist jedoch der Kurztitel, wenn schlicht von „le sommet de la Francophonie“ die Rede ist.

4.2 „La colonisation n’est pas responsable [...] des guerres sanglantes ..., des génocides ..., des dictateurs [sic] ..., du fanatisme ..., de la prévarication. [...] Je suis venu vous dire [...]“. Die Rede von Präsident Sarkozy in Dakar hat von Seiten vieler Intellektueller in afrikanischen und anderen Ländern kategorischen Widerspruch erfahren.¹⁶ In seiner brillanten Analyse der Rede von Präsident Sarkozy konstatiert Mwatha Musanji Ngalasso eingangs:

Le discours de Nicolas Sarkozy à l’université de Dakar sur le rôle positif de la colonisation, sur l’homme africain et son essence, a pris, tour à tour, les allures d’un sermon, d’un cours et d’une conférence adressés à des auditeurs pris pour des enfants. C’est en cela qu’il est apparu paternaliste et néocolonialiste, donc inacceptable (2008: 302-303).

Dakar, die Hauptstadt des Senegal, ist ein prominenter Ort in der Geschichte des französischen Kolonialismus und des Postkolonialismus und nicht zuletzt auch ein prominenter Ort für das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Visionen von Frankophonie: die *francophonie* als politische Utopie in der Phase der Entkolonialisierung und des Postkolonialismus, die *francophonie* als Projekt sozialer Eliten, die *francophonie* als politisches Geschäft um Hegemonie, Macht

¹⁶ Vgl. u. a. die Beiträge in dem Band „L’Afrique répond à Sarkozy. Contre le discours de Dakar“, hrsg. von Gassama 2008.

und Legitimität sowohl innerhalb der politischen Klasse Frankreichs als auch auf internationaler Bühne. Für Letzteres steht auch die Auseinandersetzung um die Rede von N. Sarkozy.

Bezeichnenderweise führte er in dieser Rede das Wort ‚francophonie‘ nicht im Munde: anders als an gleicher Stelle sein Nachfolger F. Hollande in den Jahren 2012 und 2014, anders als sein Amtsvorgänger F. Mitterrand 1989, anders als Ségolène Royal in ihrer Rolle als Präsidentin der *Association internationale des Régions francophones* (AIRF; siehe unten) im Jahre 2009, die – selbst in Dakar geboren – die Senegalesen für die Entgleisung des Präsidenten um Entschuldigung bat.¹⁷

Fehlte in Sarkozys Rede zwar der direkte Verweis auf die Frankophonie, eines durfte in seiner Lektion nicht fehlen: der Rekurs auf Léopold Sédar Senghor, den Dichter und Politiker, den ersten Präsidenten des unabhängigen Senegal, der zuvor im französischen Staatsdienst eine beeindruckende Karriere bis in die höchsten politischen Kreise gemacht hatte (vgl. ausführlich Riesz 2006).

Ecoutez [...], jeunes d’Afrique, la grande voix du Président Senghor qui chercha toute sa vie à réconcilier les héritages et les cultures au croisement desquels les hasards et les tragédies de l’histoire avaient placé l’Afrique.

Sarkozy nutzt für seine Argumentation die prominente Stimme Senghors. Er zitiert ihn mit Worten, die emblematisch sind für Senghors Diskurs über die französische Sprache, in welchem er an den Essentialismus des 18. Jahrhunderts, an die Topoi – oder eben Mythen – der ‚clarté‘ und des ‚universalisme‘ anknüpft und sie auf die Beziehung des Französischen zu den afrikanischen Sprachen überträgt (vgl. auch Ngalasso 2008: 307f.). Präsident Sarkozy zitiert ihn mit den Worten:

Il [Senghor] disait aussi: ‚le français nous a fait don de ses mots abstraits – si rares dans nos langues maternelles. Chez nous les mots sont naturellement nimbés d’un halo de sève et de sang ; les mots du français eux

¹⁷ Le Monde vom 6.4.2009 zitiert S. Royal wie folgt: „je demande pardon pour ces paroles humiliantes et qui n’auraient jamais dû être prononcées“. Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2009/04/06/segolene-royal-demande-pardon-pour-le-discours-de-dakar-de-nicolas-sarkozy_1177536_823448.html (7.10.2016).

rayonnent de mille feux, comme des diamants. Des fusées qui éclairent notre nuit’.

Wir finden diesen an Mythen reichen Essentialismus immer wieder bei Senghor, auch und gerade, als es darum geht, nach dem Ende des Kolonialismus und der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit vieler ehemaliger Kolonien zu Solidarität unter jenen Ländern aufzurufen, die, wie der Senegal, die französische Sprache zur offiziellen Sprache erklären, auch wenn es einzig die sozialen Eliten waren, die sich dieser Sprache bedienen konnten. Noch ist das Konzept der *francophonie* nur in einem kleinen Kreis verbreitet, sehen wir einmal von dem singulären Gebrauch von ‚francophone’/’francophonie’ in den Werken des französischen Kolonialgeographen Onésime Reclus am Ende des 19. Jh.s ab.

Erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wird die Diskussion über die *francophonie* im November 1962, als die französische Zeitschrift „Esprit“ den Band „Le français, langue vivante“ publiziert.¹⁸ Diese Ausgabe stellt den Beginn einer breit(er)en öffentlichen Diskussion über das Konzept ‚francophonie’ und dessen sprachliche, politische, historische und identitäre Dimensionen an der Schnittstelle von Kolonialismus und Postkolonialismus dar. Entsprechend enthusiastisch und eher selten skeptisch fallen dann auch die Stellungnahmen der an dem Band beteiligten AutorInnen aus. In den Beiträgen ist die Rede von:

- „la vocation internationale de la langue et de la culture françaises, les chances de leur rayonnement universel“ (J.-M. Léger, S. 566),
- „(le) rôle que nous, les Français ou francophones, pouvons jouer dans le monde“ (H. Lavenir, S. 638),
- „l’Afrique noire est passée d’une francophonie de fait à une francophonie de droit“ (J. Mayer, S. 658),
- „une certaine planétarisation de la francophonie“ (ibid., S. 663).

¹⁸ Herausgegeben von Camille Bouriquel und Jean-Marie Domenach unter dem Titel „Le français, langue vivante“, stellt Band 311 (November 1962) der Zeitschrift „Esprit“ mit seinen mehr als 350 Seiten ein Schlüsseldokument zu den intensiven Debatten über die Rolle von französischer Sprache und Kultur nach dem offiziellen Ende des Kolonialismus und für die Herausbildung des Konzepts der Frankophonie dar. Der Beitrag von L. S. Senghor „Le français, langue de culture“ (S. 837-844) wurde auch als ein „Manifest der Frankophonie“ bezeichnet, vgl. dazu die hervorragende Analyse von Riesz (2003a); eine Analyse lexikalisch-semantischer Strukturen des Wortfeldes ‚francophonie’ in diesem Band legte Puccini (2008) vor.

Unter den Beiträgern befindet sich auch Léopold Sédar Senghor, dessen Definition von ‚francophonie‘ später vielfach zitiert wird: „La Francophonie, c’est cet Humanisme intégral, qui se tisse autour de la terre: cette symbiose des ‚énergies dormantes‘ de tous les continents, de toutes les races, qui se réveillent à leur chaleur complémentaire“ (S. 844).

Wenn man diese Äußerungen nicht als gleichermaßen poetisch wie politisch wolkig betrachten möchte, so lassen sie sich zumindest als die Formulierung einer politischen Utopie lesen, derer es nach dem Ende des Kolonialismus bedurfte, um Solidarität unter den Völkern der ehemaligen Kolonien zu stiften. Überliefert ist auch, dass Ende des Jahres 1960 die Präsidenten Léopold Sédar Senghor (Senegal), Hamani Diori (Niger) und Habib Bourhiba (Tunesien) die Idee der Frankophonie als privilegiertes Instrument eines neuen Typs von Kooperation auf der Basis der frankophonen (und nicht der französischen) Kultur diskutiert haben (u.a. Yoka 2008: 528). Darin eingeschrieben ist die kulturelle Diversität und das Zusammentreffen von Zivilisationen, sozusagen die Einheit in der Diversität.

„Cet Humanisme intégral, qui se tisse autour de la terre“ – in Anbetracht all der humanitären Krisen und Konflikte, die die Länder Afrikas in der Folgezeit erschüttern sollten, ist die Frankophonie zweifelsohne eine Utopie. Auch zu anderen Anlässen in späterer Zeit hat Senghor diese Idee vorgetragen, ... und dafür scharfe Kritik geerntet. So auch von dem aus dem Kongo stammenden und in Bordeaux lehrenden Sprachwissenschaftler M. Musanji Nglasso:

Cette idée [de Senghor] nous paraît dangereuse, car elle semble prêcher [...] l’assimilation pure et simple d’une ou de plusieurs cultures (ici les cultures ‚francophones‘) par une seule (ici en l’occurrence la culture française), et cela simplement par le prestige de sa langue. Nous ne nions pas les vertus de la langue française [...] ; mais nous ne concevons pas que le simple recours à la langue française comme véhicule d’une culture [...] puisse impliquer la nécessité de l’adoption authentique de la culture française. Une telle idée est, de plus, inadéquate autant par sa fausseté que par l’audience que malheureusement elle peut avoir auprès des responsables des pays francophones (1978: 71).

Nicht wenige afrikanische Intellektuelle sahen in der Orientierung zunächst auf Assimilation der Kolonisierten, später auf Assoziation der afrikanischen Länder und nun auf Integration in den politischen Institutionalisierungs-

prozess der Frankophonie einen Verrat an Afrika und den Interessen der Afrikaner. L. S. Senghor, der als Staatspräsident des Senegal diese Ideologie in eine politische Programmatik umsetzt, gerät so zur Zielscheibe der Kritik. Als er 1983 in die *Académie française* aufgenommen wird, entlädt sich der Unmut von frankophoniekritischen Afrikanern: G. O. Midiohouan zum Beispiel reagiert in der von Mongo Beti herausgegebenen Zeitschrift „Peuples noirs, peuples africains“ mit der Streitschrift „La gloire du collabo“¹⁹. Viele andere Autoren machen keinen Hehl aus ihrer kritischen Position zu Senghors Négritude-Konzeption und seinem Verhältnis zu Frankreich und zur Frankophonie²⁰, die sie in den Koordinaten von Postkolonialismus und Neokolonialismus betrachten.²¹

Die Rolle Frankreichs ist in dieser Phase höchst ambivalent: ‚Ja‘ zur Unabhängigkeit; zugleich wird diese von den „anciens administrateurs de la France d’outre mer“ als Verlängerung kolonialer Abhängigkeiten von Paris über die Unabhängigkeit hinaus gestaltet. Die Schlüsselfigur in den Beziehungen zwischen Frankreich und den afrikanischen Staaten bleibt über Jahrzehnte hinweg Jacques Foccart. Edgar Faure nannte diese Politik Frankreichs gegenüber seinen alten Kolonien: „L’indépendance dans l’interdépendance“ (zitiert nach Y. Gounin 2009: 23). Das Pendant von afrikanischer Seite bringt der damalige ivoirische Präsident Félix Houphouët-Boigny mit dem Wort ‚*Françafrique*‘ auf den Punkt – ein Wort, das in Frankreich rasch Karriere macht: „ce système politique et économique liant inextricablement la France à l’Afrique. [...] Le terme n’avait, à l’origine rien de péjoratif. Au contraire“, wie Gounin (ebd.) konstatiert. Das Konzept von ‚*Françafrique*‘ setzt auf bilaterale Beziehungen und bestimmt in diesem Sinne auch Frankreichs Position innerhalb der Frankophonie. Während Kanada, Québec, Belgien und andere Staaten immer wieder auf die multilaterale Kooperation setzen, verfolgt Frankreich seine Interessen in der Frankophonie auf dem Weg bilateraler Abkommen mit den afrikanischen Ländern.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mehren sich die Stimmen, die mehr und mehr die Schattenseiten von Frankreichs Afrikapolitik aufzeigen und das

¹⁹ Die Streitschrift erscheint auch als Kap. V in Midiohouan 1994: 103–138.

²⁰ Zu verweisen wäre hier u. a. auf Adoveti [1972] 1998, Beti 1974, Dongala 1998, Ki-Zerbo 1990, Kom 2000, Mudimbe 1967, Nkono 1983, Towa 1971; zur Einordnung der Kritik an Senghor vgl. den Aufsatz von Porra 2000 und Riesz 2006.

²¹ Dazu aufschlussreich ist die durch den Aufsatz „Savoir et légitimation“ von Ambroise Kom ausgelöste Debatte in Nr. 14 (Juni 2000) der Zeitschrift *Mots Pluriels*, siehe <http://motspluriels.arts.uwa.edu.au/MP1400index.html> (7.10.2016).

Konzept von ‚Françafrique‘ nun als *la „France à frie“* denunzieren (vgl. Verschave 1998). Gounin erkennt in dieser Afrikapolitik einen Kampf zwischen zwei Clans, zwischen den „Anciens et Modernes“, zwischen Konservativen und Reformern im französischen Staatsapparat. Letztere wollen mit den paternalistischen und klientelistischen Praktiken der Vergangenheit brechen (vgl. Gounin 2009: 177). Was 2007 im Wahlkampf zwischen Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal noch von beiden Kandidaten als neue Politik gepriesen wird, nämlich *la Françafrique* zu Grabe zu tragen, zeigt sich von Sarkozys Seite bald als leeres Versprechen. Seine Rede in Dakar kann es kaum deutlicher zum Ausdruck bringen. Sein Nachfolger im Amt des Präsidenten, François Hollande, verkündet dagegen im Oktober 2012 vor der senegalesischen Nationalversammlung in Dakar:

„Le temps de la Françafrique est révolu: il y a la France, il y a l’Afrique, il y a le partenariat entre la France et l’Afrique, avec des relations fondées sur le respect, la clarté et la solidarité“.²²

Doch wird dieser Bruch mit der klientelistischen Politik der Vergangenheit schon bald auf die Probe gestellt, als es um die militärischen Interventionen Frankreichs in Mali und in Zentralafrika im Jahre 2013 geht. Ein Zeichen anderer Art setzt F. Hollande im März 2014 mit dem Programm zur Ausbildung von 100.000 Lehrern in Afrika.²³ Frankreichs Außenminister, L. Fabius, erklärt dazu: „Le projet [...] s’inscrit dans cette volonté d’utiliser toutes les possibilités du numérique pour consolider l’enseignement du et en français sur le continent africain“.²⁴ Doch welche Begründung? Zunächst verweist er auf das demographische Wachstum in Afrika und den hohen Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen, für deren Bildung immer weniger Lehrer zur Verfügung stünden. Im Weiteren wendet er sich der Rolle der französischen Sprache – in Afrika und in der ganzen Welt – zu und vollzieht wiederum jenen Dreischritt, den wir weiter oben schon gesehen haben: Französische Sprache – Essentialismus der Aufklärung – Senghor:

²² <http://www.rfi.fr/afrique/20121012-francois-hollande-le-temps-francafrique-est-revolu-discours-dakar> (6.10.2016).

²³ http://www.lemonde.fr/international/article/2014/03/20/100-000-prof...-l-afrique-afin-de-prevenir-le-recul-du-francais_4386703_3210.html (6.10.2016).

²⁴ <http://basedoc.diplomatie.gouv.fr/vues/Kiosque/FranceDiplomatie/kiosque.php?fichier=bafr2014-03-20.html#Chapitre12> (6.10.2016).

Le français est un atout pour les pays francophones, leurs habitants et pour tous ceux qui parlent le français à travers le monde. Pourquoi ? D'abord parce que le français est plus qu'une langue: c'est une culture. Et je dirais même sans arrogance que c'est sans aucun doute une philosophie. Le français, c'est la langue de Descartes, de Rousseau, de Voltaire, de la Révolution, de la déclaration des droits de l'Homme. Les valeurs issues de cette histoire sont inscrites au cœur de notre langue. On cite souvent Senghor mais, en ce qui me concerne, je l'ai bien connu et j'ai eu l'occasion de discuter avec lui de ces sujets et, au-delà des truismes qu'il n'aimait pas beaucoup. L'un de ses thèmes favoris consistait à affirmer que la langue, en l'occurrence le français, permet de s'exprimer d'une façon à nulle autre pareille. Sa pensée, c'est qu'on ne s'exprime pas en français comme dans les autres langues. Il y avait chez lui une identité d'approche entre le contenu de la langue et le véhicule qu'elle constituait. Pour lui comme pour nous, la francophonie n'est pas seulement porteuse de ces principes – les droits de l'Homme, la démocratie, la diversité culturelle, mais elle est ces principes.²⁵

Anders als bei Sarkozy ist an Fabius' argumentativem Dreischritt nur, dass er die *francophonie* beim Namen nennt und daraus noch eine „exception culturelle à la française“ entwickelt. Geradewegs abenteuerlich wird seine Begründung, wenn er dieses – zweifelsohne begrüßenswerte – Programm zur Ausbildung von Lehrern mit Zahlen zu den SprecherInnen des Französischen zu legitimieren versucht und dabei sprachlich bemerkenswerte Purzelbäume vollführt. Man schaue sich die drei ‚on‘ und die Zahlenakrobatik genauer an:

Lorsqu'on regarde les chiffres, on nous dit qu'aujourd'hui, le nombre de locuteurs francophones est de 220 millions. On envisage le chiffre de 400 millions en 2025 et de plus de 700 millions en 2050, soit une multiplication par 4 en cinquante ans. Alors que la population mondiale n'augmentera dans cette période que de 50 %, il s'agira pour la francophonie d'une augmentation de 400 %.²⁶

²⁵ <http://basedoc.diplomatie.gouv.fr/vues/Kiosque/FranceDiplomatie/kiosque.php?fichier=bafir2014-03-20.html#Chapitre12> (6.10.2016).

²⁶ ebd.

Womit wir wieder bei der Utopie wären. Nur ist dies eine andere Utopie in einer anderen Zeit und an einem anderen Ort. Zugleich muss man sich fragen, ob das Programm, 100 000 Lehrer für Afrika auszubilden, nicht auch das politische Eingeständnis dafür ist, dass die bisherige von Frankreich geförderte Bildungspolitik im subsaharischen Afrika, die lange Zeit allein auf das Französische als Bildungssprache setzt, grandios gescheitert ist, so wie es viele Fachleute und Kritiker schon seit vielen Jahren vortragen (vgl. die Beiträge in Chaudenson/Calvet 2001).

4.3 Das XV. Gipfeltreffen der Francophonie fand am 29. und 30. November 2014 in Dakar statt. Dabei wählten die Staats- und Regierungschefs Michaëlle Jean, eine kanadische Spitzenfunktionärin haitianischer Herkunft, als neue Generalsekretärin der OIF. Sie ist in dieser Funktion nach dem Ägypter Boutros Boutros-Ghali (1998-2002), zuvor Generalsekretär der UNO, Abdou Diouf (2003-2014), zuvor Staatschef des Senegal, die erste Frau an der Spitze der OIF und auch aller ihrer Vorläuferinstitutionen wie der ACCT oder der AIF. Soweit, so gut.

Die Tatsache, dass sich seit 1986 regelmäßig eine stetig wachsende Zahl von Chefs von Staaten und Regierungen unter dem Banner der Frankophonie treffen, wirft Fragen danach auf, was das für eine Organisation ist, die sich dem Titel nach maßgeblich über die französische Sprache identifiziert, die ihren Aktionsradius mit einem wenig bestimmbareren *espace francophone* benennt und deren heutige Mitglieder in der Mehrzahl keinen erkennbaren Bezug zur französischen Sprache haben?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir einerseits in die Jahre um 1986 und 1990 zurückgehen. In dieser Zeit existieren nebeneinander und weitgehend unabhängig voneinander eine Vielzahl von Organisationen und Assoziationen staatlicher, intergouvernementaler und nicht-staatlicher Art, wie sie oben schon mit Blick auf die ACCT, die AUPELF u.a. angesprochen wurden. Andererseits ist der weltgeschichtliche Wandel in der Zeit nach 1990 in seinen Auswirkungen auf die Frankophonie zu betrachten. Als Stichwörter sollen genügen: Globalisierung, Neoliberalismus, Migration, Internet.

Das oben bereits erwähnte erste Gipfeltreffen, zu dem Frankreichs Präsident F. Mitterrand 1986 nach Versailles einlädt, bedeutet, dass neben die ACCT ein internationales Forum auf höchster politischer Ebene tritt. Längerfristig betrachtet heißt dies auch, dass die ‚Francophonie‘ als politischer Begriff enttabuisiert wird, indem Mitterrand sie als offizielle Dimension der französischen Außenpolitik einführt und sie im Staatsapparat institutionell verankert. Frankreich leitet damit einen Prozess der Verstaatlichung und der Vernetzung der Franko-

phonie ein, indem sie zu einem Betätigungsfeld der offiziellen Staatspolitik ausformuliert wird. Gleichzeitig wird sie in die Verwaltungsstrukturen des Staates integriert, und dies nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Staatsapparaten der Mitgliedsländer.²⁷ Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der Sowjetunion, das Scheitern der sozialistischen Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa und die daraus resultierenden Konsequenzen für zahlreiche Staaten in Asien und Afrika lässt Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre ein weltpolitisches Vakuum entstehen, das die groß- und mittelmächtigen Konkurrenten wie die USA und Frankreich, aber auch China, zum Handeln zwingt. So werden zur vierten Gipfelkonferenz in Paris, im November 1991, Rumänien, Bulgarien und Kambodscha als neue Mitgliedstaaten in die Francophonie aufgenommen und damit der Prozess ihrer Ausweitung auf nicht-frankophone Staaten eingeleitet.

Nahmen am ersten Gipfeltreffen 1986 41 Staaten und Regierungen teil, sind es beim XV. Gipfeltreffen 2014 in Dakar nunmehr 80 Mitglieder. Von den 39 Ländern, die von 1991 bis 2014 der Francophonie beitreten, ist – mit Ausnahme der Schweiz – keines offiziell französischsprachig. Zu den Mitgliedern zählen nun fast alle ost- und südosteuropäischen Länder, die vormals dem sozialistischen Bündnis angehörten: Albanien, Armenien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kroatien, Kosovo, Lettland, Litauen, Moldova Montenegro, Polen, Tschechien, Serbien, Slowakei, Ukraine und Ungarn. Es handelt sich um Länder, die nach dem *Human Development Report* der Vereinten Nationen als mittel- bis hochentwickelt gelten und sich in dieser Hinsicht deutlich von der Mehrzahl der frankophonen Mitgliedsländer, insbesondere der afrikanischen, unterscheiden.²⁸

Der *sommet* von 1991 ist aber auch in anderer Hinsicht bedeutsam: Die Mitgliedsstaaten verabschiedeten Resolutionen zum israelisch-arabischen Konflikt, zur Lage in Haiti und zu den Militärputschs und Kriegen in einigen afrikanischen Ländern, womit die von der ACCT 1970 proklamierte strikte Neutralität in politischen und ideologischen Fragen der Geschichte angehört. Ein Paradoxon dieser Entwicklung besteht darin, dass der politische Aufwind, in dem sich die Francophonie von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre befindet, die Transformation der ACCT zur *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF) einleitet und letztlich, im Jahre 2006, ihr Verschwinden besiegelt.

²⁷ Dieser Prozess lässt sich auch anhand der strukturellen Veränderungen in den Regierungsapparaten in Kanada, in Québec und in Nouveau-Brunswick belegen. Dazu ausführlicher in Erfurt 2007.

²⁸ Vgl. *Rapport Mondial sur le Développement Humain*. <http://hdr.undp.org/en/2015-report> (7.10.2016).

Hierfür maßgeblich ist zunächst die Ministerkonferenz von 1996, die eine neue Charta der Francophonie beschließt. Auf der 7. Gipfelkonferenz in Hanoi 1997 wird die eingeleitete Reorganisation offiziell bestätigt. Der frühere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali wird zum Generalsekretär der Francophonie gewählt. Er repräsentiert fortan die Einheit aller Gremien und Institutionen, die seitdem unter dem Namen *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) agieren.

In dem Maße, wie sich die OIF als globaler Akteur in Szene setzt und die Themen der Welt- und Regionalpolitik, des Friedens, des Terrors, des Umweltschutzes, der Gleichheit der Geschlechter, der Jugend und viele andere verhandelt, so, als stelle sie eine Fusion aus UNO und UNESCO dar, drängt sich unweigerlich die Frage nach ihrer Legitimation und Akzeptanz auf. Und nicht zuletzt – wie die Wahl ihrer Generalsekretäre zeigt – auch die nach Transparenz und demokratischen Spielregeln. Die OIF insgesamt weist ein erhebliches Demokratiedefizit auf, wenn man an sie die Regeln demokratisch verfasster Institutionen anlegt: Von der Spitze her, aber genauso von Seiten vor allem jener Mitglieder, die sich der Verteidigung demokratischer Werte verpflichtet sehen, allen voran Frankreich, Québec, Kanada, Belgien, Schweiz und die anderen. Allein schon der Prozess, wie die Wahl des Generalsekretärs erfolgt, erinnert an den Klientelismus und Paternalismus zu Zeiten von *Françafrique*, den der Hauptgeldgeber der OIF, Frankreich, wohl doch noch nicht zu Grabe getragen hat. Doch nicht nur Frankreichs Diplomatie ist hier gefragt. Die anderen Staaten sitzen im selben Boot, tragen sie doch diese Praxis mit.

4.4 Der eingangs erwähnte Bericht von Jacques Attali an Präsident F. Hollande macht einmal mehr deutlich, dass das Konzept der Frankophonie weniger denn je als statisch und abgeschlossen betrachtet werden kann. Zu Tage tritt eine Dimension von gesellschaftlicher und transregionaler Dynamik, in der die Akteure aus der Perspektive von Macht und Hegemonie die Welt in „Interessensphären“ aufteilen und als Räume der gesellschaftlichen Reproduktion – immer wieder neu und immer wieder anders – verhandeln. Und ganz offensichtlich spielen Sprache und Kultur hierbei eine zentrale Rolle.

Auf der einen Seite ist es ein Novum, dass in Frankreich die Frankophonie in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gestellt werden soll. Die Zeiten, als Frankreich mit dem Konzept der ‚exception culturelle‘ auf internationaler Ebene gegen die neoliberalen Ökonomisierungstendenzen gekämpft hat, haben sich offensichtlich gewandelt. Holt Frankreich damit nach, was in der anglophonen Welt des Commonwealth und der USA längst selbstverständlich ist? Und soll die „Union économique francophone“ vielleicht auch die sozialdemokratische Antwort auf die gescheiterte „Mittelmeerunion“ des

vormaligen Präsidenten Sarkozy sein? Auf der anderen Seite ist bemerkenswert, dass in diesem Zusammenhang neue Vorstellungen von geographischen und sozialen Räumen entwickelt werden und zugleich darüber nachgedacht wird, welche Akteure diese Räume gestalten, besetzen und zusammenhalten sollen. Nicht neu dabei ist, dass dieses Denken nicht an den Grenzen des Nationalstaats halt macht, sondern dass von Frankreich aus in Erwägung gezogen wird, den wichtigsten internationalen und globalen Akteur der Frankophonie, die OIF, zu entmachten. Bislang gibt es noch keine konkreten Anzeichen dafür, dass der Empfehlung Attalis Taten folgen und dass sich Frankreich auf einen Machtkampf mit der OIF, mit Kanada, Québec, Belgien und einigen anderen ihrer Mitglieder einlassen will. Symptomatisch ist dieser Sachverhalt aber dafür, dass in ökonomischer Hinsicht die Francophonie – gegenüber den neuen Regionalismen und ihren Akteuren wie der Afrikanischen Union in Afrika oder des Mercosur/Mercosul in Lateinamerika, auf jeden Fall aber gegenüber der Europäischen Union in Europa – bemerkenswert schwach und als kaum mehr als eine Hilfskonstruktion erscheint, die in Teilen der politischen Klasse Frankreichs so auch nicht ernst genommen wird. Deshalb auch die ständigen Nachjustierungen, um sie fit zu machen, weil sie die Erwartungen ihrer Mitglieder oft genug nicht erfüllt. Sie übt jedoch nach außen eine Art Vorbildrolle für andere Bündnisse aus, wenn es um die Konstruktion eines transregionalen Zusammenhalts ohne geographische Kontinuität geht, wie dies für die Lusophonie, in geringerer Weise auch für die Niederländische Sprachunion oder die Turkophonie gilt, sehr viel weniger aber für die geographisch kompakten Regionen der *hispanofia* in Lateinamerika oder der Arabischen Liga, die ohne ein der Francophonie vergleichbares Instrument auskommen.

5. Zwischenräume, Widerstände, Alternativen

Die Frankophonie als ein politisches Feld im Sinne Bourdieus zu beschreiben, lässt uns darauf schauen, welche Kämpfe auf diesem Feld ausgetragen werden, welche anderen Akteure als die OIF auf diesem Feld in Erscheinung treten und wie sie ihrerseits Beziehungen stiften und um Akzeptanz und Legitimität kämpfen. Die Kritik am Kurs und am Image der Francophonie kennt viele Stimmen, einige davon wurden oben bereits erwähnt.²⁹ Als einer der im-

²⁹ Vgl. hierzu auch die Analysen von F. Provenzano (2011) aus einer belgischen Perspektive, von L. M. Yoka (2008) aus einer kongolesischen Perspektive (RD Congo), von J.-F. Simard (2014) aus einer Québecer Perspektive, um nur diese drei stellvertretend für viele andere zu nennen (dazu auch Morel 2009).

mer wiederkehrenden Vorwürfe ist zu nennen, dass die Francophonie aus Diplomaten und hohen Funktionären, wie sie im vorherigen Abschnitt behandelt wurde – gemeint sind die OIF und ihre Vorgängereinstitutionen, die J.-M. Léger schon 1987 mit beißender Kritik bedacht hat –, kaum etwas gemein habe und losgelöst agiere von jenen anderen Frankophonien, die sich als „projets communautaires“ verstehen: Die frankophonen Gemeinschaften im Minderheitenmilieu, denen es darum geht, in ihrer Sprache lernen, leben und arbeiten zu können, oder die nationalen und internationalen frankophonen Berufs- und Kulturvereinigungen, oder eine kulturelle Institution wie der „Congrès mondial acadien“, oder auch, nun sehr viel kleiner, jede einzelne Schule, die sich neben der Praxis lokaler Sprachen auch ein frankophones Profil zulegt. In dieser Situation entstehen auf dem Feld der Frankophonie neue Räume oder Zwischenräume für neue Akteure, wofür als Beispiel die *Association internationale des Régions Francophones* (AIRF) angeführt werden kann (vgl. 5.1). Andererseits ist das politische Feld der Frankophonie von traditionellen wie sich neu formierenden Akteuren besetzt, die – unabhängig von den zwischenstaatlichen und supra-staatlichen Institutionalisierungsprozessen – seit vielen Jahren für ihre Sprache und Kultur kämpfen. Die Auseinandersetzungen zwischen Kanada und Québec sind Legende, daneben verlaufen aber auch noch zahlreiche andere Konfliktlinien, die in die weitere Argumentation einfließen und anhand einer Bürgerbewegung in Ontario illustriert werden sollen (vgl. 5.2). An diesem zweiten Beispiel zeigt sich auch, dass Sprache und Kultur Makrokategorien gesellschaftlicher Organisation sein können und sich ganze Gesellschaften entlang von sprachlichen Grenzen konstituieren und organisieren. Wenn also die Francophonie als ein politisches Feld beschrieben wird, so sind auch diese Aspekte unbedingt zu berücksichtigen.

5.1 Als Ségolène Royal 2009 in Dakar die Senegalesen um Verzeihung für die Rede des französischen Präsidenten Sarkozy bat, war sie selbst als Präsidentin unterwegs: als Präsidentin der *Association internationale des Régions Francophones* (AIRF). Es handelt sich dabei um eine Vereinigung, die genau in den Zwischenraum stößt, der zwischen der Frankophonie als einem komunitären Projekt und der OIF entstanden ist, und die wohl auch als kritische Stimme gegenüber dem Kurs der OIF zu interpretieren ist. 2002 in Lyon gegründet, stellt sich diese Nichtregierungsorganisation das Ziel „d'établir entre les collectivités, territoires et communautés régionales francophones des coopérations, des échanges d'informations et d'expériences touchant à leurs domaines d'activité.“³⁰ Die AIRF betrachtet sich als „le seul réseau international des pouvoirs régionaux

³⁰ http://www.regions-francophones.com/a_propos/missions.html (7.10.2016).

francophones, c'est-à-dire des échelons politique et administratif infra étatiques, compris entre l'État et la Commune dans le pays considéré. Elles ont souhaité mettre en commun leurs expériences en matière de décentralisation et de coopération au service d'une Francophonie engagée dans le monde, utile au développement durable des territoires et des populations, solidaire et juste.“ (ebd.). Die AIFR engagiert sich für die Bildung regionaler Zellen der Kooperation, für die Bildung von dezentralen Netzwerken und bietet Qualifikationen für die Mitarbeiter auf Gebieten wie

- Innovation, développement économique durable et emploi
- Diversité culturelle et langue française
- Changement climatique, eau et énergies renouvelables
- Formation, éducation et jeunesse

an. Nachfolger von S. Royal war der sozialistische Politiker Jean-Jack Queyranne, bis 2015 Präsident der Region Rhône-Alpes. Neuer Präsident der AIFR ist seit Mai 2016 der konservative Politiker Laurent Wauquiez, seit Januar 2016 Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes, zu dessen Verständnis dieser Funktion bislang wenig zu sagen ist.

5.2 „Pour une capitale officiellement bilingue“ ist der Titel einer Kampagne in der kanadischen Hauptstadt Ottawa, die seit 2014 für Schlagzeilen sorgt. 2017 begeht Kanada den 150. Jahrestag seiner Gründung im Jahre 1867. Zwar ließ Art. 133 des damals in London verabschiedeten Verfassungsgesetzes zur Kanadischen Konföderation das Französische als Sprache im Parlament und vor dem Bundesgericht zu. Darüber hinaus aber war dem Französischen als die Sprache eines der beiden „Gründervölker Kanadas“, so die Terminologie zu Zeiten des Kolonialismus, nur ein marginaler Platz in der Gesellschaft zugewiesen. Erst infolge der „Stillen Revolution“ in Québec erlangten die Frankophonen eine Verbesserung ihres Status, nachdem 1969 das Englische und das Französische als gleichberechtigte und als offizielle Sprachen der kanadischen Konföderation anerkannt wurden. Dafür ausschlaggebend waren die Berichte der „Commission royale d'enquête sur le bilinguisme et le biculturalisme“, die später, im Februar 1970, auch empfahl, dass in der Bundeshauptstadt Ottawa „l'anglais et le français aient un statut d'égalité totale, et que l'ensemble des services dispensés au public soient partout accessibles dans les

deux langues“.³¹ Doch fast 50 Jahre später sind diese Empfehlungen noch immer nicht umgesetzt. Im August 2014 formierte sich die Bürgerbewegung „Mouvement pour une capitale du Canada officiellement bilingue“.

„Son objectif est de rejoindre, de rassembler et d’informer le plus grand nombre de Canadiennes et de Canadiens au sujet de la situation linguistique qui prévaut dans la capitale de leur pays et de demander à la Ville d’Ottawa, aux gouvernements ontarien et fédéral de proclamer Ottawa officiellement bilingue avant la date du 150e anniversaire de la Confédération canadienne en 2017.“³²

Und prompt melden sich antifrunkophone Organisationen zu Wort und betreiben ihrerseits Lobbyarbeit gegen den offiziellen Bilinguismus und gegen das Französische in Ottawa.³³

Für die Leute in der Region *Ottawa*, die sich heute für eine bilinguale Hauptstadt, oder mit anderen Worten, für mehr Raum für die Frankophonie im öffentlichen Leben der Hauptstadt Kanadas und der Region Ottawa-Carleton einsetzen, ist immer noch der Kampf um das Krankenhaus Montfort präsent, der 1997 ein Fanal setzt, nachdem die konservative Regierung der Provinz Ontario beschlossen hatte, das einzige frankophone Krankenhaus westlich der Provinz Québec zu schließen. Der Kampf um den Erhalt des Krankenhauses Montfort bewirkte über mehrere Jahre hinweg eine Mobilisierung der *Franco-Ontariens*, die in einer Linie steht mit der Mobilisierung der *Canadiens français* im Jahre 1912, als die Regierung von Ontario mit dem Reglement 17 den Gebrauch des Französischen als Schulsprache drastisch einschränkte.

Wenn es darum geht, die Frankophonie als ein politisches Feld zu beschreiben, findet sich in Kanada ein breites Forschungsfeld, dessen selbst skizzenhafte Darstellung den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.³⁴ Derartige Auseinandersetzungen um die Rolle des Französischen in Kanada haben eine lange Geschichte und erstrecken sich auf nahezu alle Bereiche des Lebens:

³¹ <https://capitalebilingue.wordpress.com>, mit zahlreichen Links auf Texte zur sprachlichen und sprachenrechtlichen Situation auf der Ebene des Bundes, der Provinz Ontario und der Stadt Ottawa.

³² ebd.

³³ Vgl. „Canadians for Language Fairness“, <http://languagefairness.net/index.html> (7.10.2016).

³⁴ Einige Aspekte dieses Feldes habe ich an anderer Stelle dargestellt, vgl. Erfurt 2000a, 2000b, 2003, 2004, 2007, 2008, 2010a, 2010b, 2010c, Erfurt/Heller/Labrie 2001.

Schule, Gesundheit, Verfassungsrecht (*Common law* vs. *Code civil*), Gehälter, öffentlicher Dienst, Immigration, usw. Sie erstrecken sich zudem auf alle Ebenen gesellschaftlicher Organisation: Auf die Beziehungen zwischen dem Bund und den Provinzen und insbesondere zwischen dem Föderalstaat und Québec, aber auch auf Parteien oder ethnische Gemeinschaften innerhalb der Provinzen Québec, Ontario und Nouveau-Brunswick/New Brunswick, und nicht zuletzt zwischen Québec und den frankophonen Gemeinschaften in den anderen Provinzen Kanadas.

6. Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Beitrag liegt der Akzent auf Akteuren der Frankophonie und auf den Beziehungen, Regeln und Diskursen, mit denen sie das Feld der Frankophonie gestalten und strukturieren. In dieser Darstellung sind mehrere Dimensionen miteinander verflochten:

- die Dimension des politischen Handelns: das Handeln einzelner Akteure als politische Subjekte im Hinblick auf die Frankophonie (J.-M. Léger, L. S. Senghor; N. Sarkozy); der Aufbau von Vereinigungen, Institutionen und Organisationen als Akteure frankophoner Interessengruppen auf nationaler und auf internationaler Ebene (ACCT, AUPELF, AIRF); dann auch das Handeln von Staaten (Frankreich, Kanada, Québec, Senegal) sowie die Regeln für die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen; und schließlich die Herausbildung der OIF als suprastaatlicher Akteur, der sich als Akteur der Globalisierung in Stellung bringt.

- die Dimension des Gegenstandsverständnisses von Frankophonie: Bei der Begehung des Feldes der Frankophonie, das sich historisch stark verändert hat, stoßen wir in den zurückliegenden sieben Jahrzehnten auf ganz unterschiedliche Konstruktionen von Frankophonie: die Frankophonie als solidarische Projekt französischsprachiger Gemeinschaften, insbesondere im Minderheitenmilieu; die Frankophonie als Projekt sozialer Eliten nach dem Ende des Kolonialismus; die Frankophonie als Projekt zwischenstaatlicher Kooperation und der Entwicklungsarbeit; die Frankophonie als Instrument der Machterhalts nach dem Ende des Kolonialismus; die Frankophonie als ein politisches Bündnis in der Phase der Neuaufteilung kultureller Einflusszonen seit dem Ende des

Kalten Krieges; und jüngst auch die Frankophonie als ökonomische Ressource für Frankreichs Wirtschaftspolitik.³⁵

- die Dimension der Prozesse im Zuge von Institutionalisierung: Am Ende von Abschnitt 3 wurden in Form von Thesen zwei Prozesse hervorgehoben: a) die Politisierung und b) die Professionalisierung und Bürokratisierung. Es sieht ganz danach aus, dass diese Prozesse zumindest für den Erzählstrang, der vom Auftauchen des Begriffs ‚francophonie‘ Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre bis zur OIF führt, Evidenz beanspruchen können, wohl wissend, dass dieser Erzählstrang kein linearer ist und die Jahre 1986, 1990/91 und 1997 Zäsuren darstellen, freilich Zäsuren von recht unterschiedlicher Art. Daneben aber gibt es andere Erzählstränge. Einer davon ist der, der mit den Abschnitten 4.1 und 5.2 angedeutet wurde und der sich auf die Frankophonie im Kontext von Staat und Nation, hier speziell in Kanada und Québec, bezieht. Auch dies ist ohne jede Frage ein politisches Feld, bei dem Parallelen zur Schweiz, zu Belgien und in gewisser Weise auch zum Bundesstaat Louisiana insoweit auszumachen sind, als sich in all diesen Konstellationen die frankophonen Gemeinschaften als Minderheiten konstruieren und Prinzipien wie das Territorialprinzip ihnen ein gewisses Maß an Kontrolle über ihre Angelegenheiten erlauben. Als politisch brisant stellt sich für diese Gemeinschaften die innere Kohärenz bzw. die Divergenz von Interessen dar, bei der die wachsende sprachliche und kulturelle Heterogenität infolge von Migration wie ein Katalysator wirkt und nun Fragen nach der (größeren oder geringeren) Legitimität einzelner ihrer Fraktionen nach oben spült (vgl. Erfurt 2000a zu den Konflikten innerhalb der frankophonen Gemeinschaften in Ontario). Somit sind auch in diesen Kontexten die oben genannten Prozesse am Wirken.

- die Dimension der Kämpfe, Konflikte und Rivalitäten: Diese Dimension spielt in den oben eingeführten vier Ereignissen eine zentrale Rolle und wurde in einigen ihrer Facetten beschrieben.

Diese vier Dimensionen leiten sich aus dem Konzept des ‚Feldes‘ von P. Bourdieu ab und werden im vorliegenden Beitrag auf die Frankophonie bezogen, um dieses komplexe und in sich widersprüchliche Phänomen analytisch einigermaßen in den Griff zu bekommen. Die Schwierigkeiten dieser Analyse liegen auf der Hand: Sie bleibt punktuell und fragmentarisch. Sie zeigt auch, dass mit den begrifflichen Differenzierungen von *f*/*Francophonie*, die Anfang der 1990er Jahre eingeführt wurden, in gewisser Weise schon damals, und noch

³⁵ Keine explizite Rolle hat bei dieser Feldbegehung die Wissenschaft gespielt, die sich ihre Felder von Frankophonie im Sinne von Forschungsgegenständen konstruiert, die folglich disziplinär betrachtet recht unterschiedlich ausfallen können (vgl. Erfurt/Amelina 2011).

sehr viel weniger heute, etwas anzufangen ist. Sie greifen zu kurz angesichts der Komplexität, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs eingestellt hat.

Eine Art roter Faden stellte in der Darstellung die Rolle von Frankreichs politischen Eliten in Bezug auf die Frankophonie dar. Im Kontrast zum Handeln kanadischer und vor allem Québécoiser Akteure wird die Ambivalenz der französischen Positionen, die auch heute noch stark vom kolonialen Erbe geprägt sind oder auch dessen Verlängerung darstellen, deutlich.

Relativ breiten Raum haben in der Darstellung die Institutionalisierungsprozesse in Richtung der OIF eingenommen. Daran lässt sich dreierlei erkennen: a) in sozialer und funktionaler Hinsicht handelt es sich um ein Projekt politischer Eliten, die in der Sprache bzw. in ihrer kulturellen Dimension ein Ordnungskriterium für politische Einflusszonen und neuerdings auch für die ökonomische Reproduktion sehen, wie der eingangs erwähnte Bericht von J. Attali zeigt. In dem Maße, in dem sich die OIF als politischer Akteur der internationalen Beziehungen profiliert, gewinnt die Kritik an ihrem Geschäft, wie sie der Québécoiser J.-M. Léger als einer ihrer maßgeblichen Aktivisten bereits 1987 vortrug, erneut an Aktualität. Die Francophonie in Gestalt der OIF, von Diplomaten und Funktionären aus den nationalen Staatsapparaten, hätte sich längst von den Lebensrealitäten frankophoner Gemeinschaften und von den sozialen und politischen Räumen entfernt, in denen die Frankophonie als kulturelle Praxis gelebt und als Konfliktfeld sprachlicher Minderheiten wahrgenommen wird, wie dies keineswegs nur in Kanada der Fall ist (Léger 1987: 189-190). Diese Kritik verweist zugleich auf eine andere Erkenntnis, nämlich auf die Topographie des politischen Handelns, und damit b): Die OIF ist ein Projekt von oben, das – top-down – über staatliche und parastaatliche Institutionen Räume und Kanäle nach unten kreierte, in denen frankophone Dienstleistungen, Medien und Produkte verbreitet und genutzt werden können. Der Fernsehsender TV5Monde ist hierfür ebenso ein Beispiel wie die *Agence universitaire de la Francophonie* (AUF). In zeitlicher/historischer Sicht ist c) die Frankophonie mehr ein Produkt der schwächer werdenden globalen Hegemonie Frankreichs – was analog für Großbritannien und den Commonwealth und für Portugal und die Lusophonie gilt – als deren Erneuerung. Damit korrespondiert, dass auch die afrikanischen Mitglieder genauso wie Québec sowie später die ostmitteleuropäischen Staaten sich eher aus einer Position relativer Schwäche zu dem Projekt entschlossen haben und die Francophonie daraus auch ihre Legitimation bezieht: multilaterale solidarische Entwicklungskooperation als Gegenpart zur Hegemonie der USA, aber im Widerspruch zu Frankreichs Politik der bilateralen Kooperation mit den einzelnen Ländern seiner Exkolonien.

Bibliographie

- Adoveti, Stanislas Spero, [1972] 1998. *Négritude et Négrologues*. Paris: Le Castor Astral.
- Attali, Jacques, 2014. *La Francophonie et la francophilie, moteurs de la croissance durable. Rapport à François Hollande, président de la République. Août 2014*, Paris: Direction de l'information légale et administrative.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, 1995 [1966]. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Beti, Mongo, 1974. *Perpétue et l'habitude du malheur*. Paris: Buchet-Chastel.
- Bourdieu, Pierre, 1998 [1992]. *Les règles de l'art. Genèse et structure du champ littéraire*. Paris: Éditions du Seuil.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D., 1992. *Réponses pour une anthropologie réflexive*. Paris: Éditions du Seuil.
- Bourniquel, Camille/Domenach, Jean-Marie (dir.), 1962. Le français, langue vivante. [revue] *Esprit*. Paris. nr. 311 (novembre 1962).
- Brown, Peter 2011. "La Francophonie: From the Postcolonial to the Post-Cold War Eras", in: *Australian Journal of French Studies*, vol. 48, no. 1, 19-33.
- Chaudenson, Robert/Calvet, Louis-Jean, 2001. *Les langues dans l'espace francophone: de la coexistence au partenariat. Langues et développement*. Paris: L'Harmattan.
- Dongala, Emmanuel, 1998. *Les petits garçons naissent aussi des étoiles*. Paris: le Serpent à Plumes.
- Erfurt, Jürgen, 2000a. "Frankophone Minderheiten, Migration und mixité in Kanada". *Zeitschrift für Kanada-Studien*, vol. 20. Bd. 37, Nr. 1/2000, 97-112.
- Erfurt, Jürgen, 2000b. "Unilinguismus versus Bilinguismus. Sprachpolitische Diskurse frankophoner Assoziationen in Ontario (Kanada)", in: Stein, Peter (Hg.), *Frankophone Sprachvarietäten/ Variétés linguistiques francophones. Hommage à Daniel Baggioni*. Tübingen: Stauffenburg, 191-210.
- Erfurt, Jürgen, 2003. „L'église catholique: communauté et conservation (= chap. 4)", in: Heller, Monica/Labrie, Normand (dir.), *Discours et identité: la francité canadienne entre modernité et mondialisation*. Bruxelles: Éditions modulaires européennes, 117-146.
- Erfurt, Jürgen, 2005. *Frankophonie: Sprache, Diskurs, Politik*. Tübingen/Basel: Francke.
- Erfurt, Jürgen, 2006. „Qu'est-ce que l'OIF?", in: *Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik*, Bd. 26, 10-22.

- Erfurt, Jürgen, 2007. „Frankophonie in Kanada – Kanada und die Francophonie“, in: *Zeitschrift für Kanada-Studien*, vol. 27, Bd. 50, Nr. 1, 9 – 37.
- Erfurt, Jürgen, 2008. „Le standard, une variété à apprendre. Regards sur le français parlé au Québec“, in: Erfurt, Jürgen/Budach, Gabriele (dir.), *Standardisation et déstandardisation/Estandarización y desestandarización. Le français et l'espagnol au XXe siècle/ El francés y el español en el siglo XX*. Frankfurt/M. [et al.]: Peter Lang, 139-183.
- Erfurt, Jürgen, 2010a. „Interculturalisme: les défis glottopolitiques pour l'État québécois et pour la nouvelle francophonie“, in: Lamonde, Yvan/Livernois, Jonathan (dir.), *Culture québécoise et valeurs universelles*, Québec: Les Presses de l'Université Laval, 417-435.
- Erfurt, Jürgen, 2010b. „Accommodements raisonnables. Welche Kultur- und Sprachkonzepte braucht eine Migrationsgesellschaft – oder: Was können wir von Québec lernen?“, in: Cichon, Peter et al. (Hgg.), *Sprachen – Sprechen – Schreiben. Blicke auf Mehrsprachigkeit*, Wien: Edition Praesens, 65-85.
- Erfurt, Jürgen, 2010c. „Canada's Domestic French-Speaking Groups and the International Francophonie Compared“, in: Morris, Michael (ed.), *Canadian Language Policies in Comparative Perspective*. Montreal: McGill-Queen's University Press, 206-240.
- Erfurt, Jürgen, 2013. „Les différents concepts de la francophonie: applications et contradictions“, in: Kremnitz, Georg (dir.), *Histoire sociale des langues de France*, Rennes: Presses universitaires de Rennes, 61-70.
- Erfurt, Jürgen, 2017. „Languages and Spaces: la francophonie“, in: Matthias Middell (ed.), *Handbook of Transregional Studies* Cambridge: Cambridge University Press. i.Dr.
- Erfurt, Jürgen/Amelina, Maria, 2011. *La francophonie: bibliographie analytique de la recherche internationale 1980-2005*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Erfurt, Jürgen/Heller, Monica/Labrie, Normand, 2001. „Sprache, Macht und Identität im französischsprachigen Kanada. Ein Forschungsbericht“, in: *Zeitschrift für Kanada-Studien*, vol. 21, Bd. 39, Nr. 1, 44 – 67.
- Esser, Hartmut, 2000. *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Gassama, Makhily, 2008. *L'Afrique répond à Sarkozy: contre le discours de Dakar*. Paris: Philippe Rey.
- Gounin, Yves, 2009. *La France en Afrique: le combat des Anciens et des Modernes*. Bruxelles: De Boeck.
- Ki-Zerbo, Joseph, 1990. *Éduquer ou périr*. Abidjan/Dakar/Paris: Bureau régional de l'UNICEF pour l'Afrique de l'Ouest et du Centre/Bureau régional d'éducation pour l'Afrique UNESCO/Éd. l'Harmattan.

- Klinkenberg, Jean-Marie, 2015. *La langue dans la cité. Vivre et penser l'équité culturelle*. Bruxelles: Les impressions nouvelles.
- Kolboom, Ingo, 2002. „Francophonie. Von der kulturellen zur politischen Frankophonie“, in: Kolboom, Ingo/Kotschi, Thomas/Reichel, Edward (Hgg.), *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte*. Berlin: Erich Schmidt, 462-469.
- Kom, Ambroise, 2000. *La malédiction francophone. Défis culturels et condition postcoloniale en Afrique*. Hambourg/Yaoundé: Lit Clé.
- Kom, Ambroise, (dir.), 2000. „Savoir et légitimation“. *Mots pluriels*, vol. 4e, nr. 14 (juin 2000).
- Lachat, Thibault, 2008. „Auguste Viatte & Haïti (1939-1946). Établissement d'un centre stratégique pour le rayonnement de la culture française“, in: *Documents pour l'Histoire du Français Langue Étrangère ou Seconde*. <http://dhfiles.revues.org/469#bodyftn47>. 40/41
- Léger, Jean-Marc, 1987. *La Francophonie. Grand dessein, grande ambiguïté*. LaSalle: Hurtubise HMH.
- LeScouarnec, François-Pierre, 1997. *La Francophonie*. Montréal: Boréal.
- Massart-Piérard, Françoise, 2007. „La Francophonie, un nouvel intervenant sur la scène internationale“, in: *Revue internationale de politique comparée*, vol. 14, no. 1/2007, 69-93.
- Mbem, André Julien, 2007. *Nicolas Sarkozy à Dakar. Débats et enjeux autour d'un discours*. Paris: L'Harmattan.
- Midiohouan, Guy Ossito, 1994. *Du bon usage de la francophonie: essai sur l'idéologie francophone*. Porto-Novo (Bénin): Editions CNPMS.
- Morel, Pierre. 2009. „Veille de sommet“. *La Francopolyphonia (Chişinău: ULIM)*, vol. 2009, 16-23.
- Mudimbe, V.-Y. 1967. „Psychologie de la Négritude“. *Études Congolaises (Kinsbasa)*, vol. X, no 5, 1-13.
- Mufvène, Salikoko S./Vigouroux, Cécile B., 2014. *Colonisation, globalisation et vitalité du français*. Paris, Odile Jacob.
- Ndiaye, Malick (dir.), 2008. „Sarkozy, la controverse de Dakar. Contexte, enjeux et non-dits“, in: *Revue africaine trimestrielle de stratégie et de prospective*. Dakar, CIERSP - Centre international d'études et de recherches stratégiques et prospectives. nr. 1-2, mai-octobre.
- Ngalasso, Mwatha Musanji, 1978. „Pour un humanisme de la francophonie ?“, in: *Présence Francophone: Revue Internationale de Langue et de Littérature*, vol. Nr. 17 (automne 1978), 69-78.

- Ngalasso, Mwatha Musanji, 2008. „Je suis venu vous dire ...’. Anatomie d’un discours néocolonial en langue de caoutchouc.”, in: Gassama, Makhily (dir.), *op. cit.*, 297-340.
- Nkono, Mukendi, 1983. „Un Nègre à l’Académie française. Senghor démasqué ... L’Afrique dupée”, in: *Peuples Noirs, Peuples Africains*, vol. 35, 24-40.
- Paola, Puccini, 2008. „Le fonctionnement du mot « francophone » dans la revue Esprit, novembre 1962: à la recherche d’une définition”, in: *Documents pour l’Histoire du Français Langue Étrangère ou Seconde*, nr. 40/41, 2008, mis en ligne le 17 décembre 2010, URL: <http://dhfles.revues.org/99>.
- Porra, Véronique, 2000. „Le Nègre fondamental. Léopold Sédar Senghor sous les feux croisés de la critique africaine”, in: Naguschewski, Dirk (Hg.), *Afro-Romania*, Berlin: Freie Universität Berlin, 91-108.
- Provenzano, François, 2011. *Vies et mort de la francophonie: une politique française de la langue et de la littérature*. Bruxelles: Les Impressions nouvelles.
- Riesz, János, 2003a. „’Frankophonie’ – Überlegungen zur Geschichte ihrer Anfänge und der Narration ihrer frühen Entwicklung“, in: *Grenzgänge – Beiträge zu einer modernen Romanistik*, Nr. 19, 100-129.
- Riesz, János, 2003b. „Die Erfindung der ‚Frankophonie‘. Koloniales Erbe und globale Perspektiven im Widerstreit“, in: Faber, Richard (Hg.), *Imperialismus in Geschichte und Gegenwart*. Würzburg: Königshausen und Neumann, 223-237.
- Riesz, János, 2006. *Léopold Sédar Senghor und der afrikanische Aufbruch im 20. Jahrhundert*. Wuppertal: Hammer.
- Riesz, János, 2013. *Südlich der Sahara Afrikanische Literatur in französischer Sprache*. Tübingen: Stauffenburg.
- Sanaker, John Kristian/Holter, Karin/Skattum, Ingse, 2006. *La francophonie: une Introduction critique*. Oslo [Norway]: Unipub/Oslo Academic Press.
- Simard, Jean-François, 2014. „L’occasion de sortir du Moyen Âge. L’opacité du processus conduisant à la désignation du secrétaire général est aujourd’hui indéfendable“, in: *Le Devoir* (Montréal), 28 novembre 2014.
- Tétu, Michel (dir.), 1994. *L’année francophone internationale. Édition 1994*. Bibliothèque Nationale du Québec.
- Towa, Marcien, 1976. *Léopold Sédar Senghor, négritude ou servitude?* Yaounde: Editions CLE.
- Verschave, François-Xavier, 1998. *La Françafrique. Le plus long scandale de la République*. Paris: Stock.
- Viatte, Auguste, 1954. *Histoire littéraire de l’Amérique française des origines à 1950*. Québec: Presses universitaires Laval.
- Viatte, Auguste, 1969. *La Francophonie* Paris: Larousse.

Jürgen Erfurt

Viatte, Auguste, 1980. *Histoire comparée des littératures francophones*. Paris: Nathan.
Yoka, Lye M., 2008. „Francophonie: l'alibi et la doute”, in: Gassama, Makhily,
op.cit., 525-537.

REZENSION

Verbitsky, Horacio, 2016. *Der Flug*. Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner im Meer verschwinden ließ. Wien: Mandelbaum, 199 S. [Deutsch von Sandra Schmidt. Argentinisches Original: *El vuelo*. Buenos Aires: Planeta, 1995, seither mehrere Neuauflagen].

Ein verstörendes und zugleich notwendiges Buch. Seine Bedeutung geht weit über Argentinien hinaus. Eine Lektüre, die jede/n beunruhigt zurücklässt. Gut zwanzig Jahre nach dem Erscheinen des Originals liegt nun – endlich – auch eine deutsche Übersetzung vor. Dafür kann man dem Mandelbaum-Verlag nicht genug danken.

Worum geht es? Das Buch protokolliert die Erklärungen, die Korvettenkapitän Adolfo Scilingo vor dem Verfasser über seine Beteiligung an Morden an politischen Gegnern der argentinischen Militärdiktatur 1976-1983 durch das Militär abgegeben hat. Die Zahl der Opfer ist noch immer nicht klar, gewöhnlich wird von etwa 30 000 ohne juristisches Verfahren Ermordeten ausgegangen, von denen viele (8 000? 10 000? oder mehr?) betäubt und aus Flugzeugen in den Atlantik geworfen wurden. Der Band besteht zum Großteil aus den Gesprächsprotokollen, teilweise ergänzt durch Erklärungen und (wenige) Kommentare des Autors, einen „Epilog“ (145-151), der die Ereignisse bis Herbst 2015 nachträgt, und einen Anhang mit Quellenangaben, einer Chronologie der Ereignisse und Biographien der wichtigsten Personen.

Man kann dieses Buch auf verschiedenen Ebenen lesen. Ich will meine Lektüre im Folgenden auf drei von ihnen konzentrieren.

Es ist zunächst ein Beitrag zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, die in Argentinien seit 1930 unruhig wird. In diesem Jahr wird Hipólito Yrigoyen (1850-1933) von der *Unión Cívica Radical* als erster aus freien und gleichen Wahlen hervorgegangener Staatspräsident durch einen Militärputsch gestürzt (die vorangegangenen Wahlen erlaubten aufgrund des Wahlrechts nur einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung abzustimmen). Seitdem ist das Land nicht mehr wirklich zur Ruhe gekommen, immer wieder werden gewählte Präsidenten vom Militär aus dem Amt gejagt, dieses muss dann nach einiger Zeit (und etlichen Misserfolgen) die Macht an Zivilisten zurückgeben. Das widerfährt 1955 auch Juan Domingo Perón (1895-1974), dessen (zweite) Frau Evita (1919-1952) noch heute in weiten Kreisen der (ärmeren) Bevölkerung großes Ansehen genießt. Beide sind damals vor allem wegen ihrer relativ fortschrittlichen Sozial-

gesetzgebung populär. Perón muss 1955 fliehen, seine Anhänger jedoch bleiben. Die nun herrschenden Gruppen versuchen ohne Erfolg, den Peronismus aus dem politischen Leben zu verdrängen. Die folgenden beiden Jahrzehnte sind von Instabilität gekennzeichnet, 1966 ernannt sich der Oberbefehlshaber des Heeres, General Juan Carlos Onganía (1914-1995), u. a. mit massiver Unterstützung der Katholischen Kirche zum Präsidenten. Aufgrund seiner nur die Interessen der Unternehmer berücksichtigenden Wirtschaftspolitik und zunehmender Unruhen muss er schließlich weichen, und nach einem schon mehrfach erprobten Schema wird 1973 der Linkspersonist Héctor Cámpora (1909-1980) zum Präsidenten gewählt, der nach wenigen Monaten Perón selbst Platz macht. Allerdings ist der 78-jährige den Notwendigkeiten des Amtes nicht mehr gewachsen, er schlägt sich auf die Seite der Rechten, stirbt aber bald, seine (dritte) Frau María Estela (genannt Isabelita, *1931) folgt ihm nach, zeigt sich aber angesichts der bürgerkriegsähnlichen Situation völlig überfordert. In dieser Situation putscht 1976 die Armee, setzt eine Junta ein, die zunächst General Jorge Rafael Videla (1925-2013) führt, und beginnt nun mit dem, was man *la guerra sucia* (den schmutzigen Krieg) nennt, der systematischen Verfolgung mutmaßlicher politischer Gegner, die zu den oben genannten Opferzahlen führt. Wieder spielt die Unterstützung der Junta durch die USA und die Katholische Kirche eine erhebliche Rolle. Nach der Niederlage im Krieg um die Falkland-Inseln 1982 scheuen die Militärs die Konsequenzen, auch das nach bekanntem Schema, berufen Wahlen ein, die der Kandidat der *Unión Cívica Radical*, Raúl Alfonsín (1927-2009), gewinnt. Er versucht eine juristische Aufarbeitung der Diktatur zu erreichen, das Militär tut alles, um sie zu verhindern und erzielt dabei Teilerfolge. Alfonsíns Nachfolger Carlos Saúl Menem (*1935), der sich als Peronist bezeichnet, aber einen rein neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs einschlägt, begnadigt sofort eine größere Anzahl von Militärs und versucht, weitere juristische Maßnahmen gegen sie zu unterbinden, obwohl große Teile der Zivilgesellschaft diese fordern. Auch seine (ephemeren) Nachfolger schlagen dieselbe Strategie ein, bis schließlich der 2003 gewählte linkspersonistische Präsident Néstor Kirchner (1950-2010) einen entgegengesetzten Kurs aufnimmt und eine Politik der Aufarbeitung der Geschehnisse in die Wege leitet. Damit wird ein neues Kapitel in der argentinischen Geschichte aufgeschlagen, das ihm und seiner Nachfolgerin und Ehefrau, Cristina Fernández de Kirchner (*1953) immer zur Ehre gereichen wird, wenn auch die sonstige Politik beider nicht unumstritten ist. Die Aufklärung der Verbrechen der Junta wird viel konsequenter betrieben als in irgendeinem der anderen lateinamerikanischen Staaten. Hoffentlich verlässt der neue konservative Präsident seit 2015,

Mauricio Macri (*1959), diese Linie nicht vollständig. Erste Akzente, die er in dieser Frage gesetzt hat, rufen Befürchtungen wach.

Die zweite Lektüre ist eine militärgeschichtliche. Wie kann es geschehen, dass eine Armee, die sich auf westlich-demokratische Werte beruft und eine lange professionelle Vergangenheit hinter sich hat, in einen solchen Abgrund stürzen kann? Man darf die Zeitumstände nicht aus dem Auge lassen: Perón hatte als Präsident einen sozialpolitischen Kurs eingeschlagen, der vor allem den kleinen Leuten zugutekam, wenn auch mit Mitteln, die an europäische autoritäre Regimes erinnern (er bewunderte Mussolini), die Militärputsche der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre waren immer *auch* und *vor allem* gegen diese Sozialpolitik gerichtet, die aber in Lateinamerika viele Anhänger hatte (nicht zuletzt, weil fast überall die Kluft zwischen den sozialen Schichten gewaltig war und ist). Keine der folgenden Regierungen konnte eine konsensfähige Sozialpolitik vorschlagen. Hinzu kam, dass in benachbarten Staaten ähnliche Konflikte brodelten, soziale Reformen aber mit allen Mitteln verhindert wurden (es genügt, an das Beispiel Chile zu erinnern). Außerdem verschärfte sich der Kalte Krieg außerhalb Europas seit Beginn der siebziger Jahre (während dieses Jahrzehnt in Europa eine Zeit relativer Entspannung war). Die USA kamen damals auf ihre alte Politik zurück, auch die reaktionärsten Diktaturen zu stützen, wenn sie sich nur als antikommunistisch deklarierten. Sie spielten bei der Ausbildung auch der lateinamerikanischen Militärs eine gewichtige Rolle. Das führte, zusammen mit dem zunehmenden Einfluss reaktionärer und faschisierender Gruppierungen, zu einer zunehmenden moralischen Verwahrlosung in diesen Armeen (dazu passt, dass eines der argentinischen Junta-Mitglieder, Admiral Massera, wegen der Ermordung des Ehemannes seiner Geliebten angeklagt und verurteilt wurde). Sie waren fortan vor allem als Repressionsinstrumente zu gebrauchen, im tatsächlichen militärischen Einsatz – wie sich im Malwinen- oder Falklandkrieg von 1982 zeigte – versagten sie völlig. Sie übernahmen zunehmend Aufgaben, für die sie eigentlich nicht gedacht waren und verspielten, nahezu überall, den größten Teil ihres Ansehens. Man kennt solche Entwicklungen aus anderen Armeen, hier allerdings wurden sie auf die Spitze getrieben. Immerhin bleibt die Frage, wie es dazu kommen kann, dass eine Armee – vor allem ihre Befehlshaber – so vollständig die Eide vergisst, die sie einmal geschworen hat? Jede Antwort kann nur beunruhigend sein. Denn die Offiziere und Soldaten, die diese Opfer zu verantworten haben, dürfen sich irgendwann kaum von anderen Bürgern unterschieden haben.

Die dritte Lektüre ist eine psychologische. Die Offiziere werden soweit programmiert, dass sie zu allem bereit sind. Sie foltern und töten, ohne zu fragen, mit welchem Recht. Auch wenn man die 1976, zu Beginn der Diktatur,

bürgerkriegsähnliche Situation berücksichtigt, aber schon nach kurzer Zeit waren Montoneros und Volksarmeen nur noch auf der Flucht, nichts hätte die Terrorisierung der gesamten Bevölkerung durch die Armee danach mehr gerechtfertigt (natürlich waren durch den Propagandakrieg auch die Militärs vor allem der unteren Ränge in Angst – wenn man Berichte über deren Vorgehen etwa bei Routineuntersuchungen hört, zuckt man unwillkürlich zusammen). Es gelingt dem Militär sogar im Abgang 1982/83 noch, eine weitgehende Amnestie zu erreichen, die von der ersten demokratischen Regierung nur teilweise rückgängig gemacht wird. Die meisten Karrieren verlaufen zunächst weiter. Und dann beginnen einige der beteiligten Offiziere, zunächst aus nichtigen Gründen wie gefährdeten Beförderungen, zu sprechen. Adolfo Scilingo, dessen Aussagen den Hauptinhalt des Buches ausmachen, protestiert zunächst gegen verweigerte Beförderungen von Kameraden, erhält keine Antwort, weder von seinen Vorgesetzten noch von Präsident Menem, wird immer stärker ausgegrenzt und stellt sich schließlich nach langem Zögern und vielen Umwegen die Frage, ob das, wobei er mitgemacht hat, zu rechtfertigen sei. Nach der Internationalisierung der juristischen Verfolgung wird er 2005 in Spanien zu 640 Jahren Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die 2007 auf 1084 Jahre angehoben wird (diese gewaltigen Strafen hängen mit dem Kampf des Spanischen Staates gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung und daher beschlossene Strafverschärfungen zusammen), eine Strafe, die er zu akzeptieren scheint (151). Insgesamt werden bis Herbst 2015 522 Menschen verurteilt, 57 freigesprochen, es gibt 250 Einstellungen von Verfahren mangels hinreichenden Tatverdachts oder Beweisen (182). Vielleicht ist für Scilingo ein Detail der Auslöser seines Geständnisses, das allerdings viele Jahre braucht, bevor es virulent wird: bei einer der Operationen wäre er selbst aus dem Flugzeug gestürzt, hätte ihn nicht ein Kamerad im letzten Moment festgehalten. Es ist faszinierend und beunruhigend zu lesen, wie er über verschiedene Grade der Verdrängung, die das Buch genau nachzeichnet, schließlich dazu kommt, das getane Unrecht zu benennen. Auch da erhebt sich die Frage: wie kann es geschehen, dass ein an sich unauffälliger Mann so weit gebracht werden kann, im Namen des Staates und der Armee Kapitalverbrechen zu begehen, dazuhin mit einer Grausamkeit, die einen bei der Lektüre zusammensucken lässt? Immerhin ringt sich dieser Mann mühevoll zu Geständnissen durch, aber: wer trägt die Verantwortung für solche Programmierungen? Wer wird *dafür* zur Verantwortung gezogen? Und wer kann verhindern, dass ähnliche Täter irgendwo eines Tages wieder in Machtpositionen kommen? Es genügt, die täglichen Nachrichten zu sehen oder zu

lesen um zu erkennen, dass gerade in der zunehmenden Verrohung des politischen Alltages in jüngster Zeit die Gefahr nicht gebannt ist. Wie kann man den Anfängen wehren?

Mit anderen Worten: ein Buch, dem man eine große und nachdenkliche Leserschaft wünschen möchte. Die Übersetzung ist im Allgemeinen gut, für eine Neuauflage sollte man aus „pallotinischen Priestern“ Pallotinermönche machen (16/17), wie sie im Deutschen allgemein genannt werden. Der damalige Chef der Marine hielt sich in Tunis auf (und nicht in Túnez, 23). Aber das sind Lappalien. Besonders zu vermerken ist, dass der Epilog von Oktober 2015 die deutsche Ausgabe aktueller macht als die verfügbaren argentinischen.

Oberwaltersdorf, 20. Juni 2016